

# STRAT.AT BERICHT 2009

Strategischer Bericht Österreichs gemäss  
Artikel 29 AF-VO (EG) 1083/2006

*Beschluss der ÖROK-Stellvertreterkommission vom 22. Oktober 2009*

© 2009 by Geschäftsstelle der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK), Wien

Alle Rechte vorbehalten

**Medieninhaber**

Geschäftsstelle der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK)

A-1014 Wien, Ballhausplatz 1

Tel.: +43 1 535 34 44, Fax +43 1 535 34 44 54

e-mail: [oerok@oerok.gv.at](mailto:oerok@oerok.gv.at) | [www.oerok.gv.at](http://www.oerok.gv.at)

**Bearbeitung**

convelop - cooperative knowledge design gmbh

Mag. Markus Gruber, DI Stephan Pech

A-8010 Graz, Bürgergasse 8-10/I

Tel.: +43 (0) 316 720813

e-mail: [office@convelop.at](mailto:office@convelop.at) | [www.convelop.at](http://www.convelop.at)



EUROPÄISCHE UNION  
Europäischer Fonds für  
regionale Entwicklung

Beschluss der ÖROK-Stellvertreterkommission vom 22. Oktober 2009

# INHALTSVERZEICHNIS

	ZUSAMMENFASSUNG .....	5
1	EINLEITUNG.....	9
2	DIE STRATEGIE – STRAT.AT .....	11
3	SOZIOÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG UND TRENDS .....	13
3.1	Entwicklung in der Hochkonjunkturphase: 2004–2008 .....	13
3.2	Die Finanz- und Wirtschaftskrise .....	14
3.3	Konvergenz der Regionen – Mittelfristige Betrachtungen .....	15
3.4	Entwicklungstrends und Challenges .....	16
4	UMSETZUNG DER OPERATIONELLEN PROGRAMME.....	19
4.1	Quantitative Umsetzung im Überblick .....	19
4.2	EFRE-Programme der Ziele „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ sowie „Konvergenz-Phasing-Out“ .....	20
4.3	ESF-Programme der Ziele „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ sowie Konvergenz-Phasing-Out Burgenland.....	24
4.4	Europäische territoriale Zusammenarbeit (ETZ) .....	26
4.5	Entwicklungsprogramm ländlicher Raum (ELER) .....	27
4.6	Beiträge der RWB-/Phasing-Out-Programme in Österreich zu den Zielen der Kohäsionsleitlinien und des STRAT.AT .....	29
5	ZUSAMMENSCHAU UND SCHLUSSFOLGERUNGEN IM HINBLICK AUF .....	33
5.1	... die erste Phase der Programmumsetzung.....	33
5.2	... die Rückwirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise .....	33
5.3	... die Beiträge zur Kohäsionspolitik .....	34
5.4	... die Rahmenbedingungen und ihre Wirkung auf die Programme .....	35
5.5	... die Relevanz der STRAT.AT-Strategien .....	37
5.6	... auf die weitere Gestaltung der EU-Strukturpolitik.....	37
	ANHANG .....	41
A	GOOD-PRACTICE-BEISPIELE.....	43
A.1	Territoriale Beschäftigungspakte in Österreich.....	43
A.2	Strategischer Begleitprozess STRAT.AT .....	44
A.3	Integrierte Standortentwicklung – Technopole .....	45
A.4	Integrierte touristische Standortentwicklung – Impulsprojekte .....	46
A.5	Science Center inatura weckt Neugier für Technikberufe .....	47
B	EU-KOHÄSIONSPOLITIK IN ÖSTERREICH 1995–2007 – EINE BILANZ.....	49
C	SOZIOÖKONOMISCHE ANALYSE – MATERIALIEN .....	51
C.1	Die Entwicklung in Österreich im europäischen Kontext.....	51
C.2	Die Entwicklung innerhalb Österreichs – Bundesländerebene .....	52

D	ERGÄNZENDE ABBILDUNGEN ZU DEN PROGRAMMEN.....	55
D.1	<b>Geplante EU-Mittelanteile für FTI und Informationsgesellschaft .....</b>	<b>55</b>
D.2	<b>EU-Mittelverteilung im Hinblick auf STRAT.AT und Kohäsionsleitlinien .....</b>	<b>56</b>
D.3	<b>Umsetzungstabellen lt. COCOF-Leitlinien.....</b>	<b>57</b>
E	REAKTION AUF DEN „EUROPEAN RECOVERY PLAN“ .....	61
F	MASSNAHMEN DES BUNDES ALS REAKTION AUF DIE KRISE .....	65
G	VERWENDETE LITERATUR.....	67
H	ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS UND BEGRIFFSERLÄUTERUNGEN.....	71

# Zusammenfassung

## STRAT.AT – BERICHT 2009

Mit der letzten Reform der EU-Kohäsionspolitik wurde diese verstärkt strategisch ausgerichtet sowie in den Lissabon-Prozess eingebunden. Die damit einhergehende verstärkte Multilevel-Governance brachte eine neue Architektur an Strategiekonzepten und Anforderungen an die Berichterstattung mit sich.

Der gegenständliche Bericht stellt den Strategiebericht Österreichs 2009 gemäß Art. 29 der AF-VO (EG) 1083/2006 dar. Ausgehend von einer Analyse der aktuellen sozioökonomischen Entwicklungen wird der Umsetzungsstand der österreichischen Strukturprogrammprogramme unter Bezugnahme u. a. auf die „Strategischen Kohäsionsleitlinien“, rein nationale Maßnahmen sowie die relevanten Bereiche des „Programms für die Entwicklung des ländlichen Raums“ dargestellt. In einer Zusammenschau werden die Erfahrungen der ersten Phase der Programmumsetzung 2007–2013 resümiert, und es werden erste Anregungen Österreichs für die Periode 2014+ eingebracht. Schließlich werden „good practice“-Beispiele sowohl im Hinblick auf die regionale Entwicklung als auch die Koordination der Regional- und Kohäsionspolitik dargestellt.

### EU-Kohäsionspolitik 2007–2013 in Österreich

Der Nationale Strategische Rahmenplan Österreichs 2007–2013 – STRAT.AT – bildet, neben den strategischen Kohäsionsleitlinien und den entsprechenden Verordnungen, den Referenzrahmen für insgesamt 21 Operationelle Programme in Österreich, für die insgesamt Strukturfondsmittel in der Höhe von rd. 1,46 Mrd. Euro vorgesehen sind. Ergänzend kommt das der gemeinsamen Agrarpolitik zugeordnete Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum zum Einsatz.

Die auf den STRAT.AT aufbauenden Programme der Kohäsionspolitik in Österreich sind – im internationalen Vergleich – gut positioniert. Inhaltlich sind Österreichs Programme stark an den Lissabon-Zielen

orientiert: 91 % der eingesetzten Strukturfondsmittel sind indikativ jenen Bereichen zugeordnet, die einen direkten Beitrag zur Erreichung der Lissabon-Zielsetzungen leisten („Lissabon-Earmarking“). Im internationalen Vergleich sind dies in den EU-15 im Durchschnitt 81 % der im Rahmen des Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ eingesetzten Mittel. In jenen Ländern, die als „Innovations-Leader“<sup>I</sup> gelten, liegt dieser Wert bei 85 %. Innerhalb der Lissabon-Ziele konzentrieren sich die österreichischen Programme im EFRE auf die FTI-bezogenen Interventionsformen und hier wiederum auf betriebliche innovative Investitionen. Der ESF fokussiert im Kern auf präventive und aktive Arbeitsmarktpolitik.

### Erste Phase der Umsetzung der Kohäsionspolitik 2007–2013

Die Österreichischen Programme gehören zu jenen, die Eu-weit am frühesten genehmigt wurden. Die erste Phase der Umsetzung war durch die Überlappung mit dem Abschluss der Programme der Periode 2000–2006 geprägt, wodurch faktisch zwei Programmperioden parallel liefen.

Die Umsetzung ist mit den der EU-Kohäsionspolitik immanenten Verzögerungen angelaufen. Im Vergleich zu Vorperioden – in denen die Programme erfolgreich umgesetzt wurden – zeigen die Genehmigungs- bzw. Auszahlungsstände insgesamt ähnliche Verläufe.

Im Rahmen der Ziele „Konvergenz-Phasing-Out“ sowie „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ konnten bisher rd. 250 Mio. Euro an EFRE- und ESF-Mitteln gebunden bzw. ausgezahlt werden. Folgende Beiträge zu den „Strategischen Kohäsionsleitlinien“ seien hervorgehoben:

→ „Förderung des Wissens und der Innovation für Wachstum:“ 150,5 Mio. Euro Fondsmittel (61 % der gebundenen/ausgezählten Strukturfondsmittel). Die Umsetzung dieser Leitlinie wird durch innovative investitionsorientierte Maßnahmen getragen,

I Entscheidung des Rates vom 6. Oktober 2006 über strategische Kohäsionsleitlinien der Gemeinschaft zum wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt 2007–2013 (2006/702/EG)  
 II Schweden, Finnland, Dänemark, Deutschland, Großbritannien

welche annähernd die Hälfte der gebundenen Mittel umfassen. Diese führen zu deutlich über dem Plan liegenden expansiven Arbeitsplatzeffekten und treffen stark auf jene in erster Linie industriell geprägten Regionstypen, die überdurchschnittlich von der Wirtschaftskrise betroffen sind. So sind bereits 41 % der geplanten neuen Arbeitsplätze und 38 % des Investitionsvolumens erreicht, bei einem durchschnittlichen Anteil der Programmgenehmigung von 26 %. Allerdings bleiben die Zahl der Neugründungen, die Zahl der F&E-Projekte und der damit verbundenen F&E-Arbeitsplätze hinter der Gesamtleistung der Programme zurück. Insbesondere F&E-orientierte Maßnahmen stoßen deutlich an die administrativen Grenzen der Strukturfondsförderungen. Es besteht hier auch die Tendenz zum Rückzug auf nationale Programme. In diesem Bereich bleibt damit offen, ob die ursprünglichen Planungen umgesetzt werden können.

- „Stärkung der Anziehungskraft Europas für Investoren und Arbeitskräfte:“ 16,5 Mio. Euro Fondsmittel (das sind 6,7 % der gebundenen/ausgezahlten Strukturfondsmittel). Die Umsetzung konzentriert sich hier auf die Strategiefelder „Energie- und Umweltinvestitionen“ sowie „Risikoprävention und -management“. Diese Leitlinien werden verstärkt auch durch die Programme des Ziels „Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ)“ angesprochen.
- „Mehr und bessere Arbeitsplätze:“ 69,1 Mio. Euro Fondsmittel (rd. 28 % der gebundenen/ausgezahlten Strukturfondsmittel). Die ESF-Programme fokussieren auf spezielle arbeitsmarktpolitische Zielgruppen und Themen (präventive und aktive Arbeitsmarktpolitik; Fokus: arbeitsmarktfremde Personen, Active Ageing) und stärken den Ansatz der Territorialen Beschäftigungspakte. Alleine 2008 wurden im nationalen ESF-Programm Österreichs rd. 100.000 TeilnehmerInnen erreicht, 56.800 davon sind Frauen. Der Anteil benachteiligter Bevölkerungsgruppen (bspw. MigrantInnen, Menschen mit Behinderung) liegt bei 37 %. Die erste Phase der Umsetzung wird jedoch wie in anderen Fonds auch von den großen eher „mainstream-orientierten“ Förderungsmaßnahmen getragen, während innovative Projekte entsprechende Vorbereitungs- und Vorlaufzeiten beanspruchen. Die Herausforderung liegt nunmehr im Nachziehen der weiteren Schwerpunkte, insbesondere der Integration arbeitsmarktfremder Personen sowie von Menschen mit Behinderung und des Themas „Lebensbegleitendes Lernen“.

Im Hinblick auf die weiteren Programme ist festzuhalten:

- Die Programme des Ziels „Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ)“ sind inhaltlich

deutlich breiter als die Programme der „Regionalen Wettbewerbsfähigkeit“ orientiert und spannen ihre Aktionsfelder neben Innovation auch in den Themenbereichen Energie, Verkehr und Tourismus, Naturschutz und Raumentwicklung auf. Bisher konnten durch die dafür eingerichteten Begleitausschüsse bereits Projektgenehmigungen in bedeutendem Umfang – in etwa 40–50 % der vorgesehenen EFRE-Mittel – erfolgen. Die erfolgreiche Umsetzung dieser Projektbindungen und die strategische Entwicklung umsetzungswirksamer und effektiver Projekte bildet jedoch die Herausforderung in der kommenden Programmphase. Das Aufeinandertreffen eines weiterhin teilweise sehr unterschiedlichen Entwicklungsverständnisses (Verwaltungskulturen) der partizipierenden Regionen bzw. Mitgliedstaaten mit zum Teil kaum/nicht kompatiblen Verfahren (Wettbewerb versus proaktive Projektentwicklung) und das Leadpartnerprinzip stellen große Herausforderungen dar, insbesondere aufgrund der Dokumentations-, Finanzierungs- und Haftungsfragen.

- Das österreichische „Programm für die Entwicklung des Ländlichen Raums“ ist primär auf die Zielgruppe landwirtschaftliche Betriebe und deren Umfeld ausgerichtet, adressiert aber auch – teilweise im Schwerpunkt 3 „Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft und Lebensqualität im ländlichen Raum“ und im horizontalen Schwerpunkt 4 „Umsetzung des LEADER-Konzeptes“ – integrierte Entwicklungsprojekte für den ländlichen Raum. Die Programmumsetzung ist gut angelaufen und wird – wie auch in anderen Fonds – in dieser Phase durch große, auf Einzelbetriebe orientierte Förderungsaktionen hauptsächlich im Rahmen der Schwerpunkte 1 „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft“ und 2 „Verbesserung der Umwelt und der Landschaft“ getragen. Die auf Projektentwicklung ausgerichteten Schwerpunkte 3 und 4 sind aufgrund der Vorlauf- und Entwicklungszeiten in der weiteren Programmumsetzung zu verstärken. Als Herausforderung bleibt die Sicherung des Innovationspotenzials des LEADER-Ansatzes. Neben dem „Mainstreaming“ des LEADER-Ansatzes bildet auch das Abwicklungsregime eine zentrale Herausforderung. Letzteres verstärkt das risikoaverse Verhalten, wobei vermieden werden muss, dass inhaltliche Komponenten dabei in den Hintergrund treten.

### **Die Rahmenbedingungen und ihre Wirkung auf die Programme**

Die Betrachtung der qualitativen Effekte der EU-Kohäsionspolitik in Österreich 1995–2007, die in der „Zwischenbilanz“ im Rahmen des strategischen Be-

gleitprozesses „STRAT.ATplus“ gezogen wurde<sup>III</sup>, zeigt neben den zahlreichen positiven Wirkungen u. a. auch die mit den Strukturfonds verbundenen Restriktionen auf, die zu Unsicherheiten und Einschränkung hinsichtlich des Innovationsgrades sowie zu einem starken Anstieg des Bearbeitungsaufwandes führen. Ein Teil ist auf innerösterreichische Gründe zurückzuführen, die grundlegende Problematik ergibt sich jedoch primär aus dem komplexen EU-Regulativ. Die bisherigen Umsetzungserfahrungen der Periode 2007–2013 zeigen, dass zwar auf der Programm-Ebene eine deutliche Flexibilisierung vorgenommen wurde, diese jedoch durch die administrativen Regeln auf operativer Ebene konterkariert wird.

Insgesamt scheint in wichtigen Programmteilen das Verhältnis von Planung, Flexibilität in der Umsetzung und notwendiger Kontrolle aus der Balance geraten zu sein. Dies führt zu einer zunehmenden Zurückhaltung gegenüber EU-Mitteln und einem risikoaversen Förderungsverhalten. Die auf EU-Ebene eingeleiteten Maßnahmen zur „Simplification“ werden grundsätzlich begrüßt. Es ist allerdings auch zu berücksichtigen, dass notwendige Konkretisierungen vorzunehmen sind, und die Mitgliedstaaten Zeit zur Implementierung benötigen und daher die Maßnahmen nur mit einem erheblichen *time lag* beim Projektträger ankommen. Es handelt sich aber zweifelsohne um Schritte in die richtige Richtung. Eine auf Impulse ausgerichtete Regionalpolitik braucht auch entsprechende Rahmenbedingungen, die das Entstehen von Innovationen auf unterschiedlichen Ebenen fördert.

### **Rückwirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise**

Österreich ist in Richtung Lissabon-Zielsetzungen insgesamt auf einem guten Entwicklungspfad. Es hat sich in der Vergangenheit eine gute Wettbewerbssituation erarbeitet und in der Phase der Hochkonjunktur (2004–2008) breit profitiert, was sich in überdurchschnittlichen Wachstumsraten des BIP, der Exporte, der Beschäftigung und einer signifikanten Absenkung der Arbeitslosigkeit widerspiegelt. In Bereich Forschung, technologische Entwicklung und Innovation ist eine gute Performance zu beobachten. Österreich befand sich im Hinblick auf das 3%-F&E-Barcelona-Ziel als eines der wenigen Länder auf dem Wachstumspfad.

Die gegenwärtige internationale Finanz- und Wirtschaftskrise wird jedoch auch tief greifende Spuren – nicht nur in der ökonomischen Performance Österreichs – hinterlassen: Die Krise beschleunigt den wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozess, für den bei „normalem“ Konjunkturverlauf mehrere Jahre Zeit für eine „geordnete“ Anpassung gewesen wäre. Der Kostendruck und Druck zur Produktionsverlagerung in Länder mit geringerem Lohnniveau wird sich beschleunigen. Derzeit bestehende Wertschöpfungsketten werden neu organisiert. Vor allem jedoch ist mittelfristig – im Vergleich zur vergangenen Phase der Hochkonjunktur – mit deutlich geringeren Wachstumsraten und damit kaum mit Entspannung am Arbeitsmarkt zu rechnen.

Das bedeutet, dass sich insgesamt das Wettbewerbsumfeld drastisch verschärft und der ohnehin bestehende Druck hin zu einem forcierten Übergang zu einer wissensbasierten Ökonomie weiter erhöht und damit zu einer Kernherausforderung wird.

Gleichzeitig wirken bekannte langfristige Trends, wie der demografische Wandel, die Verknappung nicht erneuerbarer Energieträger sowie der Klimawandel weiter und verstärken sich, auch wenn sich deren Wirkungen in vielen Bereichen erst in den kommenden Jahr(zehnt)en umfassend entfalten werden. Die Trends und Entwicklungen wurden bereits bei der Erstellung des STRAT.AT aufgegriffen, gewinnen jedoch durch die aktuellen Entwicklungen an Geschwindigkeit und Schärfe.

### **Schlussfolgerungen für die weitere Gestaltung der EU-Strukturpolitik**

Die bisherigen Erfahrungen in der Umsetzung zeigten damit, dass es bislang nur sehr eingeschränkt zu Änderungen in der Implementierung der Programme gegenüber den Vorperioden gekommen ist. Die innovativsten Fördermaßnahmen werden aufgrund der rigiden Rahmenbedingungen nicht – Ausnahmen bestätigen dabei die Regel – für die EU-Kofinanzierung herangezogen. Daraus folgt: Will man die Innovations- und Impulskraft der Strukturfondsprogramme stärken, braucht es Rahmenbedingungen von EU- und nationaler Seite, die eine höhere Risikobereitschaft zulassen/fördern und damit auch klare, durchsetzungsfähige Strategien ermöglichen. Im Kern bedarf es ...

... auf europäischer Ebene:

- einer neuen Balance zwischen Flexibilität in der Umsetzung und notwendiger Kontrolle;
- der Einhaltung von Prinzipien des „good governance“, indem eine nachträgliche Einführung oder Änderung der Interpretation von Regelungen vermieden wird;
- eine adäquate Differenzierung der Rahmenbedingungen nach Zielen und Interventionstypen (Stichwort: Proportionalitätsprinzip), insbesondere auch im Hinblick auf die Territoriale Kooperation;
- einer erhöhten Flexibilität für fondsübergreifende Zusammenarbeit, auch mit dem ELER;
- einer verstärkten Lern- und Innovationsimpulsfunktion der Europäischen Kommission u. a. durch Wiedereinführung von Pilot- und Innovationsprogrammen sowie einer verbesserten Funktion im Management von Informationsaustausch und Lernprozessen auf EU-Ebene.

... auf nationaler Ebene:

- eines verstärkten Fokus auf funktionale Räume (um damit auch Aspekte der variablen Geometrie auf die österreichische Ebene zu transferieren);

- einer nationalen sowie regionaler Rahmenstrategie mit klarem strategischem Fokus, innerhalb derer Strukturfondsinterventionen definiert werden, die sich weitgehend auf ausgewählte Bereiche/Vorhaben/Leitprojekte konzentrieren und zentrale Zukunftsherausforderungen aufgreifen;
- der kontinuierlichen Weiterentwicklung des Governance-Gefüges und verbesserter innerösterreichischer Rahmenbedingungen, um den Innovationsgrad der Förderungen zu erhöhen;
- der verbesserten Ausschöpfung der bestehenden Entwicklungspotenziale über Politikbereiche hinweg.

Gleichzeitig weist die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise auf die zentrale Herausforderung hin: **Anpassungsfähigkeit zu fördern und die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen.** Der Strategiebericht zeigt aber auch, dass es deutlich verbesserte Rahmenbedingungen von EU- und nationaler Seite braucht, um diese Anpassungsfähigkeit bei den Zielgruppen zu fördern und im Förderungssystem selbst zu ermöglichen.

# 1 EINLEITUNG

Die Europäische Union richtet den Kern ihrer Politik auf die Lissabon-Ziele Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung, unter Beachtung einer nachhaltigen Entwicklung, aus. Mit der Reform der Strukturfonds in der aktuellen Periode 2007–2013 wurde die Europäische Kohäsionspolitik zur Erreichung dieser Ziele miteingebunden.

Durch die enge Kopplung der Strukturförderung an den Lissabon-Prozess und durch die Aufgabe kleinräumiger Zielgebietsabgrenzungen wurde der 2005 eingeleitete Paradigmenwechsel in der Regionalpolitik vollzogen<sup>1</sup>. Unterstützt wurde dies durch die Etablierung eines durchgehenden Mehr-Ebenen-Governance-Prozesses mit den Strategischen Kohäsionsleitlinien (KHL) auf europäischer Ebene, den „Nationalen Strategischen Rahmenplänen“ (in Österreich STRAT.AT) und den (regionalen) Operationellen Programmen, die das operative Glied in der neuen Multi-level-Governance-Kette bilden.

Im Rahmen der verstärkten strategischen Orientierung sieht die Allgemeine Strukturfonds Verordnung in den Jahren 2009 und 2012 eine Berichterstattung über die Fortschritte in der Umsetzung der gewählten Strategie und ihrer Beiträge zu den europäischen Zielen durch die Mitgliedstaaten vor<sup>2</sup>.

Der vorliegende Bericht zur Umsetzung des österreichischen Nationalen Strategischen Rahmenplans –

STRAT.AT – orientiert sich an den Anforderungen der Kommission und greift noch weiter: Im Sinne einer umfassenden Berichterstattung werden die SF-Programme miteinbezogen sowie Bezüge zum Entwicklungsprogramm ländlicher Raum hergestellt. Darüber hinaus werden Ergebnisse aus dem für die Umsetzung des STRAT.AT eingeleiteten strategischen Begleitprozesses STRAT.ATplus eingearbeitet. In einem abschließenden Kapitel werden daraus erste Schlussfolgerungen im Hinblick auf die künftige Gestaltung der Strukturfonds gezogen.

Um den Beitrag der Programme zu den europäischen Zielen und des STRAT.AT bewerten zu können, wurde unter Anwendung der „Thematischen Codes“ eine Systematik erarbeitet, die eine direkte Verbindung der Interventionen der einzelnen Programme mit den Prioritäten und Aktionsfeldern der strategischen Kohäsionsleitlinien und des STRAT.AT erlaubt.

Die Erstellung des vorliegenden Strategieberichtes fand im Rahmen des ÖROK-Unterausschusses REGIONALWIRTSCHAFT, unter Einbeziehung der STRAT.AT-Partnerschaft sowie der relevanten Programmstellen, statt. Die Beschlussfassung erfolgte am 22. Oktober 2009 im Rahmen der 44. Sitzung der ÖROK-Stellvertreterkommission. Daran anschließend wurde der Bericht gemäß Art. 29 der AF-VO(EG)1083/2006 offiziell an die Europäische Kommission übermittelt.

1 Während das Kohäsions- und Ausgleichsziel – gerade angesichts der in den letzten Jahren vollzogenen EU-Erweiterungen – im europäischen Maßstab weiter verfolgt wird, dominiert in den nationalen und regionalen Programmen eine klare Potenzialorientierung. Die Förderung von Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft, von Wirtschaftswachstum und -dynamik wird als notwendiger Beitrag zur Verringerung wirtschaftlicher wie sozialer Disparitäten begriffen.

2 Die Verpflichtung zur Berichtslegung ergibt sich aus Art. 29 der AF-VO(EG)/1083/2006, wobei die Zif. 2–4 die grundlegenden Inhalte dieses Berichtes vorgeben.



## 2 DIE STRATEGIE - STRAT.AT

Der Nationale Strategische Rahmenplan Österreichs 2007–2013 – STRAT.AT – bildet den Rahmen für die Regionalpolitik Österreichs in der laufenden siebenjährigen Planungsperiode bis zum Jahr 2013 und ist damit Teil des Referenzrahmens für insgesamt 21<sup>3</sup> Operationelle Programme.<sup>4</sup> Der STRAT.AT wurde europaweit als einer der ersten nationalen Strategiepläne am 4. April 2007 genehmigt. Die formulierten Zielsetzungen und Strategien – sie bauen auf den durch die „Strategischen Kohäsionsleitlinien“ geschaffenen Orientierungsrahmen auf – sind in ihrer inhaltlichen Ausformulierung das Ergebnis eines partizipativen Prozesses, unter Einbindung der für die Koordination der österreichischen Regionalpolitik auf Bundes- und Länder-Ebene verantwortlichen Akteure, einschließlich der Wirtschafts- und Sozialpartner sowie NGO-VertreterInnen. Damit folgte auch der STRAT.AT der in Österreich stark ausgeprägten Tradition einer konsensualen Politikformulierung.

Innerhalb der Zielsetzungen der EU zur Stärkung von Wachstum und Beschäftigung formuliert der STRAT.AT aus regionalpolitischer Perspektive eine Position, die eine breite Beteiligung an den Wachstums- und Innovationsprozessen unterstützen soll. Er stellt damit die Unterstützung der Anschlussfähigkeit von Regionen und Personen an die wirtschaftliche Entwicklung und den Übergang auf eine wissensbasierte Ökonomie in den Mittelpunkt. Im Kern orientiert sich der STRAT.AT

→ an der Zielsetzung, die Lebensqualität, das Einkommen und die Beschäftigung in Österreichs Regionen durch die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und der Standortattraktivität, unter Beachtung der Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung, zu steigern und

→ verfolgt dabei ein breites Verständnis von Innovation und stuft den komplexen, gesamtgesellschaftlichen Prozess von „Innovation“ als zentral für die österreichische Regional- und Beschäftigungspolitik ein. „Die Entwicklungsstrategie des STRAT.AT zielt darauf ab, dass Österreich den Übergang auf eine wissensbasierte Ökonomie und Gesellschaft auf breiter Front gestaltet und ausbaut.“ (ÖROK 2006).

Der STRAT.AT gliedert sich dabei in drei vertikale und zwei horizontale Prioritäten:

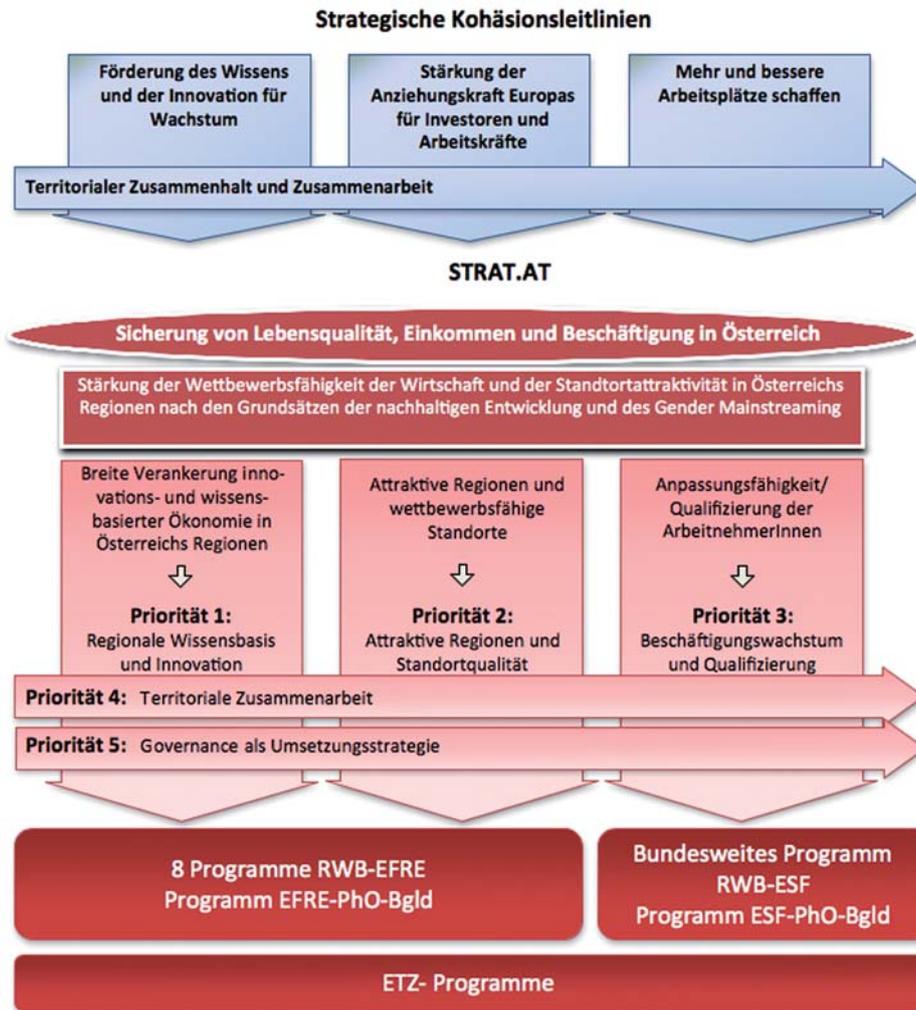
- P1: regionale Wissensbasis und Innovation, die auf die breite Verankerung einer innovations- und wissensbasierten Ökonomie in Österreichs Regionen fokussiert ist.
- P2: attraktive Regionen und wettbewerbsfähige Standorte, mit dem Fokus auf endogene Regionalpolitik und Standortentwicklung, die stärker ausgleichsorientierten Zielen folgt.
- P3, welche die Steigerung der Anpassungsfähigkeit und Qualifizierung der ArbeitnehmerInnen und das Beschäftigungswachstum in den Mittelpunkt stellt.
- P4 bezieht sich auf die territoriale Zusammenarbeit und umfasst daher die Programme der ETZ (grenzüberschreitend, transnational und EU-weite Netzwerkprogramme).
- P5 bezieht sich auf nationale und regionale Governance sowie Gender Mainstreaming als Umsetzungsstrategie.

Die nachstehende Abbildung 1 zeigt hierbei die Bezüge zwischen den Strategischen Kohäsionsleitlinien (KHL), den Zielen und Prioritäten des STRAT.AT sowie den einzelnen Strukturfondsprogrammen auf.

3 Zwei Programme ESF, acht Programme RWB-EFRE, ein Programm Konvergenz-Phasing-Out EFRE (PHO-EFRE), sieben Programme zur Europäischen Territorialen Kooperation (ETZ) grenzüberschreitend, drei Programme ETZ-transnational

4 Neben dem STRAT.AT, der den Rahmen für die regionalen Strategien bildet, gilt der von Österreich entwickelte und der EU-Kommission übermittelte Nationale Reformplan als Grundlage für den regionalen Planungsprozess.

Abb. 1: Bezüge der Zielsetzungen und Prioritäten des STRAT.AT zu den Programmen der Strukturfonds und den Kohäsionsleitlinien



Quelle: eigene Darstellung, convelop 2009 nach ÖROK 2006

## 3 SOZIOÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG UND TRENDS

Im folgenden Abschnitt werden die wesentlichen Entwicklungstrends skizziert. Die Darstellung der wichtigsten sozio-ökonomischen Entwicklungen schließt an den Betrachtungszeitraum des STRAT.AT an und bezieht sich daher weitgehend auf den Zeitraum ab 2004.

Im internationalen Maßstab zählt Österreich in Bezug auf die Fläche (Rang 14) und die Bevölkerungszahl (Rang 12) zu den eher kleinen Staaten in der Mitte Europas. Prägend für das Raumbild Österreichs sind ein hoher Anteil von Grenzregionen und eine diversifizierte Raumstruktur: 23 von 35 NUTS III-Regionen weisen eine direkte Grenzlage auf, die Hälfte davon liegt an einer Grenze zu den neuen Mitgliedstaaten; drei Viertel der Bevölkerung und der Wirtschaftsleistung entfallen auf diese Regionen. Territoriale Kooperation in ihren unterschiedlichen Ausprägungen ist damit aus der Perspektive Österreichs von zentraler Bedeutung.

und inneralpiner Raum bei insgesamt hohen Anteilen ländlicher Regionen. Nach internationalen Maßstäben (Definition der OECD) leben 78 % der EinwohnerInnen in Österreich in Gebieten, die im weitesten Sinne als ländlich bezeichnet werden können<sup>5</sup>. Regionale Disparitäten zeigen sich auch anhand des Bruttoregionalproduktes (BRP) mit einer Spannbreite von 20.500 Euro bis 41.500 Euro je EinwohnerIn (2006) oder unterschiedlichen F&E-Quoten, die von 3,9 % in der Steiermark bis zu 0,5 % des BRP im Burgenland reichen. Letztlich ergibt sich daraus auch das Erfordernis einer regional differenzierten Entwicklungspolitik.

### 3.1 Entwicklung in der Hochkonjunkturphase: 2004–2008

Österreich zeichnet sich innerhalb der Europäischen Union durch ein hohes Wohlstandsniveau und eine im Vergleich zur Union (bzw. EU-15/Eurozone) gün-

Abb. 2: Grenzüberschreitende Kooperationsräume



Das Bundesgebiet ist durch sehr unterschiedliche Regionstypen mit unterschiedlichen Entwicklungsniveaus und -voraussetzungen charakterisiert: Metropolregion Wien, städtische Regionen, Berggebiete

stigare Entwicklung in vielen relevanten sozioökonomischen Indikatoren aus. Der Zeitraum ab 2004 war – ausgehend von einer verhaltenen konjunkturellen Entwicklung – von einer weltweiten Hochkonjunktur-

<sup>5</sup> 47 % leben in „überwiegend ländlichen Gebieten“, weitere 31 % in so genannten „integrierten Regionen“ (früher: „maßgeblich ländlich geprägten Gebiete“).

phase gekennzeichnet, die neben hohen Wachstumsraten und Beschäftigungssteigerungen auch eine Entlastung auf dem Arbeitsmarkt mit sich brachte<sup>6</sup>:

- Österreichs Wirtschaft konnte bis zum Einsetzen der Finanz- und Wirtschaftskrise (III. Quartal 2008), über den Zyklus betrachtet, stärker expandieren als der EU-Wirtschaftsraum.
- Entscheidend dafür waren die gestiegene internationale Wettbewerbsfähigkeit Österreichs – die Lohnstückkosten haben sich in den letzten Jahren im EU-Vergleich überdurchschnittlich stark verbessert<sup>7</sup> – sowie die sich weiter verstärkende Verflechtung mit und Integration in die europäische und globale Wirtschaft. Dies zeigt sich anhand:
  - der Exportwirtschaft, welche für eine kleine offene Volkswirtschaft wie Österreich ein entscheidender Bestimmungsfaktor in der wirtschaftlichen Entwicklung ist und sich dynamisch entwickelt hat<sup>8</sup>. Österreich weist heute eine Exportquote von 58 % des BIP auf.
  - der dynamischen Entwicklung der Direktinvestitionen. Nach Berechnungen der OeNB<sup>9</sup> ist das Gesamtkapital sowohl der aktiven als auch der passiven Direktinvestitionen seit 2004 bis 2006 um 60 % gestiegen. Bei den aktiven Direktinvestitionen Österreichs ist der Anteil der Investitionen in den zentral-, ost- und südosteuropäischen Ländern (MOEL-19) (36,8 Mrd. Euro) höher als in der Eurozone (24,9 Mrd. Euro).
- Profitieren konnte in dem Zyklus auch der österreichische Arbeitsmarkt durch einen signifikanten Beschäftigungszuwachs und eine deutliche Senkung der Arbeitslosenquote (von 4,9 % in 2004 auf 3,8 % in 2008 nach EU-Methode) und bereits auftretenden Knappheitsphänomenen bei den qualifizierten Arbeitskräften.
- Innerhalb Österreichs zeigt sich auf Ebene der Bundesländer – bis zum Ausbruch der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise – ein ebenso positives Bild. Die Entwicklung ermöglichte eine breite Partizipation der Bundesländer und Regionen an der Wachstumsdynamik. Dabei konnten insbesondere Bundesländer mit einer starken Industriebasis von der Integration und voranschreitenden globalen Arbeitsteilung profitieren.

### 3.2 Die Finanz- und Wirtschaftskrise

Bereits im Sommer 2008 mehrten sich die Anzeichen einer weltweiten Konjunkturertrübung. Ausgehend von den USA breitete sich die Finanz- und Wirtschaftskrise aufgrund der starken internationalen Verflechtung der Finanzmärkte rasch aus und griff auf die Realwirtschaft über.

- Die exportorientierte Sachgütererzeugung – als bisheriger Treiber der konjunkturellen Entwicklung Österreichs – zeigte bereits mit Einsetzen der Krise im III. Quartal 2008 einen ersten Abwärtstrend, was sich in einem signifikanten Rückgang der Exporte Österreichs ausdrückte und seitdem fortsetzt.
- Bis zum Jahresende 2008 konnten innerhalb Österreichs, bedingt durch zahlreiche gegensteuernde Maßnahmen der öffentlichen Hand, gravierende Auswirkungen im Bereich der Beschäftigung hintangehalten werden. Mit Jahreswechsel jedoch zeigten die stärker industriell geprägten Bundesländer (Oberösterreich, Steiermark, Kärnten) eine deutlich ungünstigere Beschäftigungsentwicklung als die anderen Bundesländer auf. Seit März 2009 verzeichnen alle Bundesländer deutliche Beschäftigungsverluste im Vergleich zum Vorjahr, wobei die vorgenannten Bundesländer wiederum relativ stärker betroffen sind. Mit September 2009 bestanden in Österreich 64.880 weniger unselbstständige Beschäftigungsverhältnisse oder -1,87 %, als im Vorjahresmonat<sup>10</sup>.
- Seit Mai 2009 weisen alle Bundesländer deutlich zweistellige Zuwächse in der Arbeitslosenquote auf<sup>11</sup>. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass mit Stand September 2009 neben den 234.505 als arbeitslos gemeldeten Personen sich weitere 68.450 Personen in Schulungen des Arbeitsmarktservice (AMS) befanden sowie 45.719 Personen unter die Kurzarbeiterregelungen fielen. Die Betroffenheit am Arbeitsmarkt ist damit deutlich höher einzuschätzen.
- Auf der Ebene der Bezirke zeigt die aktuelle Analyse für Juni 2009 ein breites Band in der Steigerung der Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahresmonat auf: von einer Zunahme von wenigen Prozenten bis

6 Eine zusammenfassende Tabelle mit den wichtigsten sozio-ökonomischen Eckdaten sowie grafische Übersichten sind dem Anhang C zu entnehmen.

7 Siehe dazu Österreichisches Reformprogramm für Wachstum und Beschäftigung, Implementierungsbericht 2009

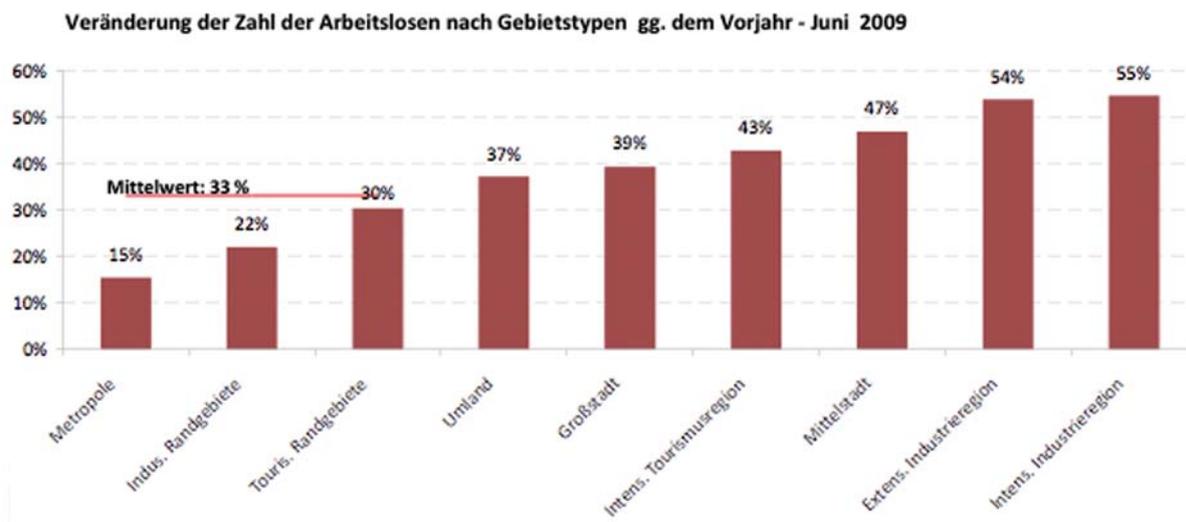
8 Zwischen 1996 und 2007 nahmen die österreichischen Exporte (Waren und Dienstleistungen) um jährlich durchschnittlich 8,7 % stärker als die EU-15-Exporte (+7,9 %) zu. Die Exportquote, das Verhältnis der Exporte zum BIP, stieg von 37 % 1996 auf 58,2 % 2007; damit liegt Österreich innerhalb der EU-15 an fünfter Stelle.

9 Österreichische Nationalbank (OeNB): Die passiven Direktinvestitionen werden mit rund 56 Mrd. Euro von InvestorInnen aus dem Euroraum dominiert. Auf Branchenebene liegt sowohl bei den aktiven als auch bei den passiven Direktinvestitionen der Fokus auf dem Dienstleistungssektor.

10 Basis: Gesamtbeschäftigung, d. h. inkl. KarenzgeldbezieherInnen und Präsenzdienner mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis.

11 Wien hat hierbei jedoch eine Sonderstellung: Zwar steigt die Arbeitslosigkeit deutlich weniger stark als im Bundesdurchschnitt, die Arbeitslosenquote liegt in der Bundeshauptstadt jedoch weiterhin deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

Abb. 3: Wirtschaftskrise – Veränderung der Zahl der Arbeitslosen nach Gebietstypen gegenüber dem Vorjahr – Juni 2009



Quelle: AMS-Österreich, WIFO, Berechnungen und Darstellung convelop, 2009

hin zu mehr als einer Verdoppelung. Aufbauend auf einer vom Österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) erarbeiteten Klassifizierung der Bezirke nach Wirtschaftsregionen lässt sich erkennen, dass „Intensive Industrieregionen“ und „Extensive Industrieregionen“ besonders starke Zuwächse aufweisen. Dies gilt auch für die Mehrzahl der „Intensiven Tourismusregionen“.<sup>12</sup>

- Die Prognosen der WirtschaftsforscherInnen gehen derzeit mehrheitlich für Österreich von einem Rückgang des BIP in einem Band von -3,4 bis -3,8 % für 2009 aus. Damit wird für Österreich eine dem EU-Durchschnitt ähnliche Entwicklung angenommen. Entsprechendes gilt für die Veränderung der Arbeitslosenquote: Die EU-Prognose nimmt für Österreich eine Zunahme der ALQ um +2,2-%-Punkte (EU: 2,4-%-Punkte) auf 6 % (EU: 9,4 %) an. Die bisherigen Prognosen sehen damit für Österreich eine Veränderung analog der gesamteuropäischen Entwicklung – in Bezug auf Wirtschaftskraft, Arbeitslosigkeit und Gesamtbeschäftigung – voraus.
- Mit Sommer 2009 weisen die Konjunkturindikatoren auf eine Stabilisierung bis hin zu einer Verbesserung der aktuellen Lage (Auftragsbestände) und der Erwartungen (Geschäftslage in sechs Monaten) der Unternehmen hin. Auch der von der EU-Kommission ermittelte „Vertrauensindikator der Industrie“ hat in den letzten Erhebungen sowohl für Österreich, Deutschland als auch für die EU insgesamt wieder zugelegt. Insgesamt betrachtet

deutet dies darauf hin, dass eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau erreicht und die Talsohle schrittweise überwunden wird. Obwohl für 2010 wieder positive Wachstumsraten prognostiziert werden, wird der Höhepunkt der negativen Arbeitsmarktentwicklung für Mitte 2010 erwartet. Zudem bleiben erhebliche Unsicherheiten im Hinblick auf die Nachhaltigkeit der sich abzeichnenden Erholung.

- Vor allem jedoch ist mittelfristig – im Vergleich zur vergangenen Phase der Hochkonjunktur – mit deutlich geringeren Wachstumsraten zu rechnen. Während das durchschnittliche Wachstum 2004–2008 bei 2,8 % lag, wird für 2009–2013 nur ein durchschnittliches Wachstum von 0,7 % prognostiziert (IHS 2009). Nachdem zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes erfahrungsgemäß 2 % bis 2,5 % Wachstum notwendig sind, kann die Schlussfolgerung gezogen werden, dass mittelfristig die Arbeitslosenquoten auf höherem Niveau bleiben werden. Gleichzeitig ist aber mit Anziehen der Konjunktur wieder mit Knappheit an qualifizierten Arbeitskräften zu rechnen.

### 3.3 Konvergenz der Regionen – Mittelfristige Betrachtungen

Rückblickend auf eine mittelfristige Entwicklung zeigte sich ein regionaler Konvergenzprozess in Österreich, der sich seit dem EU-Beitritt beschleunigt hat. Der Abschluss von zwei Programmperioden der

12 Für Regionstypisierung siehe Abschnitt H: Abkürzungsverzeichnis und Begriffserläuterungen

EU-Strukturförderung in Österreich war Anlass, im Rahmen des STRAT.ATplus (siehe dazu Anhang B) die Entwicklung der Regionen Österreichs einer genaueren Analyse anhand von Zeitreihen zu Wachstum, Arbeitsmarkt und Produktivität zu unterziehen (Mayrhofer et al 2008). Es zeigte sich, dass

- die geförderten Regionen tendenziell eine positivere Entwicklung aufwiesen als nicht-geförderte Regionen.
- gleichzeitig in den geförderten Regionen die Wachstumsunterschiede zwischen Perioden mit und ohne EFRE-Förderung (signifikant) höher als in Nicht-Förderregionen waren.
- dieser Vorsprung der geförderten Regionen insbesondere in den Bereichen Beschäftigung und Arbeitsmarkt auftrat. Das Ausmaß von Beschäftigungsgewinnen stieg in allen Typen von Förderregionen kontinuierlich mit der Förderintensität.
- bei der Produktivität hingegen kein relevanter Unterschied zwischen geförderten und nicht-geförderten Regionen ausgemacht werden konnte.

In Summe konstatiert damit die Studie einen grundsätzlichen innerösterreichischen Konvergenzprozess, welcher sich seit dem Beitritt Österreichs verstärkt hat, und die These über entsprechende Entwicklungsimpulse durch die EU-Regionalförderung wurde erhärtet. Auswirkungen der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise und des neuen regionalpolitischen Paradigmas auf den Konvergenzprozess ab 2007 sind jedoch bislang noch unklar und lassen sich noch nicht im Detail abschätzen (siehe dazu 5.3). Es zeigt sich jedoch eine überdurchschnittliche Betroffenheit von industrialisierten und sachkapitalintensiven Regionen von der Wirtschaftskrise. Die Daten über die Umsetzung der EFRE-Programme werden jedoch auch zeigen, dass die Strukturfonds-Interventionen stark auf eben diese Gebiete fokussieren.

### 3.4 Entwicklungstrends und Challenges

Folgende Themen und Entwicklungstrends kristallisieren sich zunehmend mehr als Megatrends heraus (siehe dazu STRAT.ATplus-Prozess<sup>13</sup>, Szenarien der Raumentwicklung Österreichs 2030<sup>14</sup>, Europas Regionen 2020<sup>15</sup>).

### Globalisierung und zunehmende Wissensbasertheit der Entwicklung

Es ist davon auszugehen, dass die Globalisierungsprozesse weiter voranschreiten und damit verbunden auch der Verlagerungsdruck von Unternehmen hin in die wachstumsstarken Zielmärkte steigen wird. Damit verbunden ist ein weiter steigender Innovationsdruck auf Unternehmen und Regionen. Österreich befindet sich in einer Phase des Übergangs zu einem zunehmend durch Forschung, Technologie und Innovation bestimmten Wachstum. Dies gilt auch für die Bundesländer, die sich an den neuen Bedingungen für die wirtschaftliche Stabilität und Entwicklung der Region orientieren müssen.

- Im internationalen Vergleich konnte Österreich die Steigerung der F&E-Quote seit dem Jahr 2000 am stärksten vorantreiben. Während in den EU-15 die F&E-Quote zwischen dem Jahr 2000 und 2008 gleichgeblieben ist (1,91 %), stieg sie in Österreich von 1,94 % auf 2,7 %. Österreich zählt damit zu den wenigen Ländern, die sich auf einem Pfad in Richtung der anvisierten 3-%-F&E-Quote befinden.
- Im synthetischen Gesamtindex des Innovation Scoreboard – EIS<sup>16</sup> hat sich Österreich seit 2000 kontinuierlich vom 11. Platz im Jahr 2000 auf den mittlerweile 6. Platz verbessert und führt damit die Gruppe der „Innovation Followers“ an<sup>17</sup>. Es bleibt jedoch hinter den „Innovationsleadern“ (insbesondere skandinavische Länder) noch zurück (WIFO et al 2009<sup>18</sup>).
- Die Einzelindikatoren des EIS 2008 bestätigen das bekannte Stärken-/Schwächen-Profil: Die Stärken im Unternehmensbereich mit einem deutlich überdurchschnittlichen Abschneiden bei den meisten innovationsbezogenen Indikatoren stehen Schwächen im Bereich der Humanressourcen, insbesondere bei den technisch-naturwissenschaftlichen StudienabgängerInnen sowie in der Risikofinanzierung gegenüber.

Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die F&E-Ausgaben in Österreich lassen sich zurzeit sehr schwer abschätzen. Der Zyklus steigender Finanzierungsbeiträge der Unternehmen ist jedoch in Gefahr, zumal die privaten F&E-Ausgaben stark

13 Im Rahmen des Jahresschwerpunktes des STRAT.ATplus-Prozesses (siehe dazu Anhang A.2) werden Trends & Challenges für die österreichische Regionalpolitik diskutiert.

14 Szenarien der Raumentwicklung Österreichs 2030 – Regionale Herausforderungen und Handlungsstrategien, ÖROK-Schriftenreihe Nr. 176/II, Wien 2009

15 Europäische Kommission, Regionen 2020 – Bewertung der künftigen Herausforderungen, Arbeitspapier der Kommission, SEK (2008), Brüssel

16 Bei der Interpretation der Ergebnisse derartiger Benchmarks ist immer Vorsicht geboten, da rein quantitative Zugänge grundsätzliche Grenzen in der Aussagekraft gesetzt sind. Das EIS ist ein geeignetes Instrument, Entwicklungen in einzelnen Staaten nachzuzeichnen und hilft bei einer „Grobpositionierung“ im internationalen Kontext.

17 Neben Österreich befinden sich Länder wie Frankreich, Belgien, Irland und die Niederlande in der Gruppe der „Innovation Followers“.

18 Aiginger K./Falk R./Reinstaller A, Reaching out to the Future Needs Radical Change – Towards a New Policy for Innovation, Science and Technology in Austria, Synthesis Report der Systemevaluierung der Österreichischen Forschungsförderung: WIFO, KMFUA, Prognos AG, convelop, Wien 2009

von wenigen Großunternehmen, verbunden mit einem hohen Auslandsfinanzierungsanteil, getragen werden. Die aktuelle Gobalschätzung der STATISTIK AUSTRIA im Jahr 2009 zeigt eine deutliche Eintrübung des in den letzten Jahren sehr dynamischen Expansionspfades für F&E-Ausgaben. Dies liefert einen ersten Hinweis auf einen zumindest temporären Rückzug aus der strategischen Forschung und Betonung von eher kurzfristig ausgerichteten Innovationsprozessen, was längerfristig die Wettbewerbsposition Österreichs gefährden kann.

Es ist zu erwarten, dass die Wirtschaftskrise mittelfristig den Innovationsdruck auf die österreichische Wirtschaft deutlich steigern wird. Wirtschaftliche Umstrukturierungsprozesse, für die bei „normalem“ Konjunkturverlauf einige Jahre Zeit gewesen wären, müssen voraussichtlich in kurzer Zeit bewältigt werden. Umso wichtiger für den Standort Österreich wird die Stärkung jener Bereiche sein, die als „Stabilisationsfaktoren“ in einem Hochlohnland wie Österreich gelten: Hohe Innovationsfähigkeit und qualifizierte Beschäftigte.

Damit steht Österreich einer zweifachen Herausforderung gegenüber: Zunächst muss die krisenbedingte Abschwächung der Wachstumsdynamik abgefedert werden. Parallel dazu muss eine Vorwärts-Strategie formuliert und umgesetzt werden, um das mittelfristige Ziel, zur Gruppe der führenden Innovationsnationen aufzuschließen, nicht zu gefährden.<sup>19</sup>

Die Auswertung der Programmumsetzung wird zeigen, dass der STRAT.AT und die Operationellen Programme nach den Plandaten im internationalen Vergleich einen starken Bezug zu Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation aufweisen, aber mit speziellen Umsetzungsproblemen u. a. aufgrund der von EU und nationaler Seite geschaffenen administrativen Rahmenbedingungen konfrontiert sind. Hoch innovative Maßnahmen und Projekte müssen außerhalb der EU-Programme umgesetzt werden.

## Demografische Entwicklung

Die demografische Entwicklung eines Landes löst zahlreiche gesellschaftliche Veränderungsprozesse aus. Exemplarisch seien hier der Arbeitsmarkt, die sozialen Sicherungssysteme, die Regional- und Stadtplanung sowie das Zusammenleben allgemein genannt. Österreich hatte im Jahr 2008 im Jahresdurchschnitt eine Bevölkerung von 8,34 Mio. Personen, dies sind 167.108 EinwohnerInnen (+2,05 %) mehr als

noch 2004. Die Entwicklung wurde überproportional stark durch die Zuwanderung getragen. Folgende Entwicklungen sind dabei von zentraler Bedeutung:

- Es wird weiteres Wachstum erwartet: Die aktuelle Prognose der STATISTIK AUSTRIA berechnet für Österreich bis zum Jahr 2015 einen Anstieg der Bevölkerung auf 8,57 Mio. (+3,0 % gegenüber 2008) und bis zum Jahr 2030 auf 8,99 Mio. Personen (+8,1 %). Das Wachstum geht weiterhin insbesondere auf Migrationsströme zurück, wird also die Integrationspolitik vor zentrale Herausforderungen stellen.
- Das Wachstum ist nicht gleich verteilt:
  - Überdurchschnittlich starkes Bevölkerungswachstum wird für Wien und Niederösterreich prognostiziert. Grund dafür sind starke (internationale) Wanderungsgewinne. Während für die westlichen Bundesländer moderate Bevölkerungsgewinne erwartet werden, wird der Süden Österreichs langfristig mit Stagnation bzw. leichten Bevölkerungsverlusten zu rechnen haben.
  - Generell ist damit zu rechnen, dass die Agglomerationsräume Österreichs weiter überdurchschnittliche Zuwächse verzeichnen werden können. Bei gleichzeitiger Stabilität des ländlichen Raumes insgesamt werden inneralpine periphere Räume/Täler von Abwanderung und Bevölkerungsrückgängen betroffen sein.
  - Die Altersstruktur verschiebt sich deutlich hin zu den älteren Menschen: Sind derzeit 22 % der Bevölkerung im Alter von 60 und mehr Jahren, so werden es mittelfristig (2020) rund 26 % sein, langfristig (ca. ab 2030) sogar mehr als 30 %.

Die Programme adressieren diese Herausforderung am stärksten im ESF. Im Rahmen der ESF-Programme wird verstärkt auch auf die Integration von Personen mit Migrationshintergrund sowie älteren Arbeitskräften in die regionalen Arbeitsmärkte geachtet sowie innovative Ansätze im Sinne von „productive-ageing“-Prozessen zur Anwendung gebracht, die die Integration älterer ArbeitnehmerInnen in die Unternehmen unterstützen (siehe dazu Abschnitt 4.3).

## Ressourcen- und Energiemangel

Insbesondere in der letzten Phase der Hochkonjunktur 2007 bis Mitte 2008 wurden Engpässe in der Verfügbarkeit von Rohstoffen als auch Energie sichtbar, die zu teilweise drastischen Preissteigerungen<sup>20</sup> und Verknappungsphänomenen führten. Auch wenn kurzfristig aufgrund der zurückgegangenen Gesamt-

<sup>19</sup> Siehe dazu Österreichisches Reformprogramm für Wachstum und Beschäftigung, Implementierungsbericht 2009

<sup>20</sup> Die drastischen Preissteigerungen waren neben der starken Nachfragedynamik zum Teil wohl auch auf spekulative Effekte zurückzuführen.

nachfrage eine Entspannung eingetreten ist, werden Energie- und Ressourcenknappheiten bei Anziehen der Konjunktur wieder bestimmend werden. Die Erhöhung der Ressourceneffizienz, die Substitution von Rohstoffen sowie die Nutzung alternativer Energieformen und neuer Materialien werden daher in Zukunft wichtige Handlungsfelder darstellen. Für die EFRE-Programme sind diesbezüglich eigene Maßnahmenbereiche programmiert, es werden jedoch derzeit vor allem verstärkt nationale Mittel eingesetzt.

### **Klima: Wandel, Schutz, Anpassung**

Zunehmende Extremwittersituationen und damit verbundene Schäden sowie neue wissenschaftliche Ergebnisse (bspw. Bericht des Weltklimarates) haben

zu einem steigenden Problembewusstsein im Hinblick auf den Klimawandel, den anthropogenen Beitrag hieran und die Folgen geführt.

Die Europäische Kommission veröffentlichte Anfang April 2009 das Weißbuch „Anpassung an den Klimawandel“, in dem sie einerseits eine zweigleisige Strategie zur Bewältigung des Klimawandels benennt und andererseits annimmt, dass die Auswirkungen des Klimawandels sich schneller und stärker bemerkbar machen werden, als dies der Weltklimarat in seinem Bericht von 2007 (IPCC-Report) vorhersagte. Eine Reihe von Staaten weisen (schon seit Längerem) entsprechende Strategiepläne auf. Die österreichische Bundesregierung hat in ihrem Regierungsüberkommen die Erarbeitung einer nationalen Anpassungsstrategie bis 2013 verankert.

## 4 UMSETZUNG DER OPERATIONELLEN PROGRAMME

Im Folgenden wird – als zentrales Ziel des Strategieberichtes – auf die bisherige Umsetzung im Bereich der Strukturfondsprogramme in Österreich sowie ihrer Bedeutung für die STRAT.AT-Strategien sowie die Europäischen Kohäsionsleitlinien eingegangen. In den einzelnen Abschnitten, aber insbesondere in der Zusammenschau wird auch ein Bezug zu den bestehenden Entwicklungstrends und der Finanz- und Wirtschaftskrise hergestellt.

Der STRAT.AT wird letztlich durch die operationellen Programme umgesetzt. Er stellt zudem – obwohl nicht mehr unmittelbar den Strukturfonds zugeordnet – eine Schnittstelle zum Programm Entwicklung des ländlichen Raumes, Priorität 3 („Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft und Lebensqualität im ländlichen Raum“) her.

Bei der Betrachtung der EU-Kohäsionspolitik in Österreich darf auch nicht übersehen werden, dass die Strukturfondsprogramme in eine umfangreiche nationale Regional-, Technologie-, Wirtschaftsförderungs-, Umwelt und Arbeitsmarktpolitik eingebettet sind. Der Beitrag der EU-Kohäsionspolitik zu deren Umsetzung variiert zwischen den Politikbereichen. Die Verzahnung von EU-Kohäsions- und nationaler Politik ist durch die Umsetzung der Strukturfonds über etablierte nationale und regionale Agenturen und Förderungsinstrumente gerade in Österreich besonders eng.

### 4.1 Quantitative Umsetzung im Überblick

In Österreich kommen 21 Programme<sup>21</sup> zur Umsetzung, für die insgesamt SF-Mittel in der Höhe von rd. 1,5 Mrd. Euro vorgesehen sind, zuzüglich der Mittel aus dem ELER.

Der STRAT.AT und die Operationellen Programme orientieren sich inhaltlich an den Europäischen Kohäsionsleitlinien und den Integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung. Ein internationaler Vergleich anhand der Programmplanungen zeigt, dass<sup>22</sup>:

- Österreichs Programme zu jenen mit den höchsten „Lissabon-Anteilen“ gehören: 91 % der eingesetzten SF-Mittel sind Lissabon „geemarkt“ (EU-15: 81 %). Der Lissabon-Anteil der Gruppe der Länder, die laut European Innovation Scoreboard als „Innovations-Leader“ eingestuft werden<sup>23</sup>, liegt bei 85 %;
- sie sich innerhalb der Lissabon-Codes auf die FTI-bezogenen Interventionsformen im EFRE und hierbei auf betriebliche innovative Investitionen konzentrieren;
- sie im ESF auf präventive und aktive Arbeitsmarktpolitik ausgerichtet sind;
- besonderes Augenmerk auf den Aufbau und die Förderung regionaler Partnerschaften und Vernetzungsstrukturen gelegt wird.

Der Nationale Strategische Rahmenplan STRAT.AT und die Operationellen Programme konnten frühzeitig vorbereitet und zur Genehmigung gebracht werden. Die Programme befinden sich, nach der notwendigen Schaffung des administrativen Rahmens (bspw. vertragliche Vereinbarungen zwischen programmverantwortlichen Stellen und Umsetzungsstellen, Aufsetzen des Monitorings für die neue Periode, Klärung der Förderfähigkeitsregeln, Beschreibung des Verwaltungs- und Kontrollsystems) in der Umsetzung.

Die nachstehende Tabelle liefert einen ersten Überblick über die finanziellen Dimensionen in der Umsetzung und zeigt, dass

- bislang 247,2 Mio. Euro SF-Mittel (EFRE/ESF) sowie weitere rund 253,4 Mio. Euro Nationale Öffentliche Mittel gebunden (EFRE) bzw. ausbezahlt (ESF) werden konnten;
- auf den EFRE 176,5 Mio. Euro entfallen und damit 26,0 % der gesamten EFRE-Mittel gebunden sind;
- auf die Umsetzung des ESF insgesamt 70,7 Mio. Euro entfallen und damit 13,5 % der Mittel ausbezahlt sind;
- im ELER die Auszahlungen 27,1 % der Mittel erreichen.

21 Zwei Programme ESF, acht Programme RWB-EFRE, ein Programm Konvergenz PhO-EFRE, sieben Programme ETZ-grenzüberschreitend, drei Programme ETZ-transnational

22 Basierend auf Auswertungen der thematischen Codes der Programme „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“

23 Schweden, Finnland, Dänemark, Deutschland, Großbritannien

Insgesamt bedeutet dies, dass die Umsetzung der Programme gut angelaufen ist. Die Programme entwickeln sich in der Mittelbindung bzw. -auszahlung entsprechend der Erfahrungswerte der bisher erfolgreich umgesetzten Perioden.

dung für die Bereiche Forschung, technologische Entwicklung und Innovation erfolgt.<sup>24</sup> Bezogen auf die thematischen Interventionsfelder<sup>25</sup> sind 89 % der EFRE-Mittel in Österreich Lissabon-relevant (Ländergruppe der Innovation-Leader: 74 %, EU-15 68 %).

Abb. 4: Übersicht - Planwerte laut Finanztabellen und Genehmigungs-/Auszahlungstand nach Programmen

	Plan		Umsetzung*			
	Fonds	National Öff. Mittel	Fonds		National Öff. Mittel	
			Euro	%	Euro	%
Konvergenz-Phasing-Out						
Burgenland – EFRE	125.026.964	41.675.655	13.775.251	11,0	5.335.364	12,8
Konvergenz-Phasing-Out						
Burgenland – ESF	52.140.000	17.380.000	7.216.054	13,8	2.395.107	13,8
RWB-EFRE	555.039.057	555.039.057	162.716.790	29,3	174.770.071	31,5
RWB-ESF	472.272.560	532.541.560	63.447.456	13,4	70.885.614	13,3
ETZ (grenzüberschreitend u. transnational)	256.664.100					
		<b>ELER</b>				
ELER	3.911.469.992	3.910.819.061	1.051.849.246	26,9	1.015.303.455	27,1

\* ESF: Auszahlung abgerechneter Maßnahmen bis II. Quartal. 2009; ELER: Auszahlungen bis II. Quartal. 2009;

EFRE: Genehmigungsstand 30. 09. 09. Planwerte laut Finanztabellen

Quelle: ATMOS-Monitoring bei awslerp-fonds; ESF-Monitoring; BKA; BMLUFW; eigene Berechnungen convelop; 2009

#### 4.2 EFRE-Programme der Ziele „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ sowie „Konvergenz-Phasing-Out“

Die österreichischen aus dem EFRE kofinanzierten Operationellen Programme der Ziele „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ sowie „Konvergenz-Phasing Out“ konzentrieren sich auf die beiden ersten Prioritäten des STRAT.AT mit klarer Schwerpunktsetzung auf die Priorität 1 „Regionale Wissensbasis und Innovation“. Die Priorität 2 „Entwicklung attraktiver Regionen und wettbewerbsfähiger Standorte“ wird hingegen ergänzend und ausgleichsorientiert eingesetzt.

Gegenüber der Periode 2000–2006 ist eine deutliche Verstärkung der indikativ geplanten Mittelverwen-

Die Programme konzentrieren sich stärker als andere auf die FTI-Maßnahmen und hier insbesondere auf innovationsorientierte betriebliche Investitionsmaßnahmen:<sup>26</sup> 40,6 % der EFRE-Mittel sind in Österreich dafür geplant (Innovation-Leader: 22,2 %).

#### Umsetzungsstand nach Bundesländern und Regionstypen

Die bisherige Umsetzung (Genehmigungsstände bis 30. 09. 2009) zeigt dabei auf Bundesländerebene folgendes Bild: (siehe Abbildung 5)

Die Genehmigungen der EFRE-Mittel erreichen bereits einen Stand von rd. 176,5 Mio. Euro oder 26 % des Planwertes. Der Umsetzungsstand variiert zwischen rd. 11 % (Burgenland) und rund 41 % (Oberösterreich). Die drei vergleichsweise großen Pro-

24 So sind die geplanten Mittel für FTE-Infrastrukturen trotz insgesamt gesunkener Strukturfonds-Mittel von 7,5 Mio. Euro (2000–2006) auf 26,3 Mio. Euro (2007–2013), jene für FTE in Forschungszentren von 20,5 Mio. Euro auf 46,9 Mio. Euro angehoben worden. Die Planwerte für 2007–2013 für F&E in Unternehmen entsprechen weitgehend den Istwerten für die Periode 2000–2006 (rd. 85 Mio. Euro), was aufgrund der absolut geringeren Mittel einen deutlichen Anteilsgewinn für betriebliche F&E in der laufenden Periode bedeutet.

25 Codes 1 „FTE-Tätigkeiten in Forschungszentren“ bis 15 „Andere Maßnahmen zur Verbesserung von KMU zur IKT“ unter Weglassung der auf Governance ausgerichteten thematischen Codes 80–86.

26 Code 06 „Umweltfreundliche Produkte/Produktionsverfahren in KMU“, Code 07 „Unternehmensinvestitionen mit direktem Bezug zu Forschung und Innovation“ sowie Code 08 „Sonstige Unternehmensinvestitionen“.

Abb. 5: Verteilung der EFRE-Mittel nach Bundesländern; Plandaten für die Periode 2007–2013, (Genehmigungsdaten) bis 30. 09. 2009 in Euro

Bundesland	Plan	Genehmigung	%
Burgenland (PHO)	125.026.964	13.775.251	11,0
Kärnten	67.388.430	12.242.064	18,2
Niederösterreich	145.646.798	45.044.327	30,9
Oberösterreich	95.543.517	38.866.948	40,7
Salzburg	13.813.480	3.794.425	27,5
Steiermark	155.061.854	43.472.292	28,0
Tirol	34.772.988	9.530.130	27,4
Vorarlberg	17.660.129	4.213.554	23,9
Wien	25.151.861	5.553.052	22,1
<b>Summe</b>	<b>680.066.021</b>	<b>176.492.041</b>	<b>26,0</b>

Quelle: ATMOS-Monitoring bei awslerp-fonds; Datenstand: 30. 09. 2009; eigene Berechnungen convelop; 2009

gramme – Niederösterreich, Steiermark und Oberösterreich – weisen jeweils überdurchschnittlich hohe Bindungsquoten auf.

Rund ein Drittel der gebundenen EFRE-Mittel entfällt auf humankapitalintensive Regionen<sup>27</sup>, 35 % auf ländliche Regionen sowie 18 % auf sachkapitalintensive Industrie- und Tourismusregionen. Eine detailliertere Aufsplittung der Gebietstypen zeigt, dass die Interventionen sich mit 57 % auf überwiegend industriell geprägte Regionen konzentrieren: Rd. ein Sechstel der eingesetzten Mittel entfällt auf industriell geprägte Mittelstädte, weitere 40 % auf Industrieregionen (extensive und intensive Industrieregionen, industrielle Randgebiete).<sup>28</sup> Die Interventionen konzentrieren sich daher bislang auf die von der Finanz- und Wirtschaftskrise in Österreich am stärksten betroffenen Regionstypen, die industrialisierten Regionen und die industriell geprägten Mittelstädte.<sup>29</sup>

### Umsetzungsstand nach Interventionsbereichen

Inhaltlich wird die Umsetzung getragen durch

→ die unternehmensbezogenen Investitionen mit Bezug zu FTI und sonstige Unternehmensinvestitionen<sup>30</sup>: Rund 46 % der Mittelbindungen entfallen auf diese beiden Interventionen, wovon annähernd ein Fünftel auf den Tourismussektor entfällt.

→ auf überbetriebliche „Forschung, Netzwerke und Technologietransfer“ ausgerichtete Bereiche. Mehr als ein Viertel der Mittelbindungen (28,8 %) sind auf diese Themen zurückzuführen.<sup>31</sup>

Die Bereiche „Erneuerbare Energien“ und „Energieeffizienz“ sind mit einem Anteil von rd. 5,1 % der gebundenen EFRE-Mittel (Planwert: 4,4 %) durchschnittlich entsprechend der Planung umgesetzt. Bislang wurden noch relativ wenige Projekte im Bereich „Umweltfreundlicher Produkte und Verfahren in KMU“ ausgewiesen.<sup>32</sup>

Unterdurchschnittliche Bindungen weisen bislang betriebliche Forschungs- und Entwicklungsprojekte<sup>33</sup> auf. Ihr Anteil an der Programmumsetzung liegt bei 1,7 % (Planwert: rd. 12,5 %). Aufgrund des engen Handlungsrahmens in der administrativen Umsetzung von Strukturfondsförderungen (Stichwort: „Personalkostenförderung“) gibt es konkrete Tendenzen der Verlagerung der betrieblichen Forschungsförderung hin zu nationalen Förderungsprogrammen und damit verbunden einen faktischen Rückzug aus der Strukturfonds-Kofinanzierung.

Die Finanzkrise führte zu einem starken Ausbau von Instrumenten zur Liquiditätssicherung der Unternehmen (Haftungen, Garantien) und neuen Finanzierungsformen, wie etwa Beteiligungskapital. Ähnliche Instrumente (bspw. die Einrichtung regionaler

27 Humankapitalintensive Regionen: Metropole Wien, Großstädte, Mittelstädte, Umlandbezirke; Ländliche Regionen: Touristische Randgebiete, industrielle Randgebiete, extensive Industrieregionen; Sachkapitalintensive Regionen: Intensive Tourismus- und intensive Industrieregionen

28 Für Grafik mit Regionstypen siehe Abschnitt H Begriffserläuterungen

29 Rd. 13 % der EFRE-Mittel sind räumlich nicht zuordenbar.

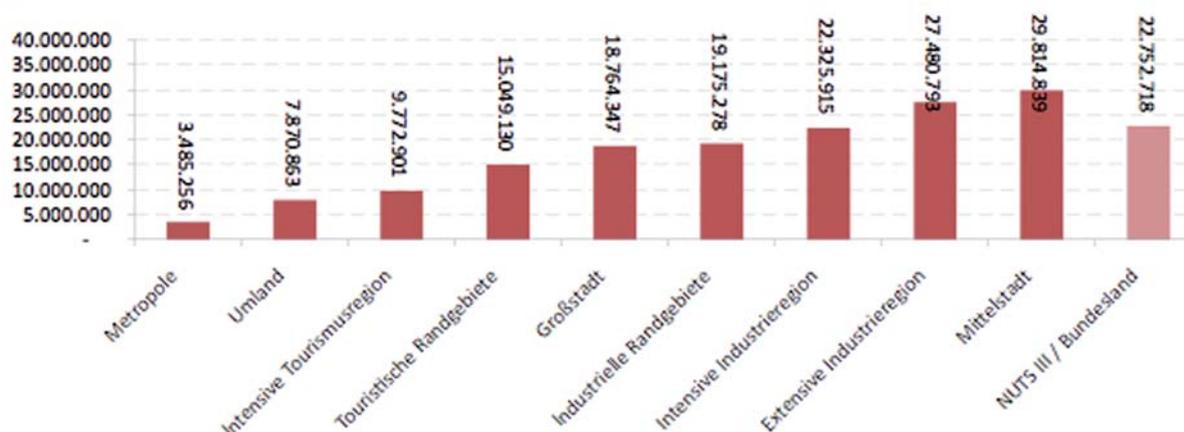
30 Das sind die thematischen Codes 07 UN-Investitionen m. direktem Forschungs-/Innovationsbezug und 08 Sonstige UN-Investitionen.

31 Thematische Codes 01 „FTE-Tätigkeiten in Forschungszentren“ – 03 „Technologietransfer u. Kooperationsnetze“

32 Thematische Codes 40–43 bzw. 06 „Erneuerbare Energien“ bzw. „Umweltfreundliche Produkte/Verfahren in KMU“

33 Thematischer Code 04 „FTE-Förderung, insbesondere KMU“

Abb. 6: Verteilung der EFRE-Mittel nach Regionstypen – Mittelbindungen (in Euro)



Quelle: ATMOS-Monitoring bei awslerp-fonds; Datenstand: 30. 09. 2009; Regionstypisierungen nach WIFO, eigene Berechnungen; 2009

\*NUTS III/BL-Ebene: Für rd. 22,8 Mio. Euro ist eine Zurechnung zu den Gebietstypen nicht möglich.

VC-Fonds) sind zwar in einigen Programmen vorgesehen, kamen jedoch bislang nicht zur Anwendung, sie werden vielmehr durch nationale Mittel umgesetzt.

### Materielle Umsetzung anhand beobachteter Output- und Ergebnis-Indikatoren

Der finanzielle Umsetzungsstand korrespondiert weitgehend mit den beobachtbaren Output- und Ergebnisindikatoren. Diesbezüglich wurde für die Programme „Regionale Wettbewerbsfähigkeit“ und das Programm „Konvergenz-Phasing-Out“ ein einheitliches Indikatorenset festgelegt.

Die Output- und Ergebnis-Indikatoren zeigen grundsätzlich einen plausiblen Zusammenhang zwischen der Zahl der Projekte, den Genehmigungsständen sowie dem unterstützten Investitionsvolumen. Gleichzeitig sind die im Monitoring angegebenen Beschäftigungseffekte überproportional hoch. So sind bereits 41 % der geplanten neuen Arbeitsplätze und 38 % des Investitionsvolumens erreicht bei einem durchschnittlichen Anteil der Programmgenehmigung von 26 %. Die Erfahrungen zeigten jedoch, dass infolge der Wirtschaftskrise die tatsächlichen Beschäftigungseffekte in der Realisierung hinter den ursprünglichen Annahmen zurückbleiben und daher die Werte derzeit überschätzt sein dürften.

Abb 7: Planung und Umsetzungsstand des österreichweit vereinbarten Indikatorensets

Kategorie	Indikator	Plandaten	Genehmigung	In %
<b>Output</b>	Zahl der Projekte gesamt	5.490	1.821	33,2
	davon Kooperationsprojekte (inkl. F&E)	1.255	59	4,7
	davon Neugründungen	352	39	11,1
	davon F&E-Projekte	1.329	75	5,6
	davon Investitionsprojekte in Umwelttechnologien	232	11	4,7
<b>Ergebnis</b>	Geplante Zahl der neu zu schaffenden Arbeitsplätze (VZÄ)	6.920	2.840	41,0
	... davon Geplante Zahl der neu zu schaffenden F&E-Arbeitsplätze (VZÄ)	1.004	114,5	11,4
	Unterstütztes Investitionsvolumen	3.772	1.446	38,3
	Zusätzliche Erzeugungskapazität Erneuerbare Energien (MW)	75	94,75	126,3
	Verringerung von Treibhausgasen in t	565.400	67.710	12,0

Quelle: Plandaten: Einzelne OP; Genehmigungsstand: ATMOS-Monitoring bei awslerp-fonds; Datenstand: 30. 06. 2009; eigene Berechnungen convolop, 2009

Abb. 8: Verteilung der genehmigten EFRE-Mittel nach Codes (30. 09. 2009)

Nr	Code Kurztext	Plan in Euro	Ist in Euro	[Ist/Plan] in %
01	FTE-Tätigkeiten in Forschungszentren	46.918.095	24.260.792	51,7
02	FTE-Infrastrukturen, Tech.spezifische Kompetenzzentren	26.290.602	10.323.689	39,3
03	Technologietransfer u. Kooperationsnetze zw./mit KMU	38.444.043	16.200.106	42,1
04	FTE-Förderung, insb. KMU (exkl. IKT-Projekte)	84.801.783	3.006.939	3,6
05	Fortgeschritt. Unterstützungsdienste f. UN/-Zusammenschlüsse	48.982.062	6.399.860	13,1
06	Umweltfreundl. Produkte/Prod.Verfahren in KMU	31.209.693	1.645.642	5,3
07	UN-Investitionen m. direktem Forschungs-/Innovationsbezug	123.249.384	41.045.655	33,3
08	Sonstige UN-Investitionen	104.644.477	40.140.591	38,4
09	Förderung v. Forschung, Innovation, Unternehmergeist	22.663.773	1.367.043	6,0
10	Telefoninfrastrukturen (inkl. Breitbandnetze)	501.000	-	-
11	IKT (Zugang, Sicherheit, Interoperabilität, ..)	4.233.449	-	-
14	Dienste u. Anwendungen f. KMU (elektr.Geschäftsverkehr, ..)	7.676.631	180.000	2,3
15	Verbesserung IKT-Zugang u. effiz. Nutzung f. KMU	6.659.005	-	-
16	Schienenverkehr	3.000.000	-	-
26	Kombinierter Verkehr	1.100.000	-	-
28	Intelligente Beförderungssysteme	1.458.808	154.888	10,6
30	Häfen	2.800.000	-	-
39	Erneuerbare Energien: Wind	65.000	-	-
40	Erneuerbare Energien: Sonne	6.638.629	114.392	1,7
41	Erneuerbare Energien: Biomasse	17.208.779	6.330.378	36,8
42	Erneuerbare Energien: Wasserkraft, Erdwärme u. a.	325.000	124.707	38,4
43	Energieeffizienz, Kraft-Wärme-Kopplung, Energiemanagement	5.956.013	2.442.117	41,0
53	Risikoverhütung (natürliche u. technolog. Risiken)	9.074.950	3.346.804	36,9
55	Förderung des natürlichen Erbes	175.000	275.426	157,4
56	Schutz und Aufwertung des natürlichen Erbes	2.000.000	-	-
57	Verbesserung der touristischen Dienstleistungen	9.021.229	2.410.550	26,7
59	Entwicklung kultureller Infrastruktur	6.503.500	472.215	7,3
60	Verbesserung der kulturellen Dienstleistungen	5.603.500	1.725.000	30,8
61	Integrierte Proj. zur Wiederbelebung städt. u. ländl. Gebiete	20.790.928	3.084.906	14,8
62	Entwicklg. v. Systeme u. Strategien f. lebenslanges Lernen	9.450.000	1.928.242	20,4
68	Unterstützung v. Selbstständigkeit u. Unternehmensgründungen	150.000	-	-
69	Verbesserung d. Situation v. Frauen im Erwerbsleben	1.247.053	-	-
70	Spezif. Förderung v. MigrantInnen im Erwerbsleben	547.053	-	-
71	(Wieder)Eingliederg. ins Erwerbsleben, Diskrim. Bekämpfung	1.094.105	-	-
75	Bildungsinfrastruktur	398.400	-	-
80	Aufbau v. Partnerschaften, Bündnissen u. Initiativen	11.081.973	3.072.885	27,7
81	Verbesserung d. Konzeption von Politiken u. Programmen	5.167.251	1.448.870	28,0
85	Vorbereitung, Durchführung, Begleitung und Kontrolle	6.655.761	1.933.205	29,1
86	Evaluierung und Studien; Information und Kommunikation	6.279.092	3.057.141	48,7
	<b>Summe</b>	<b>680.066.021</b>	<b>176.492.041</b>	<b>26,0</b>

Quelle: ATMOS-Monitoring bei awslerp-fonds; Datenstand: 30. 09. 2009, eigene Darstellung convelop, 2009

Im Gegenzug bleiben (i) die Zahl der Neugründungen, (ii) die Zahl der F&E-Projekte und der damit verbundenen F&E-Arbeitsplätze sowie die (iii) Investitionen in Umwelttechnologien in KMU deutlich hinter der Gesamtleistung der Programme zurück. In vielen Bereichen sind allerdings die Umsetzungsstände noch sehr gering, bzw. Projekte noch nicht abgeschlossen, um valide Aussagen treffen zu können.

Damit zeigt sich, dass die Programme insgesamt gut angelaufen sind, grundsätzlich eine hohe Lissabon-Relevanz aufweisen und damit klare Beiträge zur Umsetzung der Kohäsionsleitlinien leisten. Die Umsetzung wird überwiegend – und das deutlich stärker als in den Planungen – durch innovative investitionsorientierte Maßnahmen getragen. Diese führen zu deutlich über dem Plan liegenden expansiven Arbeitsplatzeffekten und treffen stark auf jene Regionstypen, die überdurch-

schnittlich von der Wirtschaftskrise betroffen sind. Hingegen zeigt sich insbesondere bei F&E-orientierten Maßnahmen auch deutlich die administrative Grenze der Strukturfondsförderungen. Die Maßnahmen bleiben hinter der Gesamtpformance zurück. Es besteht die Tendenz zum Rückzug auf nationale Programme. Es bleibt damit offen, ob die ursprünglichen Planungen in ihrer Ausgewogenheit umgesetzt werden können.

### 4.3 ESF-Programme der Ziele „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ sowie Konvergenz-Phasing-Out Burgenland

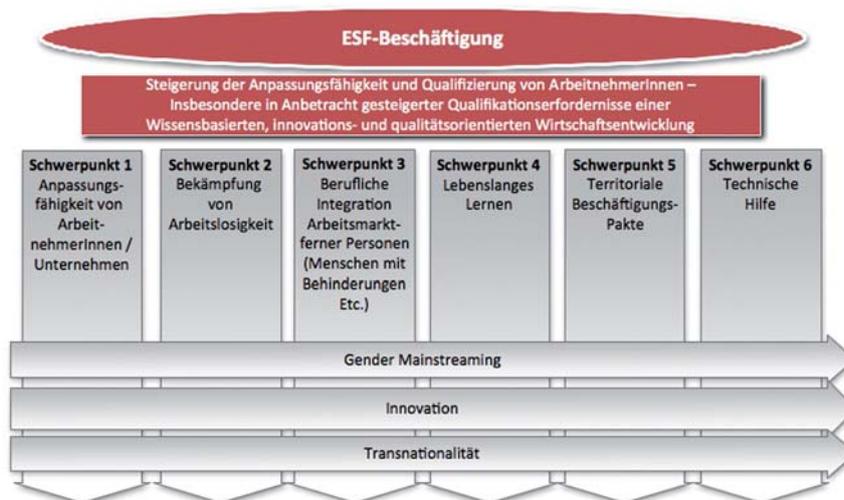
Das in Österreich bundesweit geltende ESF-Programm „Beschäftigung“ sowie das ESF-Programm „Konvergenz-Phasing-Out“ Burgenland adressieren die Prioritätsachse 3 des STRAT.AT. Darüber hinaus machen einige RWB-EFRE-Programme von der im begrenzten Ausmaß bestehenden Möglichkeit der Finanzierung von ESF-Maßnahmen aus dem EFRE Gebrauch (cross-financing)<sup>34</sup>. Entsprechend der Erfahrungen früherer Programmperioden wurde das ESF-Profil des nationalen Programms „Beschäftigung“ und des ESF-Programmes „Phasing-Out Burgenland“ in der aktuellen Periode weiter zugespitzt. Sie setzen Schwerpunkte in den Bereichen der aktiven und präventiven Arbeitsmarktpolitik, legen bei den Zielgruppen einen Fokus auf Ältere sowie arbeitsmarktfremde Personen und unterstützen den Ansatz des lebenslangen Lernens und der Erwachsenenbildung. Die Interventionen sind – entsprechend der thematischen Codes – wesentlich konzentrierter als

in den EU-15. Die beiden Programme sind auf die Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung ausgerichtet, rd. 95 % der geplanten EU-Mittel werden als Lissabon-relevant eingestuft.

Der Stand der kumulierten Auszahlungen erreicht im Bundesprogramm „Beschäftigung“ 13,4 % und im ESF-Programm Konvergenz-Phasing-Out 13,8 % (siehe nachstehende Abbildung 10). Dabei ist zu berücksichtigen, dass es sich bei den rd. 70,6 Mio. Euro (13,5 % der vorgesehenen ESF-Mittel) um tatsächliche Auszahlungen und um großteils endabgerechnete Maßnahmen handelt und der Datenbestand bis zum 2. Quartal 2009 reicht. Das Aktivitätsniveau der ESF-Programme ist daher tatsächlich bereits wesentlich höher und liegt durchaus im Bereich jener der EFRE-Programme.

Alleine im Berichtsjahr 2008 werden im nationalen Programm rd. 100.000 TeilnehmerInnen erreicht, 56.800 davon sind Frauen. Der Anteil sozial schwächerer Bevölkerungsgruppen (bspw. MigrantInnen, Menschen mit Behinderung) liegt bei 37 %. Im Rahmen der präventiven Arbeitsmarktpolitik wurden über Ansätze der Qualifizierungs- und Flexibilisierungsberatung insgesamt annähernd 800 Betriebe erreicht. Wie auch im EFRE ist in der ersten Phase der ESF-Programmumsetzung kein gleichmäßiger Beitrag aller Aktivitäten zur Umsetzung zu erkennen, sondern eine Fokussierung auf wenige Programmschwerpunkte zu beobachten. Dies sind im nationalen Programm der Schwerpunkt 1 „Anpassungsfähigkeit der ArbeitnehmerInnen“, auf den ein Viertel der

Abb. 9: Schwerpunkte des OP „Beschäftigung“ des ESF Österreich 2007-2013



Quelle: Eigene Darstellung, convelop 2007 nach BMWA 2007.

34 Unter gewissen Voraussetzungen besteht die Möglichkeit aus dem EFRE bzw. ESF-Aktionen zu finanzieren, die jeweils in den Interventionsbereich des anderen Fonds fallen („Querfinanzierung“) – dies allerdings nur bis zur jeweils maximalen Höhe von 10 % der Gemeinschaftsbeteiligung auf Prioritätsachsebene. Rechtsbasis: Art. 34 Abs. 2 der AF-VO(EG)1083/2006.

Abb. 10: Planung und Umsetzungsstand der ESF-Mittel

Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung	Plandaten	Auszahlungen (kumm. 2 Q. 2009)	In %
Anpassungsfähigkeit der ArbeitnehmerInnen und der Unternehmen	133.534.000	15.003.154	11,2
Bekämpfung von Arbeitslosigkeit	133.534.000	35.174.096	26,3
Berufliche Integration von Menschen mit Behinderung	127.112.000	4.624.871	3,7
Integration arbeitsmarktferner Personen			
Lebensbegleitendes Lernen	56.118.000	5.640.409	10,1
Territoriale Beschäftigungspakte	6.246.000	1.485.868	23,8
Technische Hilfe	15.728.560	1.519.058	9,7
<b>Bundesprogramm Beschäftigung</b>	<b>472.272.560</b>	<b>63.447.456</b>	<b>13,4</b>
Anpassungsfähigkeit der ArbeitnehmerInnen und der Unternehmen	7.906.275	730.852	9,2
Integration in den Arbeitsmarkt und soziale Eingliederung	37.723.125	6.257.362	16,6
Supportstrukturen, Wissenszugang und -transfer,			
Arbeitsmarktpartnerschaften	4.425.000	206.696	4,7
Technische Hilfe	2.085.600	21.143	1,0
<b>Phasing-Out Burgenland</b>	<b>52.140.000</b>	7.216.054	13,8
<b>Summe</b>	<b>524.412.560</b>	70.663.510	<b>13,5</b>

Quelle: ESF-Monitoring, eigene Berechnungen convelop, 2009

Auszahlungen entfällt, sowie der Schwerpunkt 2 „Bekämpfung von Arbeitslosigkeit“, auf den mehr als die Hälfte der Auszahlungen entfallen.

Dies entspricht in etwa auch der Umsetzungsstruktur des Programms Konvergenz-Phasing-Out. Allerdings liegt im Programm Phasing-Out-Burgenland der Umsetzungsschwerpunkt noch stärker auf dem Bereich der Integration in den Arbeitsmarkt und die soziale Eingliederung (Schwerpunkt 2), der mehr als 85 % aller Auszahlungen bindet. Es handelt sich hier jeweils um grundsätzlich gut eingeführte Maßnahmenbereiche, die überwiegend über das Arbeitsmarktservice Österreich umgesetzt werden. Insgesamt wurden alleine im Berichtsjahr 2008 über das ESF-Phasing-Out-Programm ca. 6.600 TeilnehmerInnen, davon 3.750 Frauen erreicht sowie 177 betriebliche Projekte durchgeführt.

Inhaltliche Schwerpunkte werden besonders auf folgende Bereiche gelegt (bundesweites Programm Beschäftigung, Phasing-Out Burgenland):<sup>35</sup>

→ Entsprechend der demografischen Trends wird ein „Active Aging“ Ansatz (insbesondere im Alterssegment der über 45-Jährigen) auf betrieblicher Ebene forciert. Einen Beitrag hierzu leistet das Instrument der Qualifizierungsberatung, welches auf die Herausforderungen des aktiven Alterns ausgerichtet ist.<sup>36</sup>

- Förderung besonders arbeitsmarktferner Personen und Menschen mit Behinderung. In den ersten beiden Umsetzungsjahren wurden im bundesweiten Programm bereits mehr als 21.000 Förderfälle verzeichnet.<sup>37</sup> Der Auszahlungsstand ist jedoch noch relativ gering. Hierbei ist insbesondere die Einrichtung des Unternehmensservices (inkl. Arbeitsassistenten etc.) für Menschen mit Behinderung hervorzuheben.
- Lebensbegleitendes Lernen mit dem Ziel, den Zugang zu Bildungsmöglichkeiten für Benachteiligte zu verbessern, wobei Schulmaßnahmen, Maßnahmen im Bereich der Erwachsenenbildung (z. B. Bildungsberatung) und im Bereich Wissenschaft (z. B. Studienabschlussstipendien) angeboten werden.
- Die Weiterführung der Territorialen Beschäftigungspakte (TEP) mit acht regionalen Partnerschaften im bundesweiten Programm „Beschäftigung“ und einem Pakt im Programm Konvergenz-Phasing-Out. Sie bilden auch einen wichtigen Ansatz zur Territorialisierung der Arbeitsmarktpolitik. Aufgrund ihrer Bedeutung wurden die TEP im bundesweiten ESF-Programm gegenüber den Vorprogrammen zu einem eigenen Schwerpunkt aufgewertet. In der aktuellen Strukturperiode können die Beschäftigungspakte darüber hinaus Mittel für die Umsetzung von Aktivitäten zur Integration arbeitsmarktferner Personen in den Arbeitsmarkt beantragen, was einen positiven Effekt auf den Aktivitätsgrad der Pakte zeigt.<sup>38</sup>

35 Die Quantifizierungen in diesem Abschnitt beziehen sich auf den kumulierten Umsetzungsstand bis 31. 12. 2008.

36 Im Phasing-Out-Programm Burgenland wurde aufgrund der Krisensituation die Beratungsleistung auf Betriebe mit Kapazitätseinbrüchen angepasst.

37 Quelle: Präsentation des Bereichs „Menschen mit Behinderung“ im 3. Begleitausschuss des OP Beschäftigung Österreich 2007–2013

38 Im Rahmen dieser Maßnahmen stellt die Förderung von Projekten für langzeitarbeitslose Personen an der Schnittstelle zwischen Notstandshilfe und Sozialhilfe ein zentrales Thema dar.

Abb. 1 1: Planung und Umsetzungsstand der ESF-Mittel nach Codes (Ausgaben kumuliert bis II. Q 2009)

Code	Plandaten		Auszahlungen		in %
	Absolut	in %	Absolut	in %	
62 – Ausbildung und Dienste für ArbeitnehmerInnen	141.440.275	27	15.734.007	22,3	11,1
66 – Durchführung aktiver und präventiver Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt	165.237.400	32	41.242.661	58,4	25,0
69 – Verbesserung des Zugangs von Frauen zur Beschäftigung	2.362.500	0	203.412	0,3	0,1
71 – Eingliederung/Wiedereingliederung von benachteiligten Personen in das Erwerbsleben	131.031.725	25	4.624.871	6,5	3,5
72 – Konzipierung, Einführung und Umsetzung von Reformen in den Systemen der allgemeinen und beruflichen Bildung	187.500	0			
73 – Verstärkte Teilnahme an der allgemeinen und beruflichen Bildung während des gesamten Lebens	59.268.000	11	5.832.491	8,3	9,8
74 – Entwicklung des Humanpotenzials in den Bereichen Forschung und Innovation	412.500	0			
80 – Förderung des Aufbaus von Partnerschaften, Bündnissen und Initiativen	6.658.500	1	1.485.868	2,1	22,3
85 – Vorbereitung, Durchführung, Begleitung und Kontrolle	12.249.907	2	1.540.201	2,2	12,6
86 – Evaluierung und Studien; Information und Kommunikation	5.564.253	1			
<b>Summe</b>	<b>524.412.560</b>	<b>100</b>	<b>70.663.510</b>	<b>100,0</b>	<b>13,5</b>

Quelle: ESF-Monitoring, eigene Berechnungen convelop, 2009.

Legt man den Blick anstelle der inneren Programmstruktur auf die europaweit eingeführten thematischen Codes, so zeigt sich, dass bislang rd. 59 % der Umsetzung durch Maßnahmen der aktiven und präventiven Arbeitsmarktpolitik erfolgt sind und weitere 22 % durch Ausbildungs- und Unterstützungsmaßnahmen für ArbeitnehmerInnen mit dem Schwerpunkt niedrigqualifizierte und ältere ArbeitnehmerInnen umgesetzt wurden.

Als Fazit bleibt, dass die Umsetzung der ESF-Programme in Österreich mit den dem System immanenten Verzögerungen (Genehmigungsverfahren, Aufbau des administrativen Rahmens etc.) gut angefallen ist. Im Vergleich zu Vorperioden – in denen die Programme gut und rechtzeitig ausgeschöpft werden konnten – zeigen die Genehmigungs- bzw. Auszahlungsstände insgesamt ähnliche Verläufe.

Die erste Phase der Umsetzung wird jedoch, wie in anderen Fonds auch, von den großen eher „mainstreamorientierten“ Förderungsmaßnahmen getragen, während innovative Projekte entsprechende Vorbereitungszeiten und Vorlaufzeiten beanspruchen. Die Herausforderung liegt nunmehr im Nachziehen der weiteren Schwerpunkte insbesondere der Integration arbeitsmarktferner Personen sowie von Men-

schen mit Behinderung und des Themas „Lebensbegleitendes Lernen“.

#### 4.4 Europäische territoriale Zusammenarbeit (ETZ)

Die räumliche Lage und der Anteil von unmittelbar an einer Staatsgrenze liegenden Regionen weist auf die Bedeutung der Territorialen Kooperation – und hier insbesondere der grenzüberschreitenden Kooperation (CBC) – für Österreich hin. Das Ziel „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“ korrespondiert mit der Priorität 4 des STRAT.AT.

Die finanzielle Unterstützung erfolgt durch den EFRE und konzentriert sich auf:

- Entwicklung von grenzüberschreitenden wirtschaftlichen und sozialen Projekten
- Schaffung und Förderung der transnationalen Zusammenarbeit, einschließlich einer bilateralen Zusammenarbeit zwischen den Küstenregionen
- Stärkung der Effizienz der Regionalpolitik durch die Förderung der interregionalen Zusammenarbeit
- Schaffung von Netzwerken und den Erfahrungsaustausch zwischen den regionalen und lokalen Behörden

Österreich beteiligt sich an sieben grenzüberschreitenden, drei transnationalen und drei EU-weiten Netzwerkprogrammen. Insgesamt ist der Einsatz von rund 1,0 Mrd. Euro EFRE-Mittel in den ETZ-Programmen mit österreichischer Beteiligung in der Periode 2007–2013 vorgesehen. Der auf Österreich entfallende Beitrag des EFRE umfasst rund 257 Mio. Euro<sup>39</sup>, wobei der überwiegende Anteil auf die grenzüberschreitenden Programme österreichischer Regionen mit den neuen Mitgliedstaaten entfällt.

Inhaltlich sind die Programme zur Territorialen Kooperation komplementär zu jenen der Ziele Konvergenz und Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung zu sehen und sollten Vorhaben in eine überregionale bzw. grenzüberschreitende Dimension einbetten. Eine Zusammenschau der in den OP enthaltenen Angaben zu den Interventionen nach vorrangigen Themenbereichen zeigt, dass die grenzüberschreitenden ETZ-Programme einen weiten thematischen Bogen aufspannen. Neben dem Bereich der FTE, Innovation und Förderung des Unternehmertums (15 % der Mittel) werden – auf Basis der thematischen Codes – die Bereiche Umweltschutz und Risikoverhütung (13 %), Verkehr (12 %) sowie Fremdenverkehr (11,6 %) angesprochen. Die Programme sprechen daher auch die Priorität 2 des STRAT.AT sehr stark an. Komplementarität zum Ziel Regionale Wettbewerbsfähigkeit besteht damit nicht vordringlich auf der Ebene der Projekte (bspw. durch Förderung von grenzüberschreitenden Projektbestandteilen), sondern vielmehr auf Ebene der Themen und Zielgruppen.

Bisher konnten durch die dafür eingerichteten Begleitausschüsse bereits Projektgenehmigungen in bedeutendem Umfang – in etwa 40–50 % der vorgesehenen EFRE-Mittel – erfolgen. Die erfolgreiche Umsetzung dieser Projektbindungen und die strategische Entwicklung umsetzungswirksamer und effektiver Projekte bildet jedoch die Herausforderung in der nächsten Programmphase. Die bisherigen Erfahrungen in der Umsetzung der ETZ-Programme 2007–2013 zeigen, dass

- die Übertragung allgemeiner Regeln der SF, die in ihrer Logik nach wie vor auf größere Infrastrukturprojekte sowie auf die Zuständigkeit nur eines Mitgliedstaates aufbauen, auf die ETZ-Programme als nicht adäquat empfunden wird;
- weiterhin sehr unterschiedliche Entwicklungsverständnisse (Verwaltungskulturen) mit zum Teil nicht kompatiblen Verfahren (Wettbewerb versus proaktive Projektentwicklung) in den Programmen aufeinandertreffen;

- das Leadpartnerprinzip große Herausforderungen, insbesondere aufgrund der Dokumentations-, Finanzierungs- und Haftungsfragen, mit sich bringt. Die Zahl der potenziellen Projektträger ist deutlich eingeschränkt, führt gleichzeitig aber auch zu einer intensiven Vorbereitung;
- insbesondere in den neuen Mitgliedstaaten vielfach Projektträger sich restriktiven Haltungen der Banken im Hinblick auf Projektvorfinanzierungen gegenübersehen.

#### 4.5 Entwicklungsprogramm ländlicher Raum (ELER)

Das Österreichische Programm für die Entwicklung des Ländlichen Raums 2007–2013 zielt auf eine multifunktionale, nachhaltige und wettbewerbsfähige Land- und Forstwirtschaft in einem vitalen ländlichen Raum ab. Verfolgt werden damit die thematischen Ziele:

- Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft,
- Nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen und Erhalt der Kulturlandschaft und
- Erhalt und Entwicklung attraktiver und vitaler ländlicher Regionen.

Das ELER-Programm wird in der aktuellen Periode unter neuen Rahmenbedingungen umgesetzt. Mit der Agrarreform 2003 bzw. 2005 wurde die zweite Säule der GAP durch die Schaffung des Fonds zur Entwicklung des Ländlichen Raums (ELER) gefestigt und vollständig aus dem Bereich der Strukturfondsförderung herausgelöst. Deutlichstes Zeichen der Intention, die Maßnahmen der Förderung für den ländlichen Raum in diesem Programm zu bündeln, ist die Integration des früher separat als Gemeinschaftsinitiative abgewickelten LEADER-Programms („Mainstreaming“). Hinsichtlich der Schwerpunktsetzung zeichnet es sich durch eine starke Ausrichtung auf die ländliche Entwicklungspolitik aus. Die in der EU-Agrarpolitik angestoßene verstärkte Orientierung weg von der Marktordnung hin zur ländlichen Entwicklung wird damit bereits vorweggenommen.

Das ELER ist primär ausgerichtet auf die Zielgruppe landwirtschaftlicher Betriebe und deren Umfeld, adressiert aber auch – teilweise in der Achse 3 und insbesondere in der Schwerpunktachse 4 LEADER-integrierte Entwicklungsprojekte für den ländlichen Raum (bspw. Gründung und Förderung von Kleinstunternehmen, Tourismus-Maßnahmen, gewerbliche Clusterprojekte z. B. Holz, Kulturprojekte inkl. Baukultur, soziales und Integration etc.). Der Fokus liegt

39 Die EU-weiten Netzwerk-Programme sind hierin nicht berücksichtigt, da keine indikative Mittelzuteilung auf Staaten in der Planungsphase vorgesehen ist und dementsprechend der Anteil Österreichs nicht bestimmt werden kann.

jedoch auf Veredelung und Direktvermarktungsmaßnahmen, der Entwicklung des Agrartourismus und der Förderung von Anlagen zur Energiegewinnung aus nachwachsenden Rohstoffen. Weitere Schwerpunkte bilden investive Maßnahmen zum Schutz und der Verbesserung der Kulturlandschaft und des ländlichen Erbes bspw. über Maßnahmen der Dorferneuerung oder den Ausbau ländlicher Infrastrukturen.

Anknüpfungspunkte des ELER zu den RWB-Programmen und den Programmen Konvergenz-Phasing-Out Burgenland ergeben sich insbesondere im Schwerpunkt 3 „Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft“ sowie in der horizontalen LEADER-Achse 4 des Programms für die Entwicklung des ländlichen Raums. Die finanzielle Ausstattung des Schwerpunktes 3 im ELER umfasst rund 506 Mio. Euro öffentliche Mittel. Unter anteiliger Hinzurechnung des LEADER-Anteils für die Achse 3 liegt der Programm-Anteil bei 10,1 %. Dies kommt einer Verdreifachung der Mittel im Vergleich zu den ähnlich gelagerten so genannten „Artikel 33 Maßnahmen“ in der Periode 2000–2006 gleich. Hinzu kommen 423 Mio. Euro für den Schwerpunkt 4 „Umsetzung des Leader-Konzeptes“, was wiederum eine deutliche Mittelerhöhung gegenüber der Vorperiode 2000–2006 bedeutet. Programmatisch vorgesehen sind überlappende Beiträge von LEADER zu den inhaltlichen Schwerpunkten 1–3: Das bedeutet, dass die vorgesehenen Maßnahmen in Schwerpunkt 4 „Umsetzung des LEADER-Konzeptes“ zwar nach LEADER-Prinzipien umgesetzt werden, inhaltlich jedoch Maßnahmen der Schwerpunkte 1–3 betreffen,

sofern nicht eigene Länderrichtlinien „sonstige, nicht den Schwerpunkten 1–3 zuordenbare Aktivitäten“ vorsehen, wie z. B. in der Steiermark.

Für die Umsetzung gilt, ähnlich wie bei den EFRE- und ESF-Programmen, dass sie unter Berücksichtigung der systemimmanenten Verzögerungen gut angelaufen ist und weit gehend auch den Erfahrungswerten der Vorperiode entspricht. Es gilt auch hier, dass die Programmumsetzung durch die eher flächenbezogenen Förderungsaktionen getragen werden (94 % der Umsetzung geht auf die Schwerpunkte 1 und 2 zurück). Nach dem es sich in den Maßnahmen im Schwerpunkt 3 um Entwicklungsprojekte und Projektförderungen handelt, braucht es hier längere Vorbereitungs- und Vorlaufzeiten, sodass der Umsetzungsstand von rund 14,2 % als angemessen anzusehen ist. Dabei ist auch hier zu berücksichtigen, dass sich die Daten auf Auszahlungen und den Datenstand 2. Quartal 2009 beziehen.

Innerhalb des Schwerpunktes 3 werden u. a. Maßnahmen zur Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft, Aktivitäten zur Diversifizierung hin zu nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeiten, eine Gründungs- und Entwicklungsförderung für Kleinstunternehmen und des Fremdenverkehrs gefördert. Dabei zeigt sich in der Umsetzung ein differenziertes Bild:

→ Die Maßnahmen zur Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft sind mit einem Auszahlungsstand von annähernd einem Viertel der geplanten Mittel sehr gut angelaufen. Dabei weisen insbesondere die auf landwirtschaftliche Betriebe als Zielgruppen ausgerichteten Aktivitätsbereiche wie die Di-

Abb. 12: Planung und Umsetzungsstand der ELER-Mittel (Ausgaben bis II. Quartal 2009)

Schwerpunkte und Maßnahmen	ELER		
	Planung	Umsetzung	In %
1 Interventionen zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft	540.848.288	171.724.946	31,8
2 Verbesserung der Umwelt und der Landschaft	2.828.475.185	813.944.309	28,8
3 Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft	254.047.498	36.012.126	14,2
31 Maßnahmen zur Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft	33.808.521	7.885.153	23,3
32 Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum	196.354.468	25.489.562	13,0
33 Berufsbildungs- und Informationsmaßnahmen für die Wirtschaftsakteure in den unter den Schwerpunkt 3 fallenden Bereichen	18.681.902	2.230.560	11,9
34 Kompetenzentwicklung und Sensibilisierung	5.202.608	406.851	7,8
4 Umsetzung des Leader-Konzeptes	213.675.629	12.330.668	5,8
5 Technische Hilfe	74.373.299	17.837.196	24,0
<b>Summe ELER</b>	<b>3.911.419.900</b>	<b>1.051.849.246</b>	<b>27,0</b>

Quelle: BMLUFW; Gemeldete Ausgaben bis Ende II. Quartal 2009; eigene Berechnungen convelop.

versifizierung landwirtschaftlicher Unternehmen oder agrartouristische Maßnahmen vergleichsweise gute Umsetzungsstände auf, während die Umsetzung von „Gründung und Entwicklung der Kleinstunternehmen“ noch auf deutliche Aktivierungspotenziale schließen lässt.

- Die Maßnahme zur Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum erreicht einen Auszahlungsstand von 13 %. Die Maßnahmenbereiche zur Sicherung der Grundversorgung mit Dienstleistungen sowie zur „Versorgung mit Energie aus erneuerbaren Energiequellen“ und der „Dorferneuerung und -entwicklung“ sind mit überdurchschnittlicher Performance angelaufen. Noch unterdurchschnittlich stellt sich das Bündel an Aktivitäten zur „Erhaltung und Verbesserung des ländlichen Erbes“<sup>40</sup> dar.
- Die Maßnahme „Verbesserung der fachlichen Qualifizierung für Wirtschaftsakteure zur Steigerung der Lebensqualität im ländlichen Raum und Förderung der Diversifizierung der Wirtschaft“ fokussiert auf Qualifizierungsmaßnahmen im Zusammenhang mit agrartouristischen Dienstleistungen und Aktivitäten im Bereich der Forstwirtschaft. Regionale Entwicklungsprozesse werden über „Lernende Regionen“ oder „Lokale Agenda 21“ eingeleitet, wobei die Umsetzung erst im Laufe des Jahres 2008 begann.

Der Schwerpunkt LEADER stellt eine für Österreich wichtige Maßnahme dar. LEADER ermöglichte innovative Zugänge und eine Verbreiterung des Ansatzes der endogenen, eigenständigen Regionalentwicklung in Österreich und wird als wichtiges Instrument zur Stärkung der regionalen Governance angesehen. Traditionell ist Österreich hier gut positioniert. In der aktuellen Periode liegt die Herausforderung im „Mainstreaming“ des LEADER-Konzeptes, sowohl im Hinblick auf die flächenmäßige Abdeckung Österreichs mit LEADER-Regionen als auch die Umsetzung des Programms ELER entlang der LEADER-Prinzipien wie lokale Aktionsgruppen, Bottom-up-Ansatz, mittelfristige regionale Entwicklungsplanung etc.

Im Rahmen der Umsetzung des LEADER-Konzeptes (Schwerpunkt 4) erfolgte die Auswahl von 86 lokalen Aktionsgruppen (gegenüber 56 Aktionsgruppen in der Periode 2000–2006), die nunmehr eine Fläche von etwa 73.000 km<sup>2</sup> einnehmen, was etwa 87 % der Landesfläche darstellt. Mit 4,3 Mio. EinwohnerInnen leben 52 % der österreichischen Bevölkerung in LEADER-Regionen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass die Umsetzung des Schwerpunktes 4, bezogen

auf die Auszahlungen, noch vergleichsweise schwach verläuft – wie dies auch in der vergangenen LEADER+-Periode der Fall war. Als Gründe dafür gelten die spätere Auswahl der lokalen Aktionsgruppen und die typischerweise komplexen Projektanforderungen. Bezogen auf die Mittelbindungen können jedoch in einigen Bundesländern bereits beachtliche Werte von bis zu 70 % erreicht werden.

Fazit: Die Programmumsetzung ist gut angelaufen, wird – wie auch in anderen Programmen – in dieser Phase durch große auf Einzelbetriebe orientierte Förderungsaktionen getragen (Schwerpunkte 1 und 2), während die auf Projektentwicklung ausgerichteten Schwerpunkte 3 „Diversifizierung des ländlichen Raums“ sowie 4 „Umsetzung des Leader-Konzeptes“ aufgrund der Vorlauf- und Entwicklungszeiten in der weiteren Programmlaufzeit deutlich zu verstärken sind. Es zeigt sich, dass bislang die auf die agrarischen Zielgruppen orientierten Maßnahmenbereiche eine höhere Umsetzungsdynamik aufweisen als jene zur Diversifizierung der ländlichen Entwicklung außerhalb der Land- und Forstwirtschaft. Als Herausforderung bleibt die Sicherung des Innovationspotenzials des LEADER-Ansatzes. Neben der Herausforderung des „Mainstreamings“ des LEADER-Ansatzes ist Konfliktpotenzial in der rigorosen, im ELER zur Anwendung kommenden Finanzkontrolle zu sehen. Diese erhöht die Gefahr eines stark risikoaversen Verhaltens. Stärker konventionelle Projekte, die sicher abwickelbar sind, werden daher Experimentier- und Impulsbereichen, in denen auch Projekte leichter scheitern können, vorgezogen. Dies gilt insbesondere für jene Bundesländer, die überwiegend LEADER als Verstärkung für die Schwerpunkte 1–3 ansehen und nicht überwiegend als Innovationsinstrument zur integrierten ländlichen Entwicklung einsetzen.

## 4.6 Beiträge der RWB-/Phasing-Out-Programme in Österreich zu den Zielen der Kohäsionsleitlinien und des STRAT.AT

### 4.6.1 Grundlagen und Methodik

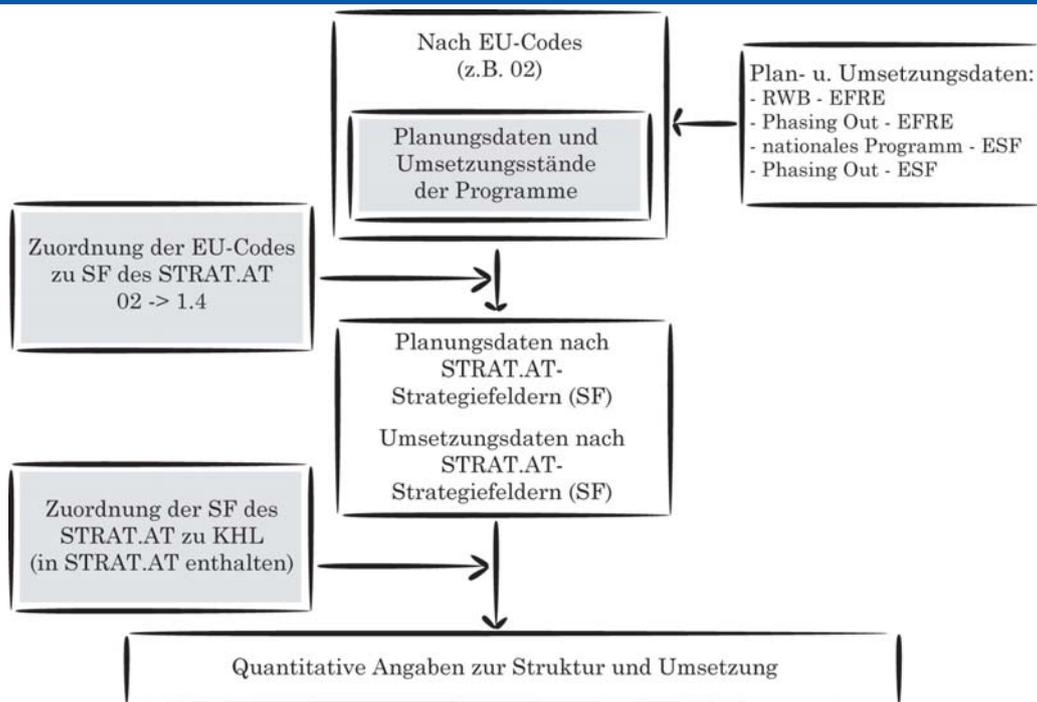
Um die Höhe und Struktur der Beiträge österreichischer Programme zu den EU-Zielen und Prioritäten nach den Kohäsionsleitlinien einschätzen zu können, wurde eine entsprechende Systematik entwickelt, die der nachstehenden Abbildung 13 zu entnehmen ist:

Dabei wurden die thematischen Codes<sup>41</sup> jeweils den STRAT.AT-Strategiefeldern zugeordnet. Die

40 Förderung von Naturschutz, Nationalparks, Kulturlandschaft, Landschaftsgestaltung und -entwicklung, Forst, Sensibilisierung für den Umweltschutz und Potenziale der Alpenregion

41 Es handelt sich hierbei um die EU-Codes der Dimension „Prioritätsachse“ (gem. DF-VO 1828/2006 Anhang II Teil A Tabelle 1).

Abb. 13: Systematik der Überleitung der EU-Codes zu den Zielen des STRAT.AT und den KHL



Quelle: convelop, eigene Konzeption; 2009

Verknüpfung der STRAT.AT-Strategiefelder hin zu den strategischen Kohäsionsleitlinien der Gemeinschaft (2006/702/EG) ist im STRAT.AT selbst bereits abgebildet. Durch die Aggregation der den thematischen Codes zugeordneten Strukturfondsmitteln ist damit ein durchgängiger Zusammenhang zwischen den in den operationellen Programmen gesetzten Interventionen, den STRAT.AT-Strategiefeldern und den strategischen Kohäsionsleitlinien gegeben.

#### 4.6.2 Programme und ihre Umsetzung im Hinblick auf die Strategischen Kohäsionsleitlinien

Die Auswertung der Interventionen in den Österreichischen Strukturfondsprogrammen und ihre Beiträge (ohne ETZ) nach Plan- und aktueller Umsetzung zu den Prioritäten der Strategischen Kohäsionsleitlinien und den korrespondierten STRAT.AT-Prioritäten werden in der folgenden Tabelle abgebildet.

Abb. 14: Planung und Umsetzung von EFRE u. ESF und ihre Beiträge zum STRAT.AT\*

Strategische Kohäsionsleitlinien	STRAT.AT Ziele und Prioritäten	Strukturfondsmittel		
		Indikativer Plan [Euro]	Ist [ Euro]	Umsetzung (Ist/Plan)
Förderung des Wissens und der Innovation für Wachstum	Regionale Wissensbasis und Innovation **	569.742.066	150.476.963	26,4
Stärkung der Anziehungskraft Europas für Investoren und Arbeitskräfte	Attraktive Regionen und Standortqualität	81.139.883	16.502.978	20,3
Mehr und bessere Arbeitsplätze	Beschäftigungswachstum und Qualifizierung	506.598.400	69.123.309	13,6
	Governance auf nationaler/ regionaler Ebene u.			
	Gender Mainstreaming	46.998.237	11.052.302	23,5
<b>Summe</b>		<b>1.204.478.586</b>	<b>247.155.552</b>	<b>20,5</b>

\* Berücksichtigung finden die RWB-Programme EFRE und ESF sowie die Konvergenz-Phasing-Out-Programme EFRE und ESF;

\*\* Das in der Priorität 1 enthaltene Ziel „Qualifizierung für Innovation“ beinhaltet eine Verbindung zu der Leitlinie „Mehr und bessere Arbeitsplätze“ der Kohäsionsleitlinien.

Quelle: ATMOS-Monitoring bei awslerp-fonds; ESF-Monitoring; eigene Zuordnungen und Berechnungen convelop; 2009

Abb. 15: Planung und Umsetzung von EFRE u. ESF und ihre Beiträge zum STRAT.AT\*

Strategiefelder (SF) des STRAT.AT	Insgesamt			EFRE		ESF	
	in Mio. Euro		Umsetzung	Anteile in %		Anteile in %	
	Plan	Ist	je SP in % [Ist/Plan]	Plan	Ist	Plan	Ist
Netzwerke, Kooperationen, Cluster	85,36	40,46	47,4	12,6	22,9		
Betriebliche FTE	84,8	3,01	3,6	12,5	1,7		
Innovative Investitionen in UN	197,31	70,11	35,5	29,0	39,7		
Standort/FTE-Infrastruktur	29,09	10,32	35,5	4,3	5,8		
IKT-Diffusion und -Anwendung	14,34	0,18	1,2	2,1	0,1		
Innovation in Tourismus u. Freizeitwirtschaft	76,42	16,86	22,1	11,2	9,6		
UN-Gründung/Begleitung	49,13	6,40	13,0	7,2	3,6		
Innovative UN-Finanzierung	20,95	1,21	5,8	3,1	0,7		
Qualifizierung für Innovation	12,34	1,93	15,6	1,8	1,1		
<b>STRAT.AT-Priorität 1: Regionale Wissensbasis und Innovation</b>	<b>569,74</b>	<b>150,48</b>	<b>26,4</b>	<b>83,8</b>	<b>85,3</b>		
Infrastruktur- und Netzentwicklung	3	-	0,0	0,4	0,0		
Standortentwicklung, Schwerpunkte	36,7	3,87	10,5	5,4	2,2		
Nachwachsende Rohstoffe, Naturmanagement	2,18	0,28	12,6	0,3	0,2		
Energie- und Umweltinvestitionen	30,19	9,01	29,9	4,4	5,1		
Risikoprävention, Risikomanagement	9,07	3,35	36,9	1,3	1,9		
<b>STRAT.AT-Priorität 2: Attraktive Regionen und Standortqualität</b>	<b>81,14</b>	<b>16,50</b>	<b>20,3</b>	<b>11,9</b>	<b>9,4</b>		
Qualifizierung für Beschäftigte	141,44	15,73	11,1			27,0	22,3
Qualifizierung für Arbeitslose	167,6	41,45	24,7			32,0	58,7
Betreuungs-, Integrationsmaßnahmen für AM-ferne Personen	131,03	4,62	3,5			25,0	6,5
Lebensbegleitendes Lernen	59,87	5,83	9,7			11,4	8,3
Regionale Partnerschaften, TEPs	6,66	1,49	22,3			1,3	2,1
<b>STRAT.AT-Priorität 3: Beschäftigungswachstum und Qualifizierung</b>	<b>506,6</b>	<b>69,12</b>	<b>13,6</b>			<b>96,6</b>	<b>97,8</b>
Governance auf nationaler/regionaler Ebene und Gender Mainstreaming	47,00	11,05	23,5	4,3	5,4	3,4	2,18
<b>STRAT.AT-Priorität 5: Governance als Umsetzungsstrategie</b>	<b>47,00</b>	<b>11,05</b>	<b>23,5</b>	<b>4,3</b>	<b>5,4</b>	<b>3,4</b>	<b>2,18</b>
<b>Summe</b>	<b>1.204,48</b>	<b>247,15</b>	<b>20,5</b>	<b>100,0%</b>	<b>100,0%</b>	<b>100,0%</b>	<b>100,0%</b>

\* Die STRAT.AT-Priorität 4: Territoriale Zusammenarbeit wird über die Programme der ETZ angesprochen, welche an dieser Stelle keine Berücksichtigung finden.

Quelle: ATMOS-Monitoring bei awslerp-fonds, ESF-Monitoring, eigene Zuordnung und Berechnungen convelop, 2009

Es wird deutlich, dass der finanzielle Einsatz der Strukturfondsmittel auf die erste und dritte Strategische Kohäsionsleitlinie – und auch auf die korrespondierenden Schwerpunkte 1 und 3 des STRAT.AT – konzentriert ist.<sup>42</sup> In der Programmumsetzung zeigt sich bislang, dass

→ 150,5 Mio. Euro Fondsmittel – das sind 61 % der gebundenen/ausgezählten SF-Mittel – auf die KHL „Förderung des Wissens und der Innovation für Wachstum“ entfallen. Getragen wird die Umsetzung durch das STRAT.AT-Strategiefeld „Innovative Investitionen in Unternehmen“, auf welches der-

<sup>42</sup> Das STRAT.AT-Ziel „Qualifizierung für Innovation“ wird hierbei der KHL 3 „Mehr und bessere Arbeitsplätze“ zugerechnet, ebenso wie die PA 5 „Governance auf nationaler/regionaler Ebene und Gender Mainstreaming“ des STRAT.AT.

zeit 40 % der gebundenen EFRE-Mittel entfallen. Zählt man hierzu noch die touristischen Investitionen hinzu, umfassen diese zwei Strategiefelder die Hälfte der gebundenen EFRE-Mittel. Ein bedeutendes Gewicht nimmt auch die Förderung von „Netzwerken, Kooperationen und Cluster“ ein (23 % der gesamten gebundenen EFRE-Mittel). Hierbei sind zu Beginn der Programmperiode mehrjährige Projekte genehmigt worden. Wie bereits weiter vorne dargestellt, bleiben jedoch betriebliche F&E-Projekte, aber auch Unternehmensgründungen hinter den Planwerten zurück.

- 16,5 Mio. Euro Fondsmittel – das sind 6,7 % der gebundenen/ausgezählten SF-Mittel – auf die KHL „Stärkung der Anziehungskraft Europas für Investoren und Arbeitskräfte“ entfallen. Die Umsetzung konzentriert sich hier auf die Strategiefelder Ener-

gie- und Umweltinvestitionen sowie Risikoprävention und -management.

- 69,1 Mio. Euro Fondsmittel – das sind rd. 28 % der gebundenen/ausgezählten SF-Mittel – der KHL „Mehr und bessere Arbeitsplätze“ zuzuordnen sind. Getragen wird die Umsetzung durch das STRAT.AT-Strategiefeld „Qualifizierung für Arbeitslose“ sowie „Qualifizierung für Beschäftigte“. Auf beide Interventionen zusammen entfallen 80 % der bislang aufgezählten ESF-Mittel.

Es ist dabei zu berücksichtigen, dass es sich beim ESF um Auszahlungswerte größtenteils abgerechneter Maßnahmen sowie um den Datenstand zum Ende des 2. Quartals 2009 handelt, während der EFRE-Datenbestand sich auf Genehmigungen und den Stand 30. September 2009 bezieht.

## 5 ZUSAMMENSCHAU UND SCHLUSSFOLGERUNGEN IM HINBLICK AUF ...

### 5.1 ... die erste Phase der Programmumsetzung

Die österreichischen SF-Programme orientieren sich in der aktuellen Periode an den Europäischen Zielen für Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung und dem vorgegebenen strategischen Rahmen. Sie entwickelten, angepasst an die nationale und regionale Ausgangssituation sowie an beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitische Herausforderungen, differenzierte Strategien.

Die EFRE-Programme der Ziele RWB und Konvergenz-Phasing-Out haben das neue Paradigma der regionalen Strukturpolitik aufgegriffen und weisen in ihrer Ausrichtung im internationalen Vergleich einen der stärksten Lissabon-Bezüge auf, der sich auch in der bisherigen Umsetzung der Programme bestätigt. Österreich investiert deutlich mehr EFRE-Mittel in FTI-relevante Maßnahmen als bspw. die Gruppe der „Innovations-Leader“. Der Fokus der Umsetzung ist jedoch sehr stark auf einzelbetriebliche innovationsorientierte Investitionen und weniger auf hoch innovative F&E-Projekte ausgerichtet.

Das bundesweite ESF-Programm Beschäftigung und das Programm ESF-Konvergenz-Phasing-Out Burgenland haben in der aktuellen Periode ihr Profil auf Basis der Erfahrungen aus den vergangenen Perioden nochmals zugespitzt, fokussieren dabei auf spezielle arbeitsmarktpolitische Zielgruppen und Themen und stärken erfolgreich den international wahrgenommenen Ansatz der Territorialen Beschäftigungspakte.

Die ETZ-Programme sind inhaltlich deutlich breiter orientiert und spannen ihre Aktionsfelder neben Innovation auch in den Themenbereichen Energie, Verkehr und Tourismus auf. Trotz neuer und erheblicher administrativer Herausforderungen, wie gemeinsame Programmumsetzung und Leadpartnerprinzip, konnten die Programme in der Zwischenzeit erfolgreich starten.

Im ELER, der sich in Österreich vor allem durch eine starke Ausrichtung auf die ländliche Entwicklungspolitik – über Ausgleichszahlungen und Umweltförderungen, denen deutlich mehr Gewicht als den Marktordnungsausgaben eingeräumt wird – auszeichnet, ist die Umsetzung erfolgreich angelaufen, getragen vor allem durch die großen flächenbezogenen För-

derungsmaßnahmen. Der auf die Diversifizierung der ländlichen Regionen ausgerichtete Schwerpunkt 3 hat in der Startphase eine gute Dynamik in den auf landwirtschaftliche Zielgruppen ausgerichteten Maßnahmen entwickelt, während der auf den integrierten Ansatz des LEADER-Konzeptes ausgerichtete Schwerpunkt 4 bei den Auszahlungen noch Verzögerungen zeigt, obwohl in einigen Bundesländern bereits hohe Bindungsquoten vorliegen.

Wesentliche Rahmenbedingungen für die erste Umsetzungsphase der SF-Programme und des ELER bildeten

- die Tatsache, dass der Abschluss der Periode 2000–2006 Projektgenehmigungen bis 2008 zuließ und damit im Zeitraum 2007–2008 de facto zwei Programmgenerationen parallel liefen;
- der administrative Rahmen der SF-Förderungen und die zeitliche und ressourcenmäßige Bindung von Kapazitäten für den Aufbau für ebendiesem;
- die Wirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise, insbesondere in Bereichen der unternehmensbezogenen Förderungen.

Die Umsetzung der EU-Programme ist in Österreich mit dem dem SF-Förderungssystem immanenten Verzögerungen gut angelaufen. Dabei gehören Österreichs Programme zu jenen, die am frühesten genehmigt wurden und die administrativen Rahmenbedingungen für die Umsetzung frühzeitig setzen konnten. Im Vergleich zu Vorperioden – in denen die Programme rechtzeitig ausgeschöpft werden konnten – zeigen die Genehmigungs- bzw. Auszahlungsstände insgesamt ähnliche Verläufe.

Inhaltlich wird die Programmumsetzung in der Startphase vor allem durch Projekte in großen Förderungsaktionen getragen. Im EFRE handelt es sich neben der überbetrieblichen FTE vor allem um die mit Investitionen verbundenen Innovationen in Unternehmen, in der Arbeitsmarktpolitik des ESF um die Arbeitsmarktintegrationsmaßnahmen des AMS und im ELER um jene der „Umwelt- und Flächenförderung“.

### 5.2 ... die Rückwirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise

Die Finanz- und Wirtschaftskrise führt neben Produktions- und Beschäftigungseinschränkungen zu einem Rückgang der Innovationsneigung der Unter-

nehmen. Die im internationalen Vergleich stark auf Unternehmensförderung fokussierten EFRE-Programme verfügen daher über die richtige Ausrichtung, um den Unternehmen entsprechende Finanzierungsanreize anzubieten. Gleichzeitig liegen darin auch Risiken der Programmumsetzung: Abnehmende Investitionsneigung und Finanzierungsengpässe, insbesondere bei Großkrediten, können zu rückläufigen Antragszahlen bzw. Verzögerungen bei (bereits genehmigten) Projekten führen (Streckung von Projektlaufzeiten, Aussetzen der Projekte).

Negative Auswirkungen infolge der schwachen Investitionsneigung sind am stärksten in der zweiten Jahreshälfte 2009 zu erwarten. Rückwirkungen auf das Jahr 2010 werden vom weiteren konjunkturellen Verlauf abhängig sein. Damit wird in Hinkunft auch die Einhaltung der n+2-Regelung eine entsprechende Herausforderung darstellen. Inhaltlich ist davon auszugehen, dass ein größerer Pragmatismus in der Auswahl der Projekte vorherrschen muss (offenere Interpretation der Auswahlkriterien), die auch zu Verschiebungen innerhalb der in den „thematischen Codes“ vorgesehenen indikativen Verteilung führen kann (insbesondere zwischen „Investitionen in F&E“ und „sonstigen Unternehmensinvestitionen“). Dabei zeigt sich, dass den Tourismus (inkl. Infrastruktur) – ebenso wie den Bereich Umwelttechnik und die Themenbereiche Energie/Ressourceneffizienz – noch eine hohe Investitionsbereitschaft auszeichnet. Hier greifen aber auch zahlreiche zusätzliche Förderungsmittel im Rahmen nationaler Instrumente. Insgesamt wird zu beobachten sein, ob die wirtschaftliche Stabilisierung auch wieder zu einer Erhöhung der Investitionsbereitschaft der Unternehmen führen wird. In beiden ESF-Programmen wurden zwischenzeitlich die förderbaren Zielgruppen zum Teil erweitert, bspw. durch Berücksichtigung von Kurzarbeitsbeschäftigten in Qualifizierungsmaßnahmen.

Der Bund hat durch umfangreiche Maßnahmenpakete<sup>43</sup>, die in Übereinstimmung mit den in der EU-Mitteilung „A European Economic Recovery Plan“ vorgesehenen strategischen Linien<sup>44</sup> gestaltet und durch Maßnahmen der Länder ergänzt wurden, auf die Finanz- und Wirtschaftskrise reagiert. Diese sind ausgerichtet auf:

- Steigerung der Haushaltseinkommen zur Konsumstärkung (bspw. Steuerreform),
- Investitionsanreize für Private und Unternehmen (bspw. Erhöhung der Haftungs- und Garantierahmen, Zuschüsse für Wachstumsprojekte oder thematische Sanierung),

- Infrastrukturinvestitionen (bspw. Beschleunigung und Vorziehen von Infrastruktur- und Sanierungsprojekten) und
- Verstärkung der arbeitsmarktpolitischen Interventionen (bspw. Bildungskarenz, Kurzarbeit, Erhöhung der Mittel für Qualifizierung und Arbeitsmarktintegration).

Dazu kommen auch Konjunkturbelebungsmaßnahmen der Bundesländer, welche vor allem auf eine Verbesserung der Infrastruktur, Umwelt und soziale Abfederung abzielen, sowie die automatische Stabilisierung der Konjunktur über Steuern und Abgaben bzw. soziale Sicherungsnetze. Insgesamt hat Österreich damit rasch und auch mit hoher Intensität auf die Krise reagiert. Die Ex-ante-Abschätzung der Konjunkturmaßnahmen zeigt, kumuliert für 2009 und 2010, eine Bandbreite der Effekte für die Konjunkturpakete in der Höhe von 1,18 %–1,4 % sowie Beschäftigungseffekte von 21.300–26.600. Der Anteil der Länder-Maßnahmen dürfte zwischen 25–30 % des BIP-Effektes und bei rd. 25 % bei den Beschäftigungseffekten liegen.<sup>45</sup>

Die SF-Programme in Österreich werden aufgrund (i) ihrer Zielsetzung – längerfristig ausgerichtete strukturelle Anpassungen in Regionen –, (ii) der im Vergleich zu den Konvergenz-Regionen relativ geringen Finanzvolumina und (iii) den spezifischen administrativen Rahmenbedingungen, die zu geringen Flexibilitäten in der Abwicklung führen, nicht als geeignete „Kriseninterventionsinstrumente“ angesehen. Konjunkturstimulierende Maßnahmen sowie Maßnahmen zur Sicherung der Finanzierung und Liquidität werden über nationale Mittel umgesetzt. Es erscheint wichtig, dass die Strukturpolitik in ihren Inhalten stabil und längerfristig ausgerichtet ist.

### 5.3 ... die Beiträge zur Kohäsionspolitik

#### Regionale Konvergenz

Die im Rahmen des „STRATATplus-Arbeitsprogramms 2008“ durchgeführte Analyse über die Entwicklung der österreichischen Regionen<sup>46</sup> zeigt einen grundsätzlichen innerösterreichischen Konvergenzprozess. So ist seit dem EU-Beitritt ein Aufholen der geförderten Regionen im Bereich der Beschäftigung und des Arbeitsmarktes beobachtbar. Die geförderten Regionen entwickelten sich signifikant besser als die nicht-geförderten Regionen und die Wachstumsdifferenziale in der Beschäftigungsentwicklung haben sich seit dem EU-Beitritt positiv verändert. Keine signifikanten Aufhol-

43 Siehe Anlage F

44 COM(2008) 800 final, COMMUNICATION FROM THE COMMISSION TO THE EUROPEAN COUNCIL, A European Economic Recovery Plan, Brussels, 26. 11. 2008

45 Siehe Österreichisches Reformprogramm für Wachstum und Beschäftigung, Implementierungsbericht 2009

46 MAYERHOFER, P./FRITZ O./HIERLÄNDER, R./STREICHER, G. (2009): Quantitative Effekte der EU-Regionalförderung in Österreich – Eine Pilotstudie in: ÖROK, EU-Kohäsionspolitik in Österreich 1995–2007 – Eine Bilanz, ÖROK Schriftenreihe 180, Wien 2009

prozesse waren jedoch in der Produktivitätsleistung der geförderten Regionen erkennbar.

Auswirkungen der aktuellen Wirtschaftskrise und der Folgen der Auflösung der kleinräumigen Zielgebietsabgrenzungen auf den Konvergenzprozess sind jedoch bislang noch unklar. Am stärksten betroffen sind die industrialisierten und sachkapitalintensiven Regionen in Österreich.

Im Hinblick auf die Umsetzung der EFRE-Programme zeigt die Auswertung der Daten, dass

- absolut gesehen vor allem jene Regionstypen gefördert werden, die am stärksten von der Wirtschaftskrise betroffen sind (industrialisierte (ländliche) Regionen und industriell geprägte Mittelstädte) und damit eine Abfederung der Wirtschaftskrise in diesen Regionen unterstützt wird.
- die ESF-Programme zur Beschäftigung auf die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit fokussieren und ESF-Maßnahmen die Betroffenheit in der Krise abmildern.

Weiters kann aufgrund der Programmstrukturen und der ersten Phase der Umsetzung festgehalten werden, dass

- die Maßnahmen sich insgesamt durch eine hohe Lissabon-Relevanz auszeichnen – 90 % der bisherigen Umsetzung werden „geemarkt“. Dies gilt auch für 95 % der ESF-Mittel.
- Österreichs Programme auf die KHL 1 „Förderung des Wissens und der Innovation für Wachstum“ (61 % der bisherigen Umsetzung) sowie die KHL 3 „Mehr und bessere Arbeitsplätze“ (28,0 % der bisherigen Umsetzung) fokussieren, während der Bereich der Stärkung der Anziehungskraft Europas für Investoren und Arbeitskräfte v. a. eher durch nationale Maßnahmen umgesetzt wird.

### Synergien und Komplementaritäten

Aufgrund der klaren Zielgruppensegmentierung können Synergien auf regionaler Ebene durch Komplementarität der Themen und der adressierten Zielgruppen, weniger durch „integrierte Projekte“, entstehen. Die Monofondsprogramme und die vollständige Ausgliederung des ELER aus den SFs werden als Verwaltungstechnische Vereinfachungen anerkannt. Verbunden ist damit aber eine besonders starke Segmentierung der Programme, die durch das „Strategische Dach“ des STRAT.AT nicht kompensiert werden konnte. Die Möglichkeiten des cross-financings innerhalb der SF werden als erster Ansatz für eine erhöhte Flexibilität, jedoch als noch nicht ausreichend angesehen.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen gegenüber den Vorperioden der SF-Förderungen erst leichte Änderungen in der Struktur der Projekte. Zwar ist insbesondere im Hinblick auf Technologie- und Innovationsniveau ein deutlich gestiegenes Anspruchsniveau zu verzeichnen<sup>47</sup>, weiterhin dominant sind aber einzelbetriebliche Investitionen, auf die mehr als 50 % der gebundenen EFRE-Mittel entfallen und deren Gewichtung in der Umsetzung deutlich höher als in der Planung ist.

Gerade in Österreich – wo die Umsetzung der Strukturfondsprogramme über etablierte und erfahrende Agenturen und Institutionen weitgehend durch die Kofinanzierung bestehender nationaler Richtlinien erfolgt – ist eine enge Verzahnung zwischen EU-Kohäsionspolitik und nationalen Politikfeldern gegeben. Es darf daher auch nicht aus den Augen verloren werden, dass die Programme der EU-Kohäsionspolitik nur Ausschnitte der Politikfelder abdecken. Die nachstehende Abbildung unternimmt den – notwendigerweise unvollständigen und dabei nicht immer widerspruchsfreien – Versuch, die über die SF (RWB u. Phasing-Out EFRE und ESF) fließenden Mittel in Beziehung zu nationalen Budgetmitteln zu stellen.

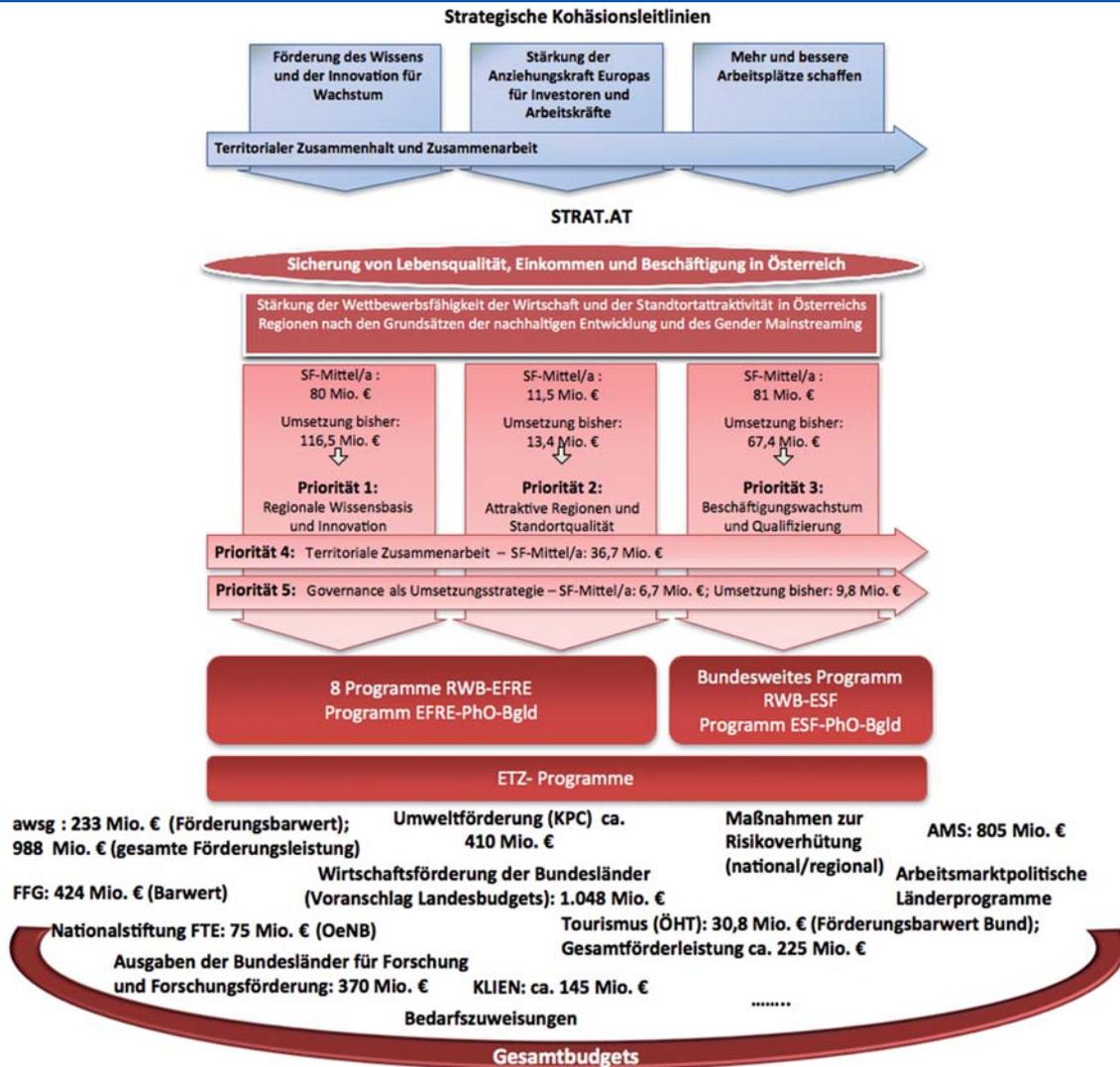
Bereits bei dieser unvollständigen Darstellung wird deutlich, dass die SF-Mittel tatsächlich nur ein Element für die Umsetzung öffentlicher Aufgaben darstellen.

### 5.4 ... die Rahmenbedingungen und ihre Wirkung auf die Programme

Die Betrachtung der qualitativen Effekte der Strukturfondsförderungen in der „Strukturfondszwischenbilanz“ für Österreich (ÖROK 2009) zeigt u. a. die mit den Strukturfonds verbundenen Restriktionen auf, die zu starken Unsicherheiten und Einschränkungen hinsichtlich des Innovationsgrades sowie zu einem starken Anstieg des Bearbeitungsaufwandes führen. Mag ein Teil hausgemacht sein, ergibt sich die grundlegende Problematik jedoch aus dem komplexen EU-Regulativ, das wiederum seinen Ursprung nicht zuletzt im Multilevel-Ansatz der geteilten Mittelverwaltung findet. Die Reform für die Periode 2007–2013 brachte in einigen Bereichen Vereinfachungen, wie eine erhöhte strategische Orientierung in der Programmierung und den Wegfall der kleinräumigen Gebietsgrenzen. Gleichzeitig kam es jedoch zu deutlich höheren Anforderungen, insbesondere im Verwaltungs- und Kontrollsystem, welches zu einem extrem hohen Erstellungs- und Wartungsaufwand führte und zeitliche Verzögerungen mitverursachte.

47 Eher Forschungsüberleitung in neue Produkte, keine direkten Modernisierungsinvestitionen

Abb. 16: Jährliche Dotierung und bisherige Umsetzung des STRAT.AT durch SF-Programme in Bezug auf abgeschätzte gesamte Budgets



Quelle: Eigene Konzeption und Darstellung convelop, 2009. Daten: Jahresvoranschläge sowie Geschäftsberichte bezogen auf jeweils das Geschäftsjahr 2007 bzw. 2008

Während auf der Programm-Ebene eine deutliche Flexibilisierung vorgenommen wurde, wird diese durch die administrativen Regeln konterkariert, wobei ein starkes Bewusstsein darüber besteht, dass ein Teil der hohen Regeldichte österreich-intern hervorgerufen wird. Insgesamt scheint das Verhältnis von Planung, Flexibilität in der Umsetzung und notwendiger Kontrolle aus der Balance geraten zu sein. Dies führt zu einer vermehrt negativen Haltung gegenüber EU-Mitteln und einem risikoaversen Förderungsverhalten.

Die auf EU-Ebene eingeleiteten Maßnahmen zur „Simplification“ werden grundsätzlich begrüßt. Die Prinzipien der Berücksichtigung indirekter Kosten auf Basis von „flat rates“ und der Pauschalen auf Personalkosten („standard scales of unit costs“) sollen zur Anwendung kommen. Hierin wird eine wesentliche Erleichterung in der Förde-

rung von Aktionen mit hoher Personalintensität gesehen, wie dies in Innovations- und F&E-Projekten der Fall ist.

Es ist allerdings auch festzuhalten, dass sie (i) zahlreiche neue Fragen aufwerfen und notwendige Konkretisierungen offenlassen, (ii) nicht weitreichend genug sind und (iii) vor allem zu spät kommen. Eine Reihe der jetzt unter „Simplification“ laufenden Maßnahmen waren in den Verhandlungen zu den SF-VO noch nicht durchsetzungsfähig. Sie kommen jetzt in einer Phase zur Anwendung, in der die Umsetzungsprozedere bereits definiert sind. Des Weiteren bedarf es für die Umsetzung der Maßnahmen zur „Simplification“ innerhalb Österreichs weiterer Detailregelungen und der Integration in das Förderungssystem, was letztendlich wiederum neue Anpassungsschritte, bspw. im Verwaltungs- und Kontrollsystem etc., erfordert.

Weitere Maßnahmenbereiche des „EU-Recovery Plans“ im Bereich der Finanzierung („Vorauszahlungen“ etc.) kommen in Österreich nicht zur Anwendung bzw. werden durch nationale Finanzierung vorgenommen. Dies gilt auch für die inhaltlichen Optionen im Bereich der Energieeffizienz oder neuer Finanzierungsformen, die im Rahmen der „Krisenpakete“ zur Anwendung kommen, jedoch mit nationalen Mitteln umgesetzt werden (siehe dazu Anhang E1 „Reaktionen auf den European Recovery Plan“).

### 5.5 ... die Relevanz der STRAT.AT-Strategien

Österreich hat sich in der Vergangenheit eine gute Wettbewerbssituation erarbeitet und in der Phase der Hochkonjunktur (2004–08) breit profitiert, was sich in überdurchschnittlichen Wachstumsraten des BIP, der Exporte, der Beschäftigung und einer signifikanten Absenkung der Arbeitslosigkeit widerspiegelt. Die gegenwärtige internationale Finanz- und Wirtschaftskrise wird jedoch auch tief greifende Spuren – nicht nur in der ökonomischen Performance Österreichs – hinterlassen: Die Krise beschleunigt den wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozess, für den bei „normalem“ Konjunkturverlauf mehrere Jahre Zeit für eine „geordnete“ Anpassung gewesen wäre. Der Kostendruck und Druck zur Produktionsverlagerung in Länder mit geringerem Lohnniveau wird sich beschleunigen. Derzeit bestehende Wertschöpfungsketten werden neu organisiert werden müssen.

Das bedeutet, dass sich der ohnehin bestehende Druck hin zu einem Übergang zu einer wissensbasierten Ökonomie weiter erhöht hat: Bisherige Stärken im mittleren „Technologie- und Qualifikationssegment“ gehen durch die Krise schneller verloren. Gleichzeitig wirken bekannte langfristige Trends, wie der demografische Wandel, die Verknappung nicht erneuerbarer Energieträger sowie der Klimawandel weiter und verstärken sich, auch wenn sich deren Wirkungen in vielen Bereichen erst in den kommenden Jahr(zehnt)en umfassend entfalten werden.

Im Hinblick auf langfristige räumliche Wirkungen lässt sich jedoch die These formulieren, dass die durch die Krise beschleunigten Anpassungsprozesse zu einem erhöhten Innovationsdruck führen. In diesem Zusammenhang ist zu erwarten, dass es zu einer weiteren Aufwertung von hochrangigen Standorten in der Nähe zu städtischen Regionen, hochwertigen Bildungs- und Forschungseinrichtungen kommt, was Agglomerationsräume stärker in den Fokus rücken würde.

Die inhaltlichen Trends und Entwicklungen wurden bereits bei der Erstellung des STRAT.AT aufgegriffen, gewinnen jedoch durch die aktuellen Entwicklungen an Geschwindigkeit und Schärfe. Die Strategien sol-

len daher vorerst nicht verändert werden – sie haben weiterhin Gültigkeit. Es braucht jedoch in den Programmen eine pragmatische Perspektive im Hinblick auf die weitere Umsetzung. Diese umfasst:

- Bei weiter zurückhaltendem Investitionsverhalten der Unternehmen ist für eine pragmatische Lockerung der Interpretation der Auswahlkriterien und generelle Erhöhung der Anreizsetzung im Rahmen der Förderungsmöglichkeiten des europäischen Wettbewerbsrechts zu plädieren.
- Dies kann – im Bedarfsfall – auch zu Verschiebungen zwischen den indikativen thematischen Codierungen führen, insbesondere im Tourismus, wenn dort eine weiter gute Investitionskraft erkennbar ist, sowie in Bereichen der Erneuerbaren Energien/Ressourceneffizienz.
- Intensives Monitoring der Entwicklungsverläufe der Programme im Hinblick auf die Einhaltung der n+2-Regelung, um allfällige Mittelverluste zu vermeiden.
- Es ist verstärkt vor allem auf die Verschränkung zwischen den Prioritäten zu achten (d. h. Innovation in Umwelttechnik/Ressourcen/Energie) und die koordinierte Standortentwicklung (Themen, Schwerpunkte, Cluster, Netzwerke, F&E) voranzutreiben.

### 5.6 ... auf die weitere Gestaltung der EU-Strukturpolitik

Was bedeuten diese Erfahrungen für die Diskussion über die künftige Gestaltung der EU-Strukturpolitik? Die Erfahrungsbilanz Österreichs zu den Strukturfonds führte zu der weit gehend geteilten Ansicht, dass sich die förderungspolitischen Maßnahmen in den regionalpolitischen Programmen unter den gegebenen nationalen und EU-Rahmenbedingungen auf einen „guten österreichischen Mainstream“ beschränken mussten.

Die neue Periode 2007–2013 führte durch die Fokussierung auf Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum und die Aufgabe der kleinregionalen Gebietsabgrenzungen zu einem Paradigmenwechsel in der Regionalpolitik, mit Anpassungen in der inhaltlichen Ausrichtung der Programme in Richtung der „Lissabon-Ziele“. Allerdings wurden die administrativen Rahmenbedingungen keineswegs an die Zielsetzungen angepasst, es wurde sogar eine Verschärfung wahrgenommen.

Die bisherigen Erfahrungen in der Umsetzung zeigten damit, dass es bislang nur sehr eingeschränkt zu Änderungen in der Implementierung der Programme gegenüber den Vorperioden gekommen ist. Die innovativsten Programme werden aufgrund der Rahmenbedingungen nicht – Ausnahmen bestätigen dabei die Regel – für die EU-Kofinanzierung herangezogen. In der betrieblichen F&E-Förderung erfolgt aufgrund

des engen administrativen Korsettes (Stichwort Personalkosten) ein Rückzug auf nationale Programme. Daraus folgt: Will man die Innovations- und Impulskraft der Strukturfondsprogramme stärken, braucht es Rahmenbedingungen von EU- und nationaler Seite, die eine höhere Risikobereitschaft zulassen/fördern und damit auch klare, durchsetzungsfähige Strategien ermöglichen.

### 5.6.1 Europäische Ebene: Kontinuität, aber Entschlackung

*Es ist eine neue Balance zwischen Flexibilität in der Umsetzung und notwendiger Kontrolle herzustellen:* Dies betrifft die Rückführung der Zahl der unterschiedlichen Prüfebene, deren Prüfverfahren sowie die Zahl und Dichte der Dokumentationsvorschriften auf ein notwendiges und realistisches Niveau.

*Es braucht eine adäquate Differenzierung nach Interventionstypen und Zielen (Stichwort: Proportionalitätsprinzip):* Große Infrastrukturprojekte und -programme erfordern andere Finanzierungs-, Berichts- und Kontrollmechanismen als Förderungen für Kleinunternehmen, Beratungs- und Softmaßnahmen oder auch FTE-bezogene Maßnahmen. Änderungen institutioneller Arrangements – wie sie u. a. auch der „Barca-Report“ als zentrales Element formuliert – verlangen nach einem völlig anderen Steuerungsverständnis, als die auf große Infrastrukturprojekte abstellenden Interventionen.

*Reduktion von Unsicherheiten:* Es braucht ein neues Verständnis über die Einhaltung von „good governance“-Prinzipien. Diese erfordern die Vermeidung einer zu hohen Regelungsdichte, verbunden mit der rechtzeitigen und klaren Definition der einzelnen Regelungen sowie der Vermeidung der nachträglichen Einführung oder Neuinterpretation von Regelungen seitens der Europäischen Kommission.

*Adäquate Begleit-, Steuerungs- und Evaluierungsinstrumente:* Vor diesem Hintergrund ist auch der Einsatz der Begleit- und Steuerungsinstrumente zu sehen. Gerade in den auf komplexe Entwicklungsmaßnahmen aufbauenden regionalen Interventionen wird eine indikatoren- und outputbasierte Steuerung herkömmlichen Formats als zunehmend kritisch wahrgenommen. Hierbei wird es als wichtig angesehen, Monitoring- und Evaluierungsverfahren zur Anwendung zu bringen, die einerseits in der Lage sind, den „Kerninformationsbedarf“ auf europäischer Ebene zu decken und andererseits als Feedbackinstrumentarium für die Programmsteuerung zu dienen. Für Ersteres wird der Ansatz der Verwendung von Codierungen und Kernindikatoren als weiterhin adäquat angesehen, für Zwei-

teres eine verstärkte Konzentration auf das Erfassen von Entwicklungsprozessen.

*Es soll eine erhöhte Flexibilität für fondsübergreifende Zusammenarbeit ermöglicht werden:* Ein von der österreichischen Partnerschaft breit getragener Wunsch liegt in der Reformierung und deutlichen Vereinfachung der fondsübergreifenden Zusammenarbeit, einschließlich jener für die Entwicklung des ländlichen Raums. Als ein möglicher Ansatz wird eine Vereinfachung und Ausweitung der derzeitigen „cross-financing“-Möglichkeiten gesehen. Dies würde den Spielraum für regional adäquate Interventionen erhöhen und eine Öffnung der bislang strikten Abgrenzung der Programme nach einzelnen sektorbezogenen Zielgruppen unterstützen.

*Territoriale Kooperation erfordert adäquate Rahmenbedingungen:* Der Territorialen Kooperation wird u. a. auch aus der Tatsache, dass hier ein unmittelbarer europäischer Mehrwert sichtbar wird, traditionell eine wichtige Bedeutung beigemessen. Allerdings werden im Bereich der territorialen Kooperation wichtige Entwicklungsschritte als notwendig angesehen. Dies umfasst

- an die Anforderungen der transnationalen, interregionalen und grenzüberschreitender Kooperationen angepasste Regeln, die die Spezifika der Ziele der Programme und der Projekte besser berücksichtigen.
- die Berücksichtigung der regionalen Spezifika in der Programmentwicklung.
- die Einleitung eines Diskussionsprozesses über die Gestaltung und Ausformung der – insbesondere transnationalen – Kooperationsprogramme. Dabei sollte ein verstärkter Fokus auf funktional zusammenhängende Regionen und eine „variable Geometrie“ in der Regionsabgrenzung diskutiert werden. Dies könnte in der Kombination aus räumlichen (bspw. in der Raumentwicklung) und interregionalen Komponenten (bspw. im Bereich Innovation) liegen und so eine strategische, aber räumlich flexiblere Orientierung der territorialen Kooperation ermöglichen.

In Abhängigkeit von der inhaltlichen Ausrichtung sollte auch die Rolle der europäischen Kommission in den transnationalen und grenzüberschreitenden Programmen überdacht und ggf. auch gestärkt werden. Für den Bereich der grenzüberschreitenden Kooperation sollte in jedem Fall die Rolle der Kommission im Hinblick auf klarere, verbindlichere und auch kommissionsintern koordinierte Regelungen für die CBC-Programme geklärt sein<sup>48</sup>. Die Selbstorganisationsfähigkeit auf zwischenstaatlicher Ebene erscheint aufgrund unterschiedlicher Verwaltungssysteme und -kulturen beschränkt.

48 Als Beispiele sind die vereinheitlichte Interpretation im Bereich Wettbewerbsrecht oder öffentlicher Vergabeverfahren zu nennen.

### *Rolle der EU-Kommission: Lern- und Innovationsimpulse setzen*

- Innovationsprogramme wieder einführen (EFRE, ESF): Die Erfahrungen aus den vergangenen SF-Perioden zeigen durchaus positive Wirkungen durch Pilot- und Innovationsprogramme der EK. Sie gaben Impulse von außen, zeichneten sich durch eine hohe Attraktivität für Regionen aus und machten dabei die Erprobung neuer Ansätze attraktiv und durchsetzungsfähiger. War die Zahl der Gemeinschaftsinitiativen und Pilotaktionen in der Periode 1994–1999 unangemessen hoch, so ist die vollständige Eingliederung der explizit auf Politikinnovationen ausgerichteten Pilotprogramme in die Haupt-Ziel-Programme zu weitreichend. Zahl und Umfang solcher Programme sollten strikt limitiert werden und auf die Einführung und Erprobung neuer Themen und Verfahren fokussiert werden.
- Management von Informationsaustausch und Lernprozessen auf EU-Ebene verstärken: Diese auch im „Barca-Report“ thematisierte Funktion der Europäischen Kommission bedarf einer deutlichen Verstärkung. Hierzu benötigt werden neue Formate für das Management der Lernprozesse, die über die im „Barca-Report“ angedeutete neue Form der Detailsteuerung regionaler Entwicklungsprozesse in formalen Verhandlungs-, Steuerungs- und Begleitgremien hinausgehen.

### **5.6.2 Nationale Ebene: Vereinfachung und Konzentration**

Bleibt der grundsätzliche Aufbau der SF erhalten, so sollte von österreichischer Seite in Hinkunft ...

- ... verstärkt der Fokus auf eine funktionale Perspektive gelegt werden (um damit auch Aspekte der variablen Geometrie auf die österreichische Ebene zu transferieren).
- ... eine nationale und regionale Rahmenstrategie mit klarem strategischen Fokus entwickelt werden, innerhalb derer Strukturfondsinterventionen definiert werden, die sich weitgehend auf ausgewählte Bereiche/Vorhaben/Leitprojekte konzentrieren.
- ... die innerösterreichischen Rahmenbedingungen überdacht werden, um den Innovationsgrad der Förderungen zu erhöhen.

Dies erfordert die Erhöhung des strategischen Charakters und auch eine verstärkte proaktive Projektentwicklung:

- Im Rahmen der Implementierung sollten die involvierten Stellen mit einer ausreichenden und kritischen Mittelausstattung ausgestattet werden (Aufwand-Nutzen).
- In der Planung, Begleitung und Evaluierung ist ein umfassenderer Blick auf die bestehenden Entwicklungssysteme zu legen, um die Beiträge unterschiedlicher Interventionen (regional, national, EU) transparenter zu machen.

- Die über Politikbereiche hinweg bestehenden Entwicklungspotenziale (auf regionaler Ebene vor allem die territorialen Beschäftigungspakte) müssen besser ausgeschöpft werden, um eine verstärkte Integration mit der Wirtschaftsentwicklungspolitik zu erreichen.
- Das Governance-Gefüge muss kontinuierlich weiterentwickelt werden, wobei das Augenmerk auf die Reduktion der auch intern geschaffenen hohen Regelungsdichte und Intensivierung der Koordination auf Bundesebene sowie der verstärkten Einbeziehung der operativen Förderungseinrichtungen gelegt werden sollte.

### **Inhaltliche Fokussierung auf zentrale Herausforderungen**

Im Hinblick auf die inhaltlichen Ausrichtungen zeigen unterschiedliche Studien und Projekte auf nationaler und internationaler Ebene ein konvergentes Bild relevanter Megatrends und Challenges, die sich bündeln um:

- Globalisierungsprozesse und den damit verbundenen Innovationsdruck;
- Ressourcen- und Energieknappheit;
- Klimawandel und den daraus resultierenden Anpassungsbedarf, aber auch die sich daraus ergebenden Chancen;
- demografische Entwicklungen, einschließlich der sich aufgrund von Migrationsbewegungen und Alterungsprozessen verändernden Bevölkerungszusammensetzung.

Daraus können sich auch für Österreich relevante Schwerpunkte in den Bereichen (i) Innovation: Innovations- und Anpassungsfähigkeit von Unternehmen und Regionen; (ii) Ressourcen-, Energie- und Klima, einschließlich Standortentwicklung und (iii) Mensch (Bildung, Integration und soziale Inklusion, Ageing) ergeben. Dabei wird noch stärker als bisher auf eine Verschränkung und synergetische Bearbeitung der Themen zu achten sein (bspw. Innovation & Ageing, Innovation & Umwelt, Energie- und Klimotechnologie). Künftige Planungsprozesse sind stärker auf problem- und missionsorientierte Vorgangsweisen auszurichten, die die Koppelung regionalwirtschaftlicher Entwicklungen mit der Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen stärker als bisher beachten.

Gleichzeitig weist die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise auf die zentrale Herausforderung hin: **Anpassungsfähigkeit zu fördern und die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen.** Der Strategiebericht zeigt aber auch, dass es deutlich verbesserte Rahmenbedingungen von EU- und nationaler Seite braucht, um diese Anpassungsfähigkeit bei den Zielgruppen zu fördern und im Förderungssystem selbst zu ermöglichen.



**ANHANG**



## A GOOD-PRACTICE-BEISPIELE

### A.1 Territoriale Beschäftigungspakte in Österreich

Ursprünglich im Jahr 1996 als EU-Initiative initiiert, wurden Ende der 1990er-Jahre in Österreich „territoriale Beschäftigungspakte“ (TEPs)<sup>49</sup> zunächst in vier Bundesländern eingerichtet. In den Folgejahren wurden in allen anderen Bundesländern TEPs ebenfalls aufgebaut. Die erfolgreiche und rasche flächendeckende Umsetzung von TEPs ist u. a. auf die in Österreich vorzufindende lange Tradition regionaler Beschäftigungspolitik zurückzuführen. Die Entwicklung wurde auch seitens des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit (bzw. davor des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales) unterstützt, sodass auf Bundesebene bald eine Koordinationsstelle geschaffen wurde, deren Aufgabe in der Betreuung der regionalen Pakte liegt. Vor dem Hintergrund, dass Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik ein in viele gesellschaftliche Bereiche hineinreichendes Themenfeld ist, sollte mit den TEPs eine verstärkte Integration des Themenfeldes in unterschiedliche Politikbereiche erreicht werden. Die österreichischen TEPs sind demnach

- vertraglich vereinbarte regionale Partnerschaften zur Verknüpfung von Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik mit anderen Politikbereichen und
- verstehen sich als Instrument zur Umsetzung kooperativer Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik.

In internationalen Vergleichen werden sie in der Zwischenzeit als erfolgreiches Beispiel beschrieben.<sup>50</sup> Organisatorisch sind die TEPs zumeist auf Landesebene organisiert. Lediglich in den Bundesländern Steiermark, Oberösterreich und Wien wurde eine weitere Regionalisierung vorangetrieben. Hauptakteure sind in der Regel die Landesgeschäftsstellen des AMS, wirtschaftspolitische Abteilungen der Länder sowie Sozialpartner. Entsprechend dieser Akteure liegt der inhaltliche Fokus zumeist auf der strategischen Koordination wirtschaftspolitischer Aktionsfelder. Die PartnerInnen ziehen aus der Partnerschaft vor allem Vorteile hinsichtlich eines besseren Informationszugangs zu wirtschaftspolitischen Vorhaben.

Inhaltlich sind die TEPs – trotz unterschiedlicher Ausrichtung im Detail – auf arbeitsmarktpolitische Handlungsfelder ausgerichtet. Während in vielen Bundesländern die klassischen AMS-Zielgruppen adressiert werden, sind – förderbedingt – nunmehr arbeitsmarktfremde und sozial benachteiligte Personen (einschließlich Personen mit Migrationshintergrund) verstärkt Zielgruppen der Pakte.<sup>51</sup> Die insgesamt arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Ausrichtung unterscheidet sich damit im internationalen Spiegel, wo Pakte bspw. verstärkt im sozialpolitischen Bereich (z. B. Irland, Finnland) oder im Bereich wirtschaftliche Entwicklungsstrategien (z. B. Italien) angesiedelt sind.

Die Pakte können auf eine Reihe von Erfolgen verweisen, wovon u. a. folgende hervorzuheben sind<sup>52</sup>: (i) Durch den kooperativen Ansatz der Partnerschaften konnte eine verstärkte Akzeptanz arbeitsmarktpolitischer Fragestellungen auch bei Akteursgruppen, die traditionellerweise nicht dem Arbeitsmarktbereich zugeordnet werden, erreicht werden. Beispiele hierfür sind die Ausnützung der Auftragsvergabe des Landes als Mittel zur saisonalen Stabilisierung der Beschäftigung (Bauwirtschaft) oder bspw. die Einbeziehung der Weiterbildungspolitik in wirtschaftspolitische Strategien (Cluster-Support-Programme). (ii) Durch die Pakte konnte die Sicherung von Fördermitteln (insb. aus EU-Programmen) für die Regionen erhöht werden. Die Pakte bieten eine Infrastruktur, die es ermöglicht, rasch regionsbezogene und aus den Regionen entwickelte Projekte zu definieren, die auch auf europäischer Ebene wettbewerbsfähig sind. (iii) Zudem ermöglichten die Pakte die verbesserte Anpassung von Standardmaßnahmen an die lokalen Bedürfnisse.

Finanziell erfuhren die Pakte in jüngster Zeit eine Aufwertung, indem sie als eigener Schwerpunkt im Operationellen Programm Beschäftigung Österreich 2007–2013 (Schwerpunkt 5) sowie als Aktivität im ESF-Programm Konvergenz-Phasing-Out aufgenommen wurden. Die Mittel des Europäischen Sozialfonds (6,3 Mio. Euro für die Programmperiode) sowie nationale Mittel (7,3 Mio. Euro für die Programmperiode), hinzukommen weitere 0,9 Mio. Euro öffentliche

49 [www.pakte.at](http://www.pakte.at)

50 Europäische Kommission (2002): Thematic Evaluation of the Territorial Employment

51 Vgl. Territoriale Beschäftigungspakte in Österreich 2009, [http://www.pakte.at/attach/TEP\\_Infomappe\\_2009.pdf](http://www.pakte.at/attach/TEP_Infomappe_2009.pdf)

52 Vgl. ÖROK (2009): EU-Kohäsionspolitik in Österreich 1995–2007. Eine Bilanz, Teil 3, Kapitel 7

Mittel aus dem Programm Konvergenz-Phasing-Out, unterstützen die Pakte für operative Tätigkeiten der TEP-Koordinationsstellen sowie u. a. bei der Entwicklung von Arbeitsprogrammen und Projekten. Zudem stehen den TEPs erstmals auch Projektmittel zu Verfügung. Der Schwerpunkt 3b des ESF, Operationelles Programm Beschäftigung Österreich stellt in diesem Zusammenhang für die Entwicklung und Erprobung innovativer Maßnahmen zur Verbesserung der Integration arbeitsmarktferner Personen und des Zusammenwirkens der beteiligten Institutionen in der Region Mittel zur Verfügung. Die Kofinanzierung der

Schwerpunkt-3b-Maßnahmen wird hierbei durch die Pakte sichergestellt.

Als Herausforderung wird die Integration landespolitischer Wirtschaftsstrategien in die einzelnen Pakte gesehen. Während einzelne Einrichtungen vermehrt Paktthemen in ihre Programme und Umsetzungsmaßnahmen integrieren, ist bei der expliziten Einbeziehung regionaler wirtschaftspolitischer Zielsetzungen (insb. in der Integration von EFRE- und ESF-Strategien) in die TEP-Strategien in vielen Fällen von einem noch bestehenden Potenzial auszugehen.

Ansprechstellen:	Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, Sektion VI/ Abteilung 9 – ESF Koordinationsstelle der Territorialen Beschäftigungspakte in Österreich am ZSI, <a href="http://www.pakte.at">www.pakte.at</a>
Finanzmittel (2007–2013)	Schwerpunkt 5 bundesweites Programm: Territoriale Beschäftigungspakte ESF: 6.246.000 Euro, National: 7.332.000 Euro Schwerpunkt 3b – Integration arbeitsmarktferner Personen – Projektförderungen ESF-Konvergenz-Phasing-Out: Gesamtausgaben 935.000 Euro, ESF 675.000 Euro, Nationale Beteiligung 225.000 Euro, Private Beteiligung: 35.000 Euro

## A.2 Strategischer Begleitprozess STRAT.AT

Ziele und Leitlinien der österreichischen Regionalpolitik werden in der Strukturfondsperiode 2007–2013 im Nationalen Strategischen Rahmenplan – STRAT.AT beschrieben. Als Good-practice-Beispiel kann sowohl die Erstellung des Planungsdokuments als auch der in der Folge aufgesetzte Begleitprozess gelten.

Erarbeitet wurde der STRAT.AT entsprechend der föderalen Struktur Österreichs und seiner ausgeprägten Tradition einer konsensualen Politikformulierung partizipativ unter Einbindung der für die Koordination der österreichischen Regionalpolitik verantwortlichen Akteure. Hierzu zählen regional-politische Stakeholder auf Bundes- und Länder-Ebene ebenso wie Wirtschafts- und Sozialpartner und NGO-VertreterInnen. Dem traditionellen österreichischen Koordinationsmuster folgend wurden bottom-up die Vorstellungen der involvierten Stellen gesammelt, durch Top-down-Inputs ergänzt, gewichtet und schrittweise auf eine strategische Ebene „hochaggregiert“.

Dieser Planungs- und Strategieentwicklungsprozess wurde nunmehr übergeleitet in einen strategischen Begleitungsprozess (STRAT.ATplus), welcher während der gesamten derzeitigen Strukturfondsperiode fortgesetzt werden soll. Inhaltlich verfolgt der STRAT.ATplus das Ziel der Förderung des Erfahrungsaustausches und der Reflexion sowie der Generierung praktischer Impulse. Damit wurde in Österreich ein Rahmen gesetzt, in dem neben administrativen bzw. förderrechtlichen Fragestellungen

eine inhaltliche Auseinandersetzung bzw. eine dialoggetriebene Themenbearbeitung Informations-, Reflexions- und Lernprozesse für alle verantwortlichen Akteure der österreichischen Regionalpolitik unterstützt.

Für regionalpolitische Abstimmungsprozesse übernimmt traditionell die Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) eine koordinierende und treibende Funktion. Zwar verfügt die ÖROK über keine formal bindenden Durchgriffsrechte, Koordinationsmechanismen und entsprechende Verhandlungsergebnisse werden in Österreich jedoch entsprechend einer „gelebten Praxis“ von den beteiligten Akteuren meist getragen.

Für den STRAT.ATplus fungiert der im Rahmen der ÖROK eingerichtete Unterausschuss „Regionalwirtschaft“ als Koordinationsforum. Während in diesem Ausschuss thematisch-inhaltliche Fragestellungen vorangetrieben werden, befasst sich die ebenfalls im Rahmen der ÖROK angesiedelte „Arbeitsgruppe Verwaltungsbehörden“ vor allem mit der Klärung abwicklungs- und verwaltungstechnischer Fragen, die sich aus der konkreten Programmumsetzung und -abwicklung ergeben, mit entsprechend fehlenden inhaltlichen Akzentuierungen.

Den Vorteilen einer stark auf Konsens ausgerichteten und bottom-up getriebenen Koordinationsform, welche eine hohe Integration der beteiligten Akteure und damit auch ein hohes Maß an Commitment induziert, stehen allerdings auch potenzielle Herausforderungen gegenüber. Das weit gehende Fehlen von Top-

down-Elementen birgt insbesondere die Gefahr einer Strategie des kleinsten gemeinsamen Nenners (siehe dazu Ex-ante-Evaluierung STRAT.AT).

Unmittelbarer Ausfluss der kontinuierlichen Begleitprozesse in Österreich ist ein gut etabliertes Monitoringsystem der EFRE-Programme mit österreichweit standardisierten Indikatoren. Mithilfe des Systems ist es nunmehr möglich, die österreichischen EFRE-Programme der einzelnen Bundesländer miteinander vergleichbar und damit auch transparent zu machen.

In einer ersten Phase (2007/2008) konzentrierte sich der STRAT.ATplus-Prozess inhaltlich auf eine Rückschau gemachter Erfahrungen in den letzten beiden Strukturfondsperioden. Die Ergebnisse dieses Prozesses wurden im Frühjahr 2009 veröffentlicht (vgl. ÖROK 2009b). Im Jahr 2009 steht der STRAT.ATplus-Prozess ganz im Zeichen von Zukunftsthemen. Im Rahmen des Arbeitstitels „Trends and Challenges – Die großen Zukunftsherausforderungen und ihre Auswirkungen auf die Regionalpolitik“ wurden eine Reihe von Workshops und Tagungen veranstaltet, in denen vor allem die Themen Forschung – Technologie – Innovation, Klimawandel, Ressourcen- und Energieknappheit sowie demografische Veränderungen als die zentralen Zukunftsthemen unter dem Blickwinkel regionaler Entwicklung erörtert wurden. Die Auswirkungen der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise auf die diskutierten Megatrends wurden ebenso mitreflektiert.

Ansprechstellen: ÖROK – Österreichische Raumordnungskonferenz, Geschäftsstelle beim Bundeskanzleramt, Ballhausplatz 1 (Hofburg), 1014 Wien, oerok@oerok.gv.at; <http://www.oerok.gv.at>

### A.3 Integrierte Standortentwicklung – Technopole

Seit Mitte der 1980er-Jahre wird im Rahmen der regionalen Entwicklungspolitik des Landes Niederösterreich die wirtschaftsnahe Infrastruktur zur Stärkung und Neuausrichtung von Industrie und Technologie im Standortraum Wiener Neustadt (EU-Zielgebiet 2) ausgebaut. Ziel ist es, einen modernen „Technopol“ (Innovationsknoten) an einem industriellen Traditionsstandort zu entwickeln.

Diese umfassende Standortentwicklung zeigt sich am Beispiel Wiener Neustadt, wo über die Standbeine (i) Wirtschaft/industrielle Produktion, (ii) Forschung und Innovation, (iii) Bildung sowie (iv) wirtschaftsnahe Dienstleistungen unter erheblichem Einsatz öffentlicher Vorleistungen ein Wachstumspol (eng bezeichnet Technopol) entwickelt wurde. Seit 1995 wurde diese Strategie mit EU-Strukturfondsmitteln unterstützt.

Das Regionale Innovationszentrum (RIZ) bildet außerdem den Ausgangspunkt für zwei weitere Einrichtungen in unmittelbarer Nachbarschaft des Industriezentrums Wr. Neustadt-Nord, die Fachhochschule und in weiterer Folge das Technologie- und Forschungszentrum (TFZ). Einen Entwicklungsschub hat die Initiative durch die im Jahr 2000 gestartete Technologieoffensive Niederösterreich und das damit eingeführte Technopolprogramm sowie durch die erfolgreiche Entwicklung von Kompetenzzentren im Rahmen des nationalen Kompetenzzentrum-Programms erhalten.

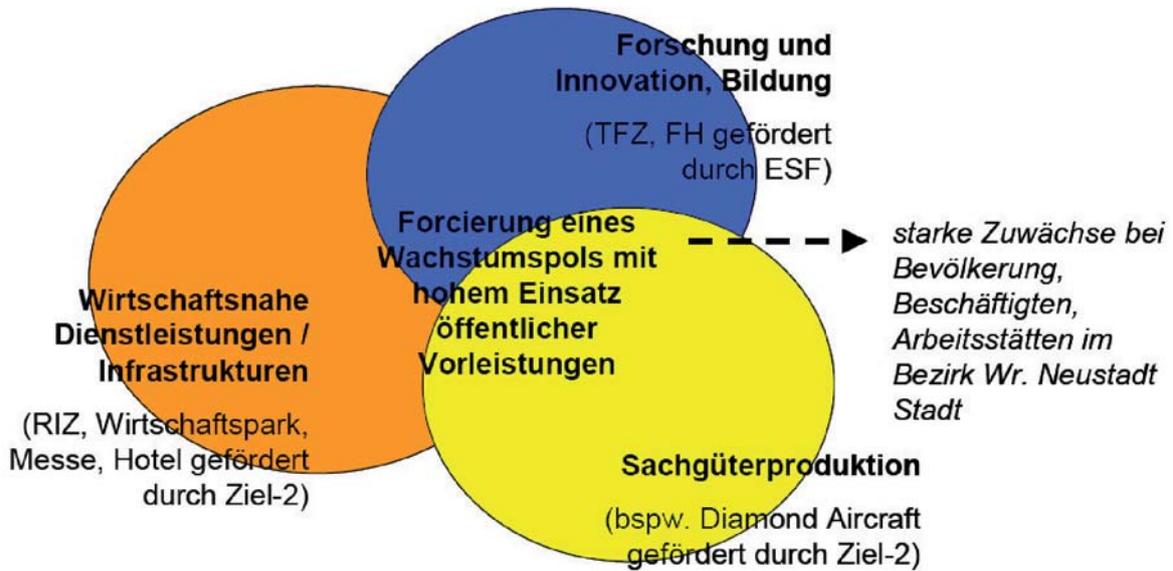
Das TFZ bildet mit seinen Kompetenz-, Forschungs- und Entwicklungszentren das Kernstück des Technopols Wiener Neustadt, welcher als einer von drei<sup>53</sup> Forschungs- und Wachstumspolen der niederösterreichischen Wirtschaft organisiert und über ein entsprechendes Technopolmanagement koordiniert wird.

Das TFZ wurde in drei Ausbaustufen realisiert und verfügt über eine Bruttogeschoßfläche von rund 12.600 m<sup>2</sup> (gegliedert in: Hightech-Laborflächen 1.700 m<sup>2</sup>, Labor- und Büroflächen 3.500 m<sup>2</sup>, Infrastruktureinrichtungen 500 m<sup>2</sup> und sonstige Flächen von 1.400 m<sup>2</sup>). Das TFZ Wiener Neustadt beheimatet drei Kompetenzzentren, an denen insgesamt 250 hoch qualifizierte WissenschaftlerInnen beschäftigt sind. Schwerpunkte der Forschung und Entwicklung umfassen den Bereich der modernen industriellen Technologien: Materialien, Verfahrens- und Prozesstechnologien, Medizin-Technik, Sensorik-Aktorik und Oberflächen. In jedem der Schwerpunkte forschen mindestens drei verschiedene Forschungseinrichtungen mit jeweils mehr als 30 WissenschaftlerInnen.

Mit dem Wachstum der im TFZ angesiedelten Forschungsgruppen und weiterer Neugründungen, bzw. der Einrichtung eines Technopols, kann der Standort Wiener Neustadt heute als stabiler und wettbewerbs-

53 Wiener Neustadt: Moderne industrielle Technologien, Medizintechnik, Sensorik; Technopol Krems: Biotechnologie und Regenerative Medizin; Technopol Tulln: Agrar- und Umwelt-Biotechnologie; Ein weiterer Standort in Wieselburg (Schwerpunkt Bioenergie) ist in der Entwicklungsphase.

Umfassende Standortentwicklung am Beispiel Wiener Neustadt



Quelle: ÖIR/RCi

fähiger Standort für Oberflächentechnologie, Mikrosystem- und Medizintechnik, mit einer umfassenden Forschungsdienstleistung in Kombination mit einer diesbezüglichen Ausbildungsstätte, international bestehen. Dabei zeigt sich anhand des Beispiels Wiener Neustadt die Bedeutung:

- einer langfristigen und kontinuierlichen Entwicklungsperspektive und
- der Integration der drei Säulen Wissenschaft/Forschung, Bildung und Wirtschaft.

Es ist letztlich damit ein Beispiel für das Zusammenspiel von regionaler Technologie- und Standortentwicklung und nationaler und internationaler Forschungs- und Technologiepolitik. So wurden aus der Perspektive der Regionalpolitik und unter Einbeziehung von Mitteln aus den Europäischen Strukturfonds neue Technologie- und Forschungsstrukturen aufgebaut, die in der Folge die Nutzung nationaler Programme (bspw. Kompetenzzentren) und von EU-Rahmenprogrammen in der Projektförderung ermöglichten.

Programm	Ziel 2-Programme 1995–1999, 2000–2006 Regionale Wettbewerbsfähigkeit Niederösterreich 2007–2013	
Maßnahme	Technologieinfrastruktur – Integrierte Standortentwicklung	
Finanzierung	Geförderte Infrastrukturprojekte 1995–2006: 8,6 Mio. Euro Gesamtprojektkosten, davon 1,1 Mio. Euro EFRE	Technopolmanagement und -entwicklung 2000–2006 rd. 1,3 Mio. Projektkosten, davon 0,4 Mio. EFRE sowie 2007–2013 1,6 Mio. Projektkosten, davon 0,8 Mio. Euro EFRE.
Kontaktdaten	Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, NÖ Wirtschaftsförderung, WST 3 www.wirtschaftsfoerderung.at ecoplus. Niederösterreichs Wirtschaftsagentur GmbH, Niederösterreichring 2, Haus A, 3100 St. Pölten, http://www.ecoplus.at/	

**A.4 Integrierte touristische Standortentwicklung – Impulsprojekte**

Die Region „Mittelburgenland“ liegt im Gebiet Konvergenz-Phasing-Out (früher Ziel 1-Gebiet): In der Teilregion Lutzmannsburg/Frankenau wurde – aufgrund der Lage entlang der Südösterrösterreichischen Thermenlinie – die Tourismus- und Freizeitwirtschaft als Entwicklungschance erkannt. Die verfolgte Strategie sieht eine integrierte touristische Standortentwicklung vor. Über das Impulsprojekt „Sonnentherme Lutzmannsburg“ konnten eine Reihe weiterer betrieblicher Investitionen (gewerblich, Privatzimmer)

und Potenziale für die Vermarktung regionseigener Produkte nachgezogen werden. Träger des Leitprojektes „Sonnentherme Lutzmannsburg“ war in der Anfangsphase das Land Burgenland, später die WIBAG. Die Förderung der Therme erfolgte bereits im ersten Ziel 1-Programm (1995–1999).

- Die Eröffnung der Therme erfolgte nach fünfjähriger Vorlaufzeit im Jahr 1994, 1999 erfolgte eine wesentliche Erweiterung. 2003 wurde die zweite Erweiterungsstufe der Therme eröffnet.
- Um im Netz der Thermenstandorte Südösterrösterreichs ein spezielles Angebot zu schaffen, wurde

eine Ausrichtung vor allem auf Familien mit Kleinkindern vorgenommen, wodurch eine für die Region neue touristische Gästegruppe erschlossen werden konnte.

- Rund um das Impulsprojekt „Sonnentherme Lutzmannsburg“ wurde begleitend ein Cluster von Projekten (Therme, hoch qualitative Hotels und Pensionen, touristische Infrastruktur, ...) entwickelt und gefördert.

In den beiden Förderprogrammen in den Jahren 1995–2006 wurden 30,2 Mio. Euro für die Region zugesagt. Davon entfallen 29 Mio. Euro auf touristische Projekte, die weiteren Investitionen wurden bspw. in der Landwirtschaft vorgenommen. Es wurden insgesamt Projektinvestitionen von mehr als 82 Mio. Euro in der Region unterstützt. Die Evaluierung der Projektförderung zeigt, dass

- unmittelbar in der Region Lutzmannsburg/Frankenau die Nächtigungszahl von 1.603 (1996) auf 244.516 (2006) gestiegen ist und rund 290 neue permanente Arbeitsplätze geschaffen wurden;
- damit verbundene Steuerrückflüsse gestiegen sind. Für die Region bedeutet dies rd. 2 Mio. Euro Einnahmen aus der lohnsummenabhängigen Kommunalsteuer in zehn Jahren, für Österreich insgesamt rd. 43 Mio. Euro zusätzliche Lohn- und

Einkommensteuer, Sozialabgaben sowie Gewinnsteuern. Durch die Integration bislang nicht in Beschäftigung befindlicher Personen konnte auch das Budget des Arbeitsmarktservices entlastet werden.

- bis 2020 bei den geförderten Betrieben von einem zusätzlichen Umsatz von knapp 400 Mio. Euro ausgegangen wird. Auch unter Berücksichtigung von weiteren Förderungen im Rahmen des Phasing-Out-Programms dürfte der volkswirtschaftliche Output bis 2020 bei zusätzlich 200 Mio. Euro liegen. Die Berechnungen stellen insofern Bruttoeffekte dar, als etwaige Verdrängungseffekte im Thermentourismus bzw. am Arbeitsmarkt dabei nicht berücksichtigt sind.

Damit wurden auch positive Auswirkungen auf die Anzahl der unselbstständig Beschäftigten, die Arbeitslosen- und die PendlerInnenquote, sowie auf die Kaufkraft der Region erreicht. Die Zahl der unselbstständig Beschäftigten stieg zwischen 1995 und 2006 um 7 %. 57 % der neuen Arbeitsplätze entfallen auf jene in geförderten Betrieben, die übrigen wurden durch die Steigerung der Gäste und Nächtigungen in der Region indirekt im Einzelhandel, der Gastronomie oder den persönlichen Dienstleistungen bzw. bei LieferantInnen der FördernehmerInnen in der Region geschaffen.

Programm	Ziel 1 2000–2006 Burgenland
Maßnahme	Tourismus und Kultur: touristische Destinationsentwicklung
Finanzierung	Geförderte Projektkosten für 5 Projekte: Euro 11.781.400, davon EU-Kofinanzierung (EFRE): Euro 2.145.500; Nationale öffentliche Mittel: Euro 997.000; Andere Mittel: Euro 8.666.200 <sup>54</sup>
Kontaktdaten	Wirtschaftsservice Burgenland AG; Technologiezentrum, Marktstraße 3, A-7000 Eisenstadt; office@wibag.at; <a href="http://www.wibag.at">http://www.wibag.at</a> , <a href="http://www.thermenwelt.at">http://www.thermenwelt.at</a>

## A.5 Science Center inatura weckt Neugier für Technikberufe

Um junge Menschen wieder verstärkt für Technik und Naturwissenschaften zu begeistern, wurde im Zusammenwirken zwischen Wirtschaft und öffentlicher Hand eine neue Form von „Science Zone“ in der erlebnisorientierten Naturschau inatura Dornbirn entwickelt. Die inatura ist sowohl Erlebnisausstellung als auch Dokumentationszentrum über die Natur.

Die inatura wurde um ein Science Center erweitert. Mehr als 40 interaktive Stationen in sechs „Science Zones“ bringen physikalische, technische und mechanische Phänomene auf spielerische Art näher und laden ein, Physik und Technik mit den eigenen Sinnen verstehen zu lernen. Wissenschaft und Technik

werden damit erlebbar gemacht. Mit dem Science Center öffnet sich für Kinder und Jugendliche ein spannendes Blickfeld auf die faszinierende Welt der Technik, das neugierig und Lust auf Mehr macht. Leitthema des Science Center in der inatura ist „Energie“, ein Themenschwerpunkt mit besonderen Entwicklungspotenzialen in Vorarlberg.

Angestrebt wird damit ein Doppelnutzen zur Bildung und Entwicklung von Neugier für Technik und Naturwissenschaften für Jugendliche und die Schaffung eines touristischen Angebotes in der Region. Schulen aller Stufen und Typen haben die inatura als Exkursionsziel neu entdeckt. Mit dem großen Interesse speziell bei jungen Menschen und Ausbildungseinrichtungen bestätigt sich nicht nur das Ausstellungskonzept, sondern erfüllt sich auch ein wichtiges Ziel der InitiatorInnen: Die Jugend für Natur und Technik zu

<sup>54</sup> Insbesondere auch in der laufenden Programmperiode wurden bereits weitere Investitionen getätigt, die mit EU-, Landes- und Bundesmitteln unterstützt wurden. Dementsprechend ist auch bereits von höheren Wirkungen auszugehen.

sensibilisieren. Im ersten Halbjahr 2009 konnte die inatura die BesucherInnenzahlen gegenüber den Vorjahren um mehr als 20 % steigern.

Zum „Good practice“-Beispiel wird das Projekt auch aufgrund des Engagements der Wirtschaft. Neben der Finanzierung durch das Land Vorarlberg und EU-

Strukturfondsmittel wurde die Umsetzung überwiegend durch die Finanzierung regionaler Wirtschaftsunternehmen ermöglicht. Die Unternehmen engagieren sich dabei hinsichtlich eines Bildungsthemas und unterstützen die regionale Entwicklung durch die Schaffung einer neuen touristischen Infrastruktur.

Programm	Regionale Wettbewerbsfähigkeit Vorarlberg 2007–2013
Maßnahme	Science Center – inatura Dornbirn AF 1.2. Förderung von Einrichtungen für Technologie, Forschung und Wirtschaft
Finanzierung	Gesamtkosten: Euro 700.000, davon EU-Kofinanzierung (EFRE): Euro 105.000; Nationale öffentliche Mittel: Euro 105. 000; Andere Mittel: Euro 490.000
Kontaktdaten	inatura Erlebnis Naturschau GmbH, Jahnstraße 9, 6850 Dornbirn Amt der Vorarlberger Landesregierung, Abteilung VIa-Allgemeine Wirtschaftsangelegenheiten; Römerstraße 15, 6900 Bregenz <a href="http://www.inatura.at/Science-Center.7563.0.html">http://www.inatura.at/Science-Center.7563.0.html</a>

## B EU-KOHÄSIONSPOLITIK IN ÖSTERREICH 1995-2007 - EINE BILANZ

Im Rahmen des STRAT.ATplus-Prozesses wurde eine Reflexion der österreichischen Erfahrungen mit der EU-Regionalpolitik und den Strukturfondsförderungen durchgeführt. Die Basis dazu bildete eine quantitativ orientierte Pilotstudie des Österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitutes sowie eine Zusammenschau von EvaluatorenInnen aus dem Bereich der Regional-, Arbeitsmarkt- und ländlichen Entwicklungspolitik. Die Ergebnisse wurden im Rahmen eines STRAT.ATplus-Forums diskutiert und im Rahmen der ÖROK-Schriftenreihe publiziert ([www.oerok.gv.at](http://www.oerok.gv.at)). Folgende Einschätzungen konnten gewonnen werden:

Im Hinblick auf das Kernziel der EU-Regionalpolitik „regionale Konvergenz“ kam die quantitativ ausgerichtete Pilotstudie des WIFO zu ermutigenden Ergebnissen. So ist seit dem EU-Beitritt ein Aufholen der geförderten Regionen im Bereich der Beschäftigung und des Arbeitsmarktes beobachtbar. Die geförderten Regionen entwickelten sich signifikant besser als die nicht-geförderten Regionen und die Wachstumsdifferenziale in der Beschäftigungsentwicklung haben sich seit dem EU-Beitritt positiv verändert. Keine signifikanten Aufholprozesse waren jedoch in der Produktivitätsleistung der geförderten Regionen erkennbar.

Die qualitativen Betrachtungen führten zum Schluss, dass sich die Entwicklungsbedingungen der Regionen durch das Entstehen regionaler intermediärer Einrichtungen und einer Reihe von dezentralen Aktivierungsstrukturen verbessert haben. Es wurden institutionelle Defizite auf regionaler Ebene abgedeckt. Die Möglichkeiten für eine gezieltere Multilevel-Governance haben sich verbessert, die Anschlussfähigkeit der Regionen an nationale und internationale Entwicklungen und Programme erhöht.

Im Hinblick auf die Abwicklungsstrukturen ist es erfolgreich gelungen, das Strukturfondsregulativ rasch und effizient in die österreichische Administration zu integrieren. Der Weg dazu lag – anders als vielfach in anderen Mitgliedstaaten – in der vollständigen Integration der Fonds-Administration in die bestehende Förderungslandschaft. Im Hinblick auf Abwicklung, Ausschöpfung und Fehlervermeidung der Programme ist Österreich in Europa sehr gut positioniert.

Die Übernahme des Regulativs unterstützte die Optimierung und Professionalisierung des Verwaltungssystems in den betroffenen Politikfeldern (verbesserte Koordination, Entflechtung des Förderungsdschungels in der Regional- und Wirtschaftsförderung) und setzte Impulse für strukturierteres und systematischeres Lernen (Evaluierung, Monitoring), wobei insbesondere die intensiven Evaluierungsbemühungen im ESF und deren Ausweitung auf die nationale Arbeitsmarktpolitik und -förderung hervorzuheben sind.

Es wurde aber auch gezeigt, dass das Verhältnis von Planung, Flexibilität in der Umsetzung und notwendiger Kontrolle aus der Balance geraten ist. Verstärkt wurde dies in Österreich durch eine Integration einer großen Zahl an Förderungsstellen und dem damit verbundenen hohen Aneignungsaufwand für das Strukturfondsregulativ. Durch den hohen Aufwand schränkt das System der EU-Regionalförderung die Freiräume für inhaltlich-strategische Diskussionen ein, es dominiert die Auseinandersetzung mit abwicklungstechnischen Fragen. Dies führt zu einer vermehrt negativen Haltung gegenüber EU-Mitteln und einem risikoaversen Förderungsverhalten.

Innovationsimpulse für die Politikfelder gingen stärker von kleineren Programmen einiger Gemeinschaftsinitiativen und von Pilot- und Aktionsprogrammen aus. Diese stellten eine Politikinnovation per se in Österreich dar (bspw. territoriale Kooperationen), schufen Experimentierräume und luden dazu ein, Neues zu probieren. Infolge der vollständigen Integration der Gemeinschaftsinitiativen in die Zielprogramme dürfte aber die Gefahr der Verstärkung des Mainstream-Charakters der Strukturfonds weiter steigen.

Zusammenfassend zeigten die bisherigen Erfahrungen also positive Impulse für die Regional- und Strukturpolitik, die zu verbesserten Rahmenbedingungen für Regionen und für regional orientierte Politikfelder führten und einen Aufholprozess der geförderten Regionen in Beschäftigung und Arbeitsmarkt unterstützten. Im Kern musste sich die Umsetzung regionalpolitischer Programme jedoch auf einen „guten österreichischen Mainstream“ beschränken. Will man die Innovations- und Impulskraft der Strukturfondsprogramme stärken, braucht es eine neue

Balance zwischen strategisch ausgerichteter Planung, Flexibilität in der Umsetzung und notwendigen Kontrollmechanismen. Es braucht Rahmenbedingungen von EU- und nationaler Seite, die eine höhere Risikobereitschaft zulassen und damit auch klare durchsetzungsfähige Strategien ermöglichen.

Abb. 17: Strukturfonds in Österreich - Effekte, Impulse und Grenzen

	Impulse	Grenzen
<b>Kernziel der europäischen Regionalpolitik: Konvergenz 1995–2006</b>		
<b>Abbau regionaler Disparitäten</b>	positive Entwicklungsimpulse seit 1995 in den geförderten Regionen insbesondere für Beschäftigung und Arbeitsmarkt (im Vergleich zu nicht-geförderten Regionen)	Keine signifikanten Aufholprozesse in der Produktivitätsleistung der geförderten Regionen
<b>Regionales Capacity Building</b>	Verbreiterung des regionalen Entwicklungsverständnisses und Impulse für erhöhte Anschluss- und Organisationsfähigkeit von Regionen Neue Akteure auf regionaler Ebene (Regionalmanagement, TEPs, grenzüberschreitende Netzwerke) als Basis für Multilevel-Governance und Vernetzung von Politikfeldern	Dichtes Netz an Einrichtungen mit zunehmenden Bedarf an Meta-Koordination und Funktionsklärungen
<b>Weitere Effekte</b>		
<b>Policies</b>	Verbessertes Profil der Regionalpolitik (größerer politischer Stellenwert) Abbau von Widerständen gegen bottom-up-orientierte regionalpolitische Ansätze Thematischer Einfluss (insbes. Umwelt, Chancengleichheit, F&E, Innovation) auf die Regionalpolitik, Politikinnovationen, v. a. durch kleinere Programme und Gemeinschaftsinitiativen Klare Herausarbeitung eines ESF-Profiles in der Arbeitsmarktpolitik – neue Interventionsformen und Träger; Vernetzung mit anderen Politikfeldern: Impulse für Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik Fokussierung der Agrarpolitik auf die ländliche Entwicklung – nicht auf Marktordnungsausgaben Informationsaustausch und Integration von externem Know-how	Wenig Möglichkeiten für „policy learning and experimentation“ Strukturkonservatismus der Mainstream-Programme (Ausnahme ESF) Eher punktuelle Investitionsverstärkung anstelle konsistenter räumlicher Strategien durch die regionalpolitisch orientierten Programme Konzentration auf eher traditionelle Interventionsinstrumente (einzelbetriebliche, bottom-up-orientierte Förderungen) in den ersten beiden SF-Perioden Wenig Nutzung der Möglichkeiten für innovative Maßnahmen, kaum strategische Überlegungen zur Steigerung der innovativen Maßnahmen Konzentration der ländlichen Entwicklung auf landwirtschaftliche Betriebe
<b>Administration und Partnerschaft</b>	Verbesserte vertikale und (in Teilbereichen) horizontale Koordination Impulse für die Standardisierung, Transparenz und Professionalisierung der Förderungsabwicklung, insb. Regionalpolitik, aber auch Agrar- und Arbeitsmarktpolitik	Reform des Systems der Regional-, Wirtschafts- und Technologieförderung musste von innen heraus erfolgen
<b>Wirkungen auf den Policy Cycle</b>	Vermehrte konzeptive und programmatische Auseinandersetzung mit Problemstellungen Planbarkeit durch mehrjährige Finanzplanung Auf- und Ausbau des Monitoring; Stärkung der Evaluierungskultur	Hoher Administrations- und Bürokratieaufwand auf Programmebene und Projektebene für Förderungsstellen und -nehmerInnen

# C SOZIOÖKONOMISCHE ANALYSE - MATERIALIEN

## C.1 Die Entwicklung in Österreich im europäischen Kontext

Abb. 18: Ausgewählte Kernindikatoren - Österreich im europäischen Kontext

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Wachstumsrate des BIP-Volumens – prozentuale Veränderung relativ zum Vorjahr</b>							
EU (27 Länder)	2,5	2,0	3,1	2,9	0,9	-4,0	-0,10
EU (15 Länder)	2,3	1,8	2,9	2,7	0,7	-4,0	-0,10
Eurozone	2,1	1,7	2,9	2,6	0,8	-4,0	-0,10
Österreich	2,5	2,9	3,4	3,1	1,8	-4,0	-0,10
<b>BIP pro Kopf in KKS – BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards (KKS) (EU-27 = 100)</b>							
EU (25 Länder)	104,2	104,1	103,9	103,7	103,7	n. v.	
EU (15 Länder)	113,2	112,8	112,2	111,7	110,3		
Eurozone***	110,6	110,7	110,3	109,7	:		
Österreich	126,8	124,7	124,3	123,8	124,7		
EU (27 Länder)	63,0	63,6	64,5	65,4	65,9	n. v.	
EU (25 Länder)	63,4	64,0	64,9	65,8	66,3		
EU (15 Länder)	64,8	65,4	66,2	67,0	67,3		
Eurozone	63,1	63,7	64,7	65,6	66,1		
Österreich	67,8	68,6	70,2	71,4	72,1		
<b>Jährliche prozentuale Veränderung der Gesamtbeschäftigung</b>							
EU (27 Länder)	0,7	1,0	1,6	1,8	0,9	-2,6	-1,4
EU (25 Länder)	0,8	1,1	1,7	1,9	0,9	n. v.	n.v.
EU (15 Länder)	0,8	1,0	1,5	1,7	0,8	n.v.	n.v.
Eurozone	0,8	1,0	1,6	1,8	0,8	-2,6	-1,5
Österreich	0,4	1,1	1,5	1,7	1,6	-2,7	-0,9
<b>Arbeitslosenquote insgesamt</b>							
EU (27 Länder)	9,0	8,9	8,2	7,1	7,0	9,4	10,9
EU (25 Länder)	9,0	8,9	8,2	7,2	:	n.v.	n.v.
EU (15 Länder)	8,1	8,1	7,7	7,0	:	n.v.	n.v.
Eurozone	8,8	8,9	8,3	7,4	7,5	9,9	11,5
Österreich	4,9	5,2	4,8	4,4	3,8	6,0	7,1
<b>Regionales Bruttoinlandsprodukt (KKS je EinwohnerIn in % des EU-27-Durchschnitts), nach NUTS 2-Regionen<sup>55</sup></b>							
	<b>2002</b>	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>	n. v.	
Burgenland	84,9	85,8	87,0	84,0	82,1		
Niederösterreich	100,5	101,8	103,5	100,7	101,4		
Wien	180,2	178,4	174,0	169,7	165,9		
Kärnten	104,6	105,0	106,6	104,7	106,0		
Steiermark	105,5	107,5	108,5	106,9	107,6		
Oberösterreich	120,6	121,6	121,8	121,6	121,3		
Salzburg	139,0	140,0	141,5	138,8	139,4		
Tirol	129,1	130,1	129,5	129,8	129,9		
Vorarlberg	132,0	130,9	131,4	129,5	129,5		

## C.2 Die Entwicklung innerhalb Österreichs – Bundesländerebene

Abb. 19: Ausgewählte Kernindikatoren – Entwicklung innerhalb Österreichs

Jahr	Österreich	Bgld	Kärnten	NÖ	OÖ	Slbg	Stmk	Tirol	Vlbg	Wien
<b>Jahresdurchschnittsbevölkerung nach Bundesland – Insgesamt</b>										
2004	8.169.441	277.387	558.431	1.562.913	1.391.321	520.745	1.194.368	685.505	358.521	1.620.250
2005	8.225.278	278.466	559.093	1.574.536	1.397.572	523.356	1.198.543	690.668	361.391	1.641.653
2006	8.267.948	279.590	559.453	1.584.525	1.402.281	525.300	1.201.495	695.296	363.389	1.656.619
2007	8.300.954	280.577	560.118	1.593.032	1.405.535	526.570	1.203.770	698.377	365.155	1.667.820
2008	8.336.549	282.172	560.579	1.601.183	1.409.123	528.276	1.206.206	702.063	366.777	1.680.170
Entwicklung										
2004–2008	2,05%	1,73%	0,38%	2,45%	1,28%	1,45%	0,99%	2,42%	2,30%	3,70%
<b>AusländerInnenanteil nach Bundesländern in %</b>										
2004	9,3%	4,4%	6,0%	6,2%	7,3%	11,7%	5,3%	9,7%	12,8%	17,4%
2005	9,6%	4,5%	6,1%	6,3%	7,4%	11,8%	5,4%	9,8%	12,7%	18,0%
2006	9,7%	4,5%	6,1%	6,4%	7,3%	11,8%	5,6%	9,9%	12,6%	18,4%
2007	9,9%	4,7%	6,3%	6,4%	7,4%	11,9%	5,8%	10,0%	12,6%	18,9%
2008	10,2%	5,0%	6,6%	6,6%	7,7%	12,2%	6,1%	10,3%	12,7%	19,7%
Entwicklung										
2004–2008	9,55%	14,94%	9,68%	5,41%	6,29%	3,98%	16,55%	5,97%	-0,74%	12,87%
<b>Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt</b>										
2004	243.876	7.978	16.925	40.507	26.181	11.809	33.165	16.368	8.918	82.025
2005	252.650	8.411	17.640	42.599	28.024	11.946	35.221	17.439	9.935	81.435
2006	239.169	7.996	17.256	40.284	25.701	10.719	33.168	16.701	9.256	78.088
2007	222.245	7.277	16.277	37.360	22.318	9.752	31.942	16.410	8.646	72.263
2008	212.246	7.212	16.253	35.173	21.653	9.758	30.895	16.396	8.420	66.486
Entwicklung										
2004–2008	-12,97%	-9,60%	-3,97%	-13,17%	-17,29%	-17,37%	-6,84%	0,17%	-5,58%	-18,94%
<b>Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt</b>										
2004	7,1	8,7	7,9	7,1	4,5	5,1	7	5,6	6,1	9,8
2005	7,3	9	8,2	7,4	4,7	5,1	7,3	5,8	6,7	9,7
2006	6,8	8,5	7,9	6,9	4,3	4,5	6,8	5,5	6,2	9,3
2007	6,2	7,6	7,3	6,3	3,6	4	6,4	5,3	5,7	8,5
2008	5,8	7,4	7,2	5,9	3,5	3,9	6,1	5,2	5,5	7,8
Entwicklung										
2004–2008	-18,31%	-14,94%	-8,86%	-16,90%	-22,22%	-23,53%	-12,86%	-7,14%	-9,84%	-20,41%
<b>Erwerbsquote im Jahresdurchschnitt</b>										
2004	68,6	56,8	63,8	61,4	69,4	72	66,2	69,2	65,6	79
2005	69,2	57,6	64,8	62,2	70,1	72,6	67,3	70,1	66,3	78,7
2006	69,6	57,8	65,7	62,5	70,9	73,5	67,8	70,9	66,8	78,5
2007	70,2	58,1	66,4	62,9	71,7	74,4	68,7	71,7	67,4	78,5
2008	71,2	58,9	67,3	63,6	73,1	75,9	69,9	73	68	79,3
Entwicklung										
2004–2008	3,79%	3,70%	5,49%	3,58%	5,33%	5,42%	5,59%	5,49%	3,66%	0,38%
<b>Bruttoregionalprodukt absolut in Mio. Euro, laufende Preise</b>										
2004	232.782	5.421	13.398	36.355	38.118	16.674	29.131	20.057	10.606	63.021
2005	244.453	5.573	13.957	37.740	40.470	17.409	30.524	21.445	11.155	66.179
2006	257.294	5.739	14.838	40.158	42.560	18.427	32.355	22.683	11.790	68.743
Entwicklung										
2004–2006	10,53%	5,87%	10,75%	10,46%	11,65%	10,51%	11,07%	13,09%	11,16%	9,08%

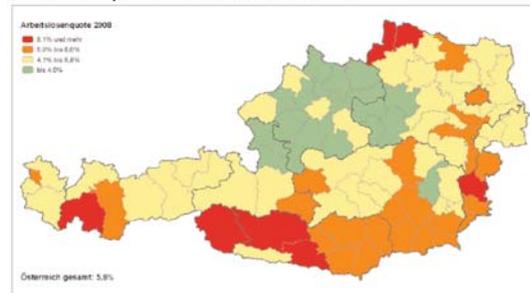
Abb. 19: Ausgewählte Kernindikatoren - Entwicklung innerhalb Österreichs

Jahr	Österreich	Bgld	Kärnten	NÖ	OÖ	Slbg	Stmk	Tirol	Vlbg	Wien
<b>Bruttoregionalprodukt je EinwohnerIn, laufende Preise</b>										
2004	28.500	19.500	23.900	23.200	27.400	31.800	24.400	29.100	29.500	39.100
2005	29.700	20.000	24.900	24.000	28.900	33.000	25.400	30.900	30.800	40.400
2006	31.100	20.500	26.500	25.300	30.300	34.800	26.900	32.500	32.400	41.500
<b>Entwicklung</b>										
2004-2006	9,12%	5,13%	10,88%	9,05%	10,58%	9,43%	10,25%	11,68%	9,83%	6,14%

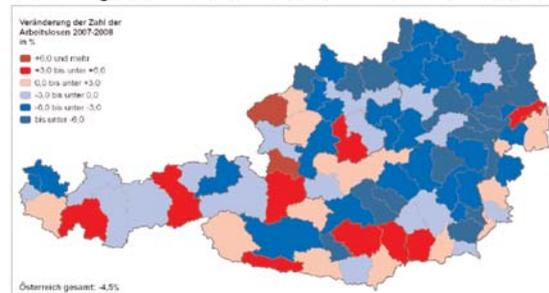
Quelle: Europäische Kommission, 2009

Abb. 20: Entwicklung regionaler Arbeitsmarktindikatoren 2008-2009

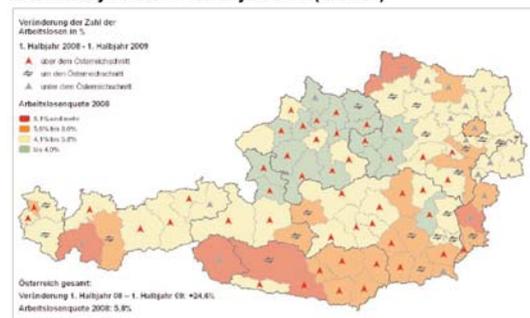
Arbeitslosenquote 2008 nach Arbeitsmarktbezirken



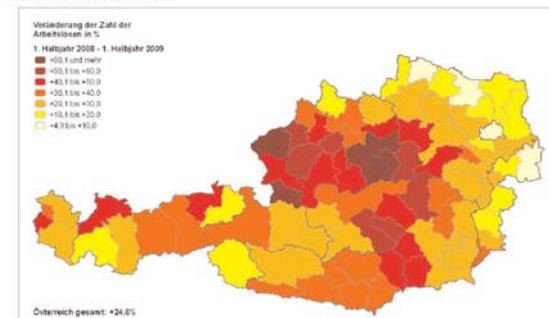
Veränderung der Zahl der Arbeitslosen 2007-2008 in % nach Arbeitsmarktbezirken



Arbeitslosenquote 2008 und Veränderung der Zahl der Arbeitslosen in % 1. Halbjahr 2008 - 1. Halbjahr 2009 (Entwurf)



Veränderung der Zahl der Arbeitslosen in % 1. Halbjahr 2008 - 1. Halbjahr 2009 nach Arbeitsmarktbezirken



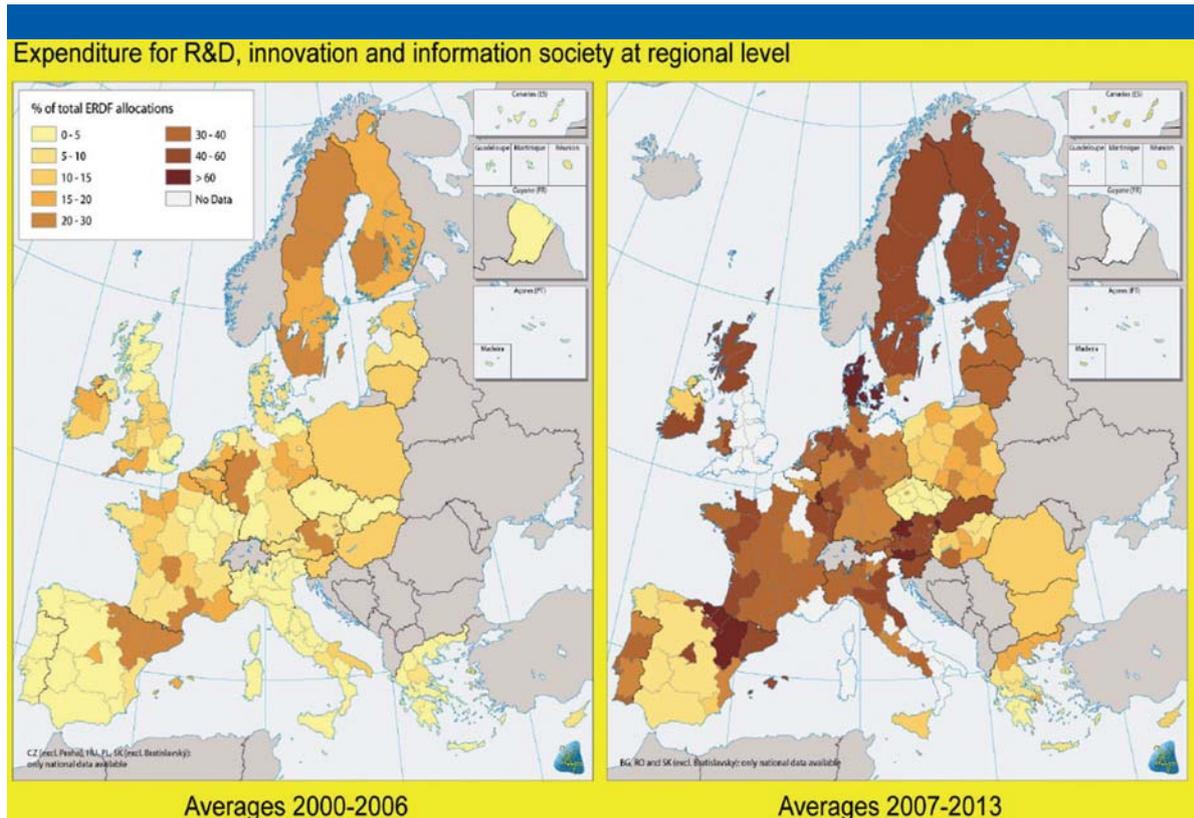
Quelle: ÖROK-Atlas

55 Wird das BIP in KKS (Kaufkraftstandards) ausgedrückt, so werden die Unterschiede der Preisniveaus zwischen den Ländern ausgeschaltet. Berechnungen auf Basis je EinwohnerIn ermöglichen den Vergleich von Volkswirtschaften und Regionen von erheblich unterschiedlicher absoluter Größe. Die Daten beziehen sich auf KKS je EinwohnerIn in % des EU-27-Durchschnitts. Aufgrund der überdurchschnittlichen Wachstumsraten gemessen an den Kaufkraftstandards in den Erweiterungsländern ist ein europäischer Konvergenzprozess beobachtbar, wodurch die Indexwerte der Regionen Österreichs gegenüber dem Ausgangsjahr 2002 gedrückt werden. Zudem sind zum Teil Bevölkerungszuwächse in Österreich bspw. in Wien zu berücksichtigen, die den Index-Wert KKS je EinwohnerIn nach unten drückt. Zu beachten ist, dass es sich hier um eine relative Entwicklung handelt. Wie Abbildung 19 zeigt, steigt das Bruttoregionalprodukt absolut und bezogen auf die EinwohnerInnenzahl an.



# D ERGÄNZENDE ABBILDUNGEN ZU DEN PROGRAMMEN

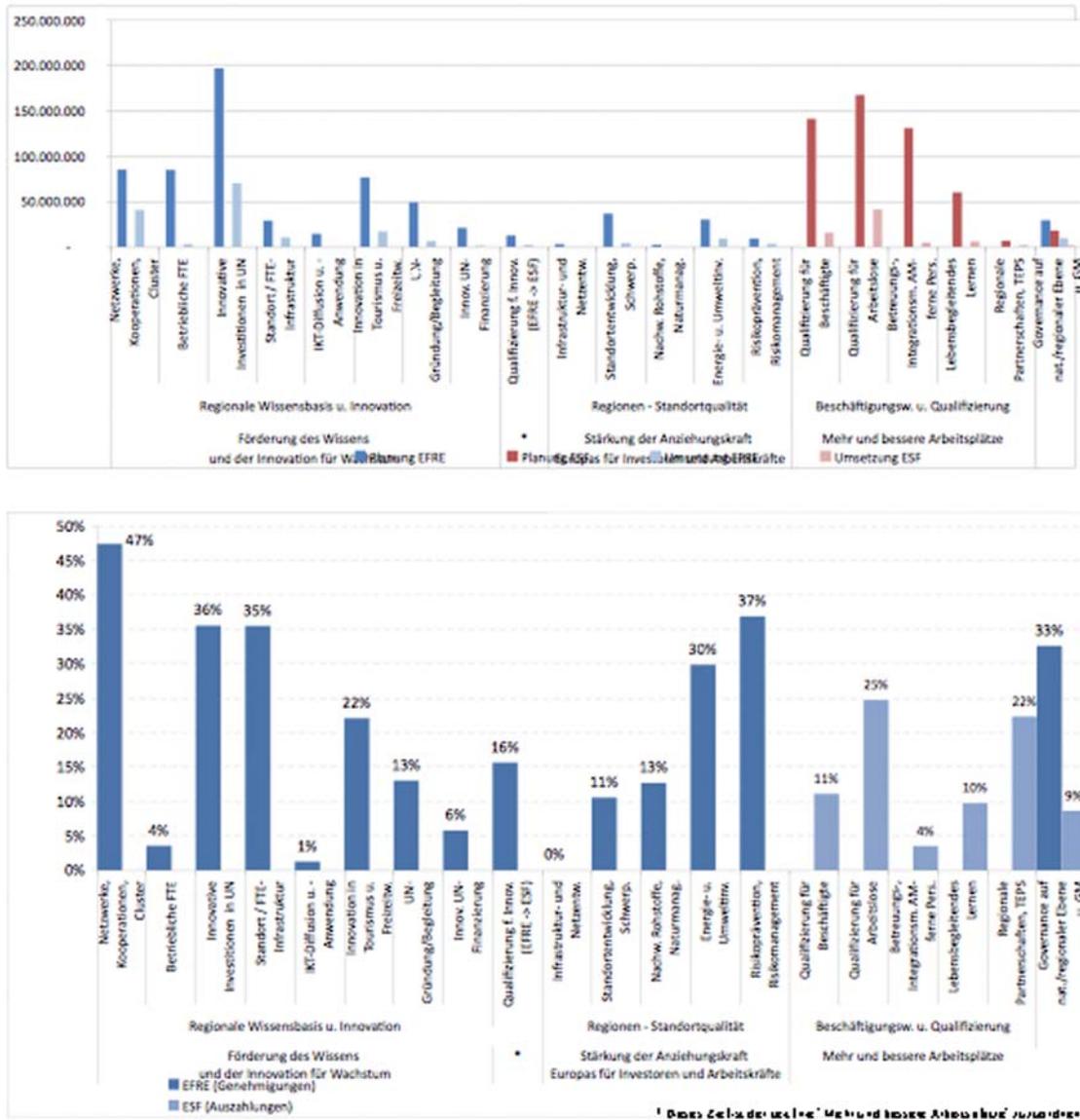
## D.1 Geplante EU-Mittelanteile für FTI und Informationsgesellschaft



Quelle: Landabaso 2009

## D.2 EU-Mittelverteilung im Hinblick auf STRAT.AT und Kohäsionsleitlinien

Abb. 21: Beiträge der österreichischen RWB und Phasing-Out Programme zu den strategischen KHL; Teil A: Absolut (Planung und Umsetzung); Teil B: Umsetzung in %



Quelle: ATMOS-Monitoring bei awserp-fonds; Datenstand 30. 09. 2009; ESF-Monitoring (2. Q. 2009), eigene Konzeption und Berechnung, 2009.

### D.3 Umsetzungstabellen lt. COCOF-Leitlinien

Tabelle gem. Anhang II der Informationsnote der EK „Indikative Struktur der nationalen Strategieberichte 2009“

(Vorlage aus der endgültige Fassung vom 18.05.2009/COCOF 09/0018/01-DE)

Hinweis: Die in der Tabelle aufgenommenen Werte betreffen ausschließlich die Strukturfonds-Mittel zu den angeführten EU-Programmen

		1		2	3	4	5	6	7
Land	CCI	OP	Quelle d. Mittel	Gesamtbetrag EU-Mittel 2007–2013 (€)	Voraus- zahlun- gen (€)	Mittelzu- weisungen für ausge- wählte Vor- haben (€)	Spalte 4 als % von Spalte 2	Der Kommission gemeldete Aus- gaben (€) einge- (gangene Zwischen- zahlungsanträge)	Spalte 6 als % von Spalte 2
Ö	2007AT051PO001	OP Bgld 2007–2013: Ziel Konvergenz/ Phasing-Out/ESF	ESF	52.140.000	3.910.500	26.674.026	51,2%	7.208.371	13,8%
Ö	2007AT052PO001	Operationelles Programm Beschäftigung Österr 2007–2013	ESF	472.272.560	35.420.442	220.524.717	46,7%	0	0,0%
Ö	2007AT161PO001	OP Bgld 2007–2013: Ziel Konvergenz/ Phasing Out/EFRE	ERDF	125.026.964	9.377.022	13.775.251	11,0%	2.911.135	2,3%
Ö	2007AT162PO001	OP NÖ 2007–2013: Ziel RWB/EFRE	ERDF	145.646.798	10.923.510	45.044.327	30,9%	7.424.424	5,1%
Ö	2007AT162PO002	OP OÖ 2007–2013: Ziel RWB/EFRE	ERDF	95.543.517	7.165.764	38.866.948	40,7%	1.420.120	1,5%
Ö	2007AT162PO003	OP VlbG 2007–2013: Ziel RWB/EFRE	ERDF	17.660.129	1.324.510	4.213.554	23,9%	1.150.400	6,5%
Ö	2007AT162PO004	OP Wien 2007–2013: Ziel RWB/EFRE	ERDF	25.151.861	1.886.390	5.553.052	22,1%	40.644	0,2%
Ö	2007AT162PO005	OP Knt 2007–2013: Ziel RWB/EFRE	ERDF	67.388.430	5.054.132	12.242.064	18,2%	2.560.586	3,8%
Ö	2007AT162PO006	OP Slbg 2007–2013: Ziel RWB/EFRE	ERDF	13.813.480	1.036.011	3.794.425	27,5%	559.523	4,1%
Ö	2007AT162PO007	OP Stmk 2007–2013: Ziel RWB/EFRE	ERDF	155.061.854	11.629.639	43.472.292	28,0%	9.623.449	6,2%
Ö	2007AT162PO008	OP Tirol 2007–2013: Ziel RWB/EFRE	ERDF	34.772.988	2.607.974	9.530.130	27,4%	2.290.669	6,6%

Code	Priority Theme Description	Community-Allocated in OP - Euro	of total allocated	Community amount Allocated to selected - operations - Euro	of total allocated
1	FTE-Tätigkeiten in Forschungszentren	46.918.095	3,90	24.260.792	9,82
2	FTE-Infrastrukturen und technologie-spezifische Kompetenzzentren	26.290.602	2,20	10.323.689	4,18
3	Technologietransfer und Verbesserung der Kooperationsnetze ...	38.444.043	3,20	16.200.106	6,55
4	FTE-Förderung, insbesondere in KMU (einschließlich des Zugangs zu FTE-Diensten in Forschungszentren)	84.801.783	7,00	3.006.939	1,22
5	Fortgeschrittene Unterstützungsdienste für Unternehmen oder Unternehmens-zusammenschlüsse	48.982.061	4,10	6.399.860	2,59
6	Unterstützung von KMU zur Förderung umweltfreundlicher Produkte und Produktionsverfahren (...)	31.209.693	2,60	1.645.642	0,67
7	Unternehmensinvestitionen mit direktem Bezug zu Forschung und Innovation (...)	123.249.384	10,20	41.045.655	16,61
8	Sonstige Unternehmensinvestitionen	104.644.477	8,70	40.140.591	16,24
9	Andere Maßnahmen zur Förderung von Forschung, Innovation und Unternehme-geist in KMU	22.663.773	1,90	1.367.043	0,55
10	Telefoninfrastrukturen (einschließlich Breitband)	501.000	-/-	0	-/-
11	Informations- und Kommunikationstechnologien (...)	4.233.449	0,40	0	-/-
12	Informations- und Kommunikationstechnologien (TEN-IKT)		-/-	0	-/-
13	Dienste und Anwendungen für die BürgerInnen (Online-Gesundheits- und Behördendienste, Lernen mit elektronischen Hilfsmitteln, Eingliederung in die Informationsgesellschaft usw.)		-/-	0	-/-
14	Dienste und Anwendungen für KMU (elektronischer Geschäftsverkehr, allgemeine und berufliche Bildung, Vernetzung usw.)	7.676.631	0,60	180.000	0,07
15	Andere Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs von KMU zur IKT und deren effizienter Nutzung	6.659.005	0,60	0	-/-
16	Schienenverkehr	3.000.000	0,20	0	-/-
17	Schienenverkehr (TEN-T)		-/-	0	-/-
18	Rollendes Material		-/-	0	-/-
19	Rollendes Material (TEN-T)		-/-	0	-/-
20	Autobahnen		-/-	0	-/-
21	Autobahnen (TEN-T)		-/-	0	-/-
22	Bundesstraßen		-/-	0	-/-
23	Land- und Gemeindestraßen		-/-	0	-/-
24	Fahrradwege		-/-	0	-/-
25	Städtischer Nahverkehr		-/-	0	-/-
26	Kombinierter Verkehr	1.100.000	0,10	0	-/-
27	Kombinierter Verkehr (TEN-T)		-/-	0	-/-
28	Intelligente Beförderungssysteme	1.458.808	0,10	154.888	0,06
29	Flughäfen		-/-	0	-/-
30	Häfen	2.800.000	0,20	0	-/-
31	(Regionale und lokale) Binnenwasserwege		-/-	0	-/-
32	Binnenwasserwege (TEN-T)		-/-	0	-/-

Code	Priority Theme Description	Community-Allocated in OP - Euro	of total allocated	Community amount Allocated to selected - operations - Euro	of total allocated
33	Elektrizität		-/-	0	-/-
34	Elektrizität (TEN-E)		-/-	0	-/-
35	Erdgas		-/-	0	-/-
36	Erdgas (TEN-E)		-/-	0	-/-
37	Mineralölerzeugnisse		-/-	0	-/-
38	Mineralölerzeugnisse (TEN-E)		-/-	0	-/-
39	Erneuerbare Energien: Wind	65.000	-/-	0	-/-
40	Erneuerbare Energien: Sonne	6.638.629	0,60	114.392	0,05
41	Erneuerbare Energien: Biomasse	17.208.779	1,40	6.330.378	2,56
42	Erneuerbare Energien: Wasserkraft, Erdwärme u. a.	325.000	-/-	124.707	0,05
43	Energieeffizienz, Kraft-Wärme-Kopplung, Energiemanagement	5.956.013	0,50	2.442.117	0,99
44	Bewirtschaftung von Hausmüll und Industrieabfällen		-/-	0	-/-
45	Wasserbewirtschaftung und -verteilung (Trinkwasser)		-/-	0	-/-
46	Abwasserbehandlung (Abwässer)		-/-	0	-/-
47	Luftqualität		-/-	0	-/-
48	Integrierte Vorbeugung und Kontrolle von Umweltverschmutzung		-/-	0	-/-
49	Anpassung an den Klimawandel und Milderung seiner Auswirkungen		-/-	0	-/-
50	Sanierung von verschmutzten Industriegeländen und Flächen		-/-	0	-/-
51	Förderung der Biodiversität und des Naturschutzes (einschließlich Natura 2000)		-/-	0	-/-
52	Förderung des umweltfreundlichen Nahverkehrs		-/-	0	-/-
53	Risikoverhütung	9.074.950	0,80	3.346.804	1,35
54	Sonstige Umweltschutz- und Risikoverhütungsmaßnahmen		-/-	0	-/-
55	Förderung des natürlichen Erbes	175.000	-/-	275.426	0,11
56	Schutz und Aufwertung des natürlichen Erbes	2.000.000	0,20	0	-/-
57	Verbesserung der touristischen Dienstleistungen	9.021.229	0,70	2.410.550	0,98
58	Schutz und Erhaltung des Kulturerbes		-/-	0	-/-
59	Entwicklung kultureller Infrastruktur	6.503.500	0,50	472.215	0,19
60	Verbesserung der kulturellen Dienstleistungen	5.603.500	0,50	1.725.000	0,70
61	Integrierte Projekte zur Wiederbelebung städtischer und ländlicher Gebiete	20.790.928	1,70	3.084.906	1,25
62	Entwicklung von Systemen und Strategien für lebenslanges Lernen: Ausbildung und Dienste für Arbeitnehmer ...	150.890.275	12,50	17.662.248	7,15
63	Konzipierung und Verbreitung innovativer und produktiverer Formen der Arbeitsorganisation		-/-	0	-/-
64	Entwicklung spezifischer Dienste für Beschäftigung, Berufsbildung und Unterstützung im Zusammenhang mit der Umstrukturierung von Wirtschaftszweigen ...		-/-	0	-/-
65	Modernisierung und Stärkung der Arbeitsmarktinstitutionen		-/-	0	-/-

Code	Priority Theme Description	Community-Allocated in OP - Euro	of total allocated	Community amount Allocated to selected - operations - Euro	of total allocated
66	Durchführung aktiver und präventiver Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt	165.237.400	13,70	41.242.661	16,69
67	Maßnahmen zur Förderung des aktiven Alterns und zur Verlängerung des Arbeitslebens		-/-	0	-/-
68	Unterstützung von Selbständigkeit und Unternehmensgründungen	150.000	-/-	0	-/-
69	Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs von Frauen zur Beschäftigung, zur Erhöhung der dauerhaften Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben und zur Verbesserung ihres beruflichen Fortkommens ...	3.609.553	0,30	203.412	0,08
70	Spezifische Maßnahmen zur Förderung der Teilnahme von Migranten am Erwerbsleben ...	547.053	-/-	0	-/-
71	Konzepte für die Eingliederung oder Wiedereingliederung von benachteiligten Personen in das Erwerbsleben	132.125.831	11,00	4.624.871	1,87
72	Konzipierung, Einführung und Umsetzung von Reformen in den Systemen der allgemeinen und beruflichen Bildung ...	187.500	-/-	0	-/-
73	Maßnahmen im Hinblick auf eine verstärkte Teilnahme an der allgemeinen und beruflichen Bildung während des gesamten Lebens ...	59.268.000	4,90	5.832.491	2,36
74	Entwicklung des Humanpotenzials in den Bereichen Forschung und Innovation, insbesondere durch Postgraduiertenstudiengänge ...	412.500	-/-	0	-/-
75	Bildungsinfrastruktur	398.400	-/-	0	-/-
76	Gesundheitsinfrastruktur		-/-	0	-/-
77	Kinderbetreuungsinfrastruktur		-/-	0	-/-
78	Wohnungsbauinfrastruktur		-/-	0	-/-
79	Sonstige soziale Infrastrukturen		-/-	0	-/-
80	Förderung des Aufbaus von Partnerschaften, Bündnissen und Initiativen über die Vernetzung der maßgeblichen Akteure	17.740.473	1,50	4.558.753	1,84
81	Mechanismen zur Verbesserung der Konzeption von Politiken und Programmen, Begleitung und Evaluierung ...	5.167.251	0,40	1.448.870	0,59
82	Ausgleich für Zusatzkosten aufgrund von Zugänglichkeitsdefiziten und territorialer Fragmentierung		-/-	0	-/-
83	Spezifische Maßnahmen zum Ausgleich von Zusatzkosten aufgrund der Größe des Marktes		-/-	0	-/-
84	Förderung des Ausgleichs von Zusatzkosten aufgrund von Klimabedingungen und schwierigem Gelände		-/-	0	-/-
85	Vorbereitung, Durchführung, Begleitung und Kontrolle	18.905.668	1,60	3.473.406	1,41
86	Evaluierung und Studien; Information und Kommunikation	11.843.345	1,00	3.057.141	1,24
	<b>Total</b>	<b>1.204.478.581</b>		<b>247.155.551</b>	

From Annex

 = Earmarked Convergence and Competitiveness

 = Earmarked Convergence only

## E REAKTION AUF DEN „EUROPEAN RECOVERY PLAN“

Im Folgenden wird eine Einschätzung zu den Maßnahmenbereichen des „European Recovery Plan“<sup>56</sup> in Österreich gegeben. Die Fragestellungen basieren auf Guidelines, die im Rahmen des COCOF (Koordinierungsausschuss für die Fonds gemäß Artikel 103 der Allgemeinen Fondsverordnung (EG) Nr. 1083/2006)) diskutiert wurden. Vorangestellt ist ein kurzer Überblick:

→ Die zusätzlich über den „European Recovery Plan“ bereitgestellten 46 Millionen Euro werden im ELER eingesetzt werden. 15 Millionen Euro davon werden für den Ausbau von Breitband-Versorgung in ländlichen Regionen eingesetzt.

→ Die Maßnahmen im Bereich der Finanzierung („Vorauszahlungen“ etc.) kommen in Österreich nicht zur Anwendung bzw. erfolgen durch nationale Mittel. Dies gilt auch für die inhaltlichen Optionen im Bereich der Energieeffizienz oder neuer Finanzierungsformen, die im Rahmen der nationalen „Krisenpakete“ zur Anwendung kommen.

→ Die Berücksichtigung indirekter Kosten auf Basis von „flat rates“ und der „standard scales of unit costs“ sollen zur Anwendung kommen. Hierin wird eine wesentliche Erleichterung in der Förderung von Aktionen mit hoher Personalintensität gesehen, wie dies in Innovations- und F&E-Projekten der Fall ist.

### Finanzierung:

1. Werden im Rahmen der Kohäsionspolitik (2007–2009) gezahlte Vorschüsse zur Vorfinanzierung von Vorhaben vor Ort genutzt? Werden die Mittel an Behörden, an Unternehmen oder andere vergeben?	Nein – die Vorfinanzierung erfolgt durch nationale Mittel
2. Werden die Ausgaben für größere Projekte gemeldet, solange die Vorlagen bei der Kommission noch anstehen?	Nein – Nicht relevant
3. Werden Vorschüsse im Rahmen staatlicher Beihilferegulungen an KMU ausgezahlt und der Kommission zu Erstattung gemeldet?	Nein – Vorfinanzierungen erfolgen durch nationale Mittel
4. Werden geplante Investitionen für den Zeitraum 2007–2013 vorgezogen?	Nein – Inanspruchnahme der Option ist nicht geplant
5. Wird die Flexibilität im Rahmen der bestehenden Programme genutzt, um den Anteil des EU-Beitrags an den Projekten anzupassen (bis zu 100 % der zuschussfähigen Kosten)?	Nein – Inanspruchnahme der Option ist nicht geplant

### Vereinfachung der Kategorien der zuschussfähigen Ausgaben: Arbeiten Ihre Behörden mit folgenden Instrumenten bzw. ist dies geplant?

6. Pauschale Meldung von indirekten Kosten	Ja. Geplant ist die Anwendung des Prinzips der Berücksichtigung der „indirekten Kosten auf ‚flat rate‘-Basis bis zu max. 20 % der direkten Projektkosten“. Ein Vorschlag für die Anwendung bei EFRE-Projekten mit Personalkosten liegt vor. Als Basis für die Ermittlung des Gemeinkostenzuschlagsatzes sollen dem nach die direkten Personalkosten herangezogen werden. Eine empirische Analyse zur konkreten Ermittlung des Gemeinkostenzuschlagsatzes ist in Vorbereitung (Stand: 9. 7. 2009). Nach Vorliegen der Ergebnisse ist geplant, das Angebot der Europäischen Kommission zur Abstimmung der Methode in Anspruch zu nehmen. Schließlich wird dies auch in die Nationalen Förderfähigkeitsregelungen aufgenommen werden.
--	--

56 EC (2008), A European Economic Recovery Plan, Communication from the Commission to the European Council, COM(2008) 800 final, Brussels, 26. 11. 2008

7. Pauschale Kostenberechnung durch Anwendung von Standardeinheitskosten	Ja. Das Prinzip der „standard scales of unit costs“ soll zur Anwendung kommen. Dazu wurde ein Vorschlag für Beratungsprojekte erstellt, wobei eine von der Verordnung abgedeckte Koppelung mit dem Prinzip der „indirekten Kosten auf ‚flat rate‘-Basis“ erfolgen soll. Weiters werden derzeit gerade weitere Anwendungsmöglichkeiten z. B. im Rahmen von „Personalkostenpauschalen“ geprüft. Bei letzterer würde erwartet werden, dass sich der administrative Aufwand bei Projekttypen minimieren lässt, die strategisch von der EU-Ebene forciert werden (z. B. Innovation, F&E), die Anwendung des Prinzips der „tatsächlich getätigten Ausgaben“ jedoch nur unzureichend geeignet ist.
8. Pauschalbeträge für die gesamten Kosten oder einen Teil der Kosten eines Vorhabens	Zurzeit liegen keine Vorschläge für die Anwendung des Prinzips der „lump sums“ vor.

**Wenn diese Ausgabenkategorien verwendet werden, geben Sie bitte Folgendes an:**

- Angaben dazu, bei welchen Arten von Vorhaben diese Kategorien verwendet werden.	Schwerpunkt: Personalkostenintensive Projekte im Bereich F&E, Innovation sowie bei Beratungsprojekten
- Angaben zu den (geschätzten) Beträgen, die von den Begünstigten ausgegeben wurden und die in den an die Verwaltungsbehörde übermittelten Zahlungsanträgen enthalten sind.	Derzeit liegen keine Daten vor. Änderungen müssen erst konkretisiert und in das System integriert werden.

**Erweiterung oder Änderung der Prioritäten von operationellen Programmen**

9. Welche Maßnahmen in den in der Mitteilung genannten vier prioritären Bereichen (Menschen, Wirtschaft, Infrastruktur und Energie, Forschung und Innovation) werden derzeit beschleunigt oder geändert? Sind weitere Änderungen gegenüber den ursprünglich geplanten Maßnahmen erforderlich? Welche Folgen sind von diesen Maßnahmen zu erwarten? Ist die Zahl der Begünstigten gegenüber den ursprünglichen Annahmen gestiegen? Wurden neue Erfordernisse ermittelt?	Bei den operationellen Programmen Burgenland, Oberösterreich, Steiermark und Wien wurden von den Verwaltungsbehörden Anpassungen vorgeschlagen, welche von den Begleitausschüssen gebilligt wurden. Die entsprechenden Änderungsanträge wurden im Juni/Juli 2009 der Europäischen Kommission offiziell via SFC zugeleitet. Die Anpassungen sind jedoch insgesamt als geringfügig zu bezeichnen, da sie Ergänzungen und Anpassungen bei einzelnen Aktivitäten beinhalten, ohne die Programmstrategien zu verändern.
--	--

**Insbesondere**

10. Werden operationelle Programme geändert, um den Maßnahmenbereich auf Energieeffizienz und erneuerbare Energieträger im Wohnbereich zu erweitern? Wenn ja, welche Beträge wurden bzw. werden für diese Maßnahmen bereitgestellt? Welche Arten von Vorhaben sind hiervon betroffen?	Nein – Keine Änderung der Programme. Energieeffizienz ist in vielen Programmen bereits förderbar, eine Ausweitung auf „energies in housing“ erfolgt nicht. Hierzu gibt es nationale Förderungsprogramme, die u. a. auch als Reaktion auf die Krise deutlich ausgebaut wurden.
11. Werden Instrumente vom Typ JEREMIE, die KMU Zugang zu Finanzmitteln bieten, vorgezogen oder erweitert? Von welchem finanziellen Gesamtvolumen wird ausgegangen? Erfolgt eine Kofinanzierung durch die EG?	Nein – JEREMIE kommt in Österreich nicht zur Anwendung. In nationalen Maßnahmen gibt es Instrumente für Darlehen, Beteiligungen (z. B. VC), Haftungen, Garantien. Es gibt in einigen Bundesländern die – allerdings nicht mit der Krise – verbundene Intention zur Dotierung von regionalen Beteiligungsfonds mit Kohäsionsmitteln.
12. Wurden Prioritäten für den Aufbau von Kapazitäten, mit denen die Fähigkeit der Behörden gestärkt werden soll, operationelle Programme zu planen, durchzuführen, zu überwachen und zu kontrollieren, geändert oder verstärkt?	Aufgrund der gut funktionierenden Verwaltungsstrukturen in Österreich und der Integration der Abwicklung der Kohäsionsmittel über die allgemeinen Förderungsstellen sowohl auf Ebene des Bundes, der Länder sind keine speziellen Reaktionen im Rahmen des Recovery Packages geplant.

**Vereinfachung der nationalen/regionalen Durchführungsmechanismen**

13. Welche Maßnahmen wurden auf nationaler Ebene ergriffen, um die Durchführung der operationellen Programme zu beschleunigen?	→ Maßnahmen konzentrieren sich im Wesentlichen auf eine aktive und intensive Kommunikationsleistung in Regionen und an potenzielle Projektträger (u. a. KMU-Roadshow bspw. Bgl.), die ohnehin im Rahmen des Programm-Marketings in der Startphase vorgesehen waren.
--	---

	<ul style="list-style-type: none"> <li>→ In einigen Programmen werden zusätzliche Projektcalls durchgeführt bzw. werden verstärkt Ressourcen der aktiven Projektentwicklung gewidmet.</li> <li>→ Wie unter 2.a erwähnt werden zur möglichen Berücksichtigung von Pauschalen die Nationalen Förderfähigkeitsregeln geändert.</li> <li>→ In einem durchgeführten Projekt „Governance Check“ wurden Maßnahmen zur Vereinfachung der Gesamtabwicklung diskutiert und festgelegt (z. B. eine interne Task force zur Festlegung einer effiziente(re)n Vorgangsweise bei Änderungen des VKS-Änderungen?)</li> </ul>
14. Ist es erforderlich, die Vorschriften in den gebilligten Programmen durch formale Änderungen zu vereinfachen, um die Durchführungsmechanismen zu beschleunigen?	Nein – Nicht in den Programmen; weitere Vereinfachung des gesamten Systems der Kohäsionsförderungen werden jedoch als notwendig angesehen
<b>Nutzung der Möglichkeiten im Rahmen des vorübergehenden Gemeinschaftsrahmens für staatliche Beihilfen:</b>	
Ist geplant, nach Genehmigung der staatlichen Beihilfe durch die Kommission, Mittel der Kohäsionspolitik einzusetzen, um Folgendes zu finanzieren:	
15. Regelungen, mit denen die „Mit dem Gemeinsamen Markt vereinbare begrenzte Beihilfe“ bis zu einer Höhe von 500 000 EUR eingeführt wird?	Ja – wird umgesetzt
16. Staatliche Kreditbürgschaften mit günstigeren Prämien?	Nein – Nicht mit Hilfe von Kohäsionsmitteln. Garantien werden über nationale Instrumente und Finanzierungen umgesetzt. Als Reaktion auf die Wirtschaftskrise erfolgte eine deutliche Ausweitung dieser Instrumente.
17. Zinszuschüsse für Darlehen, insbesondere für die Herstellung von umweltfreundlichen Erzeugnissen (die Umweltnormen vorzeitig erfüllen oder über diese hinausgehen)?	Nein- - Nicht mit Hilfe von Kohäsionsmitteln. Darlehen und Zinsstützungen werden über nationale Instrumente und Finanzierungen umgesetzt.
<b>Vergabe öffentlicher Aufträge</b>	
Kommen bei den operationellen Programmen schnellere Verfahren für die Vergabe öffentlicher Aufträge, bei denen die Vergabefrist von 87 Tagen auf 30 Tage verkürzt wird, zur Anwendung?	Nicht relevant



## F MASSNAHMEN DES BUNDES ALS REAKTION AUF DIE KRISE

Abb. 22: Budgetäre Effekte der Stabilisierungsmaßnahmen des Bundes  
(Beträge in Mio. €)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
<b>Beschlüsse des NR vom 24. 09. 08</b>	<b>623</b>	<b>1.062</b>	<b>1.149</b>	<b>1.375</b>	<b>1.606</b>	<b>1.753</b>
Abschaffung Studiengebühren		157	157	157	157	157
13. Familienbeihilfe	250	250	250	250	250	250
Pflegegeldhöhung		127	135	143	151	159
Höhere Pensionsanpassung 2009 (3,4 % statt 3,2 %)	53	53	53	53	53	
Frühere Pensionserhöhung	130					
Energiekostenzuschuss (einmalig)	50					
Einmalzahlungen an Pensionisten 2008	193					
Verlängerung Hacklerregelung				150	300	360
Abschaffung Wartefrist auf erste Pensionserhöhung	43	88	136	186	238	
Erweiterung Beitragszeiten Hacklerregelung		24	27	27	28	32
USt-Senkung für Medikamente		270	289	309	331	354
Steuerbefreiungen	138	150	150	150	150	150
<b>Konjunkturbelebungspaket I</b>		<b>105</b>	<b>105</b>	<b>75</b>	<b>75</b>	<b>75</b>
Fortsetzung der Internationalisierungsoffensive		25	25	25	25	25
Dotierung Mittelstandsfonds bei aws		40	40			
Investitionsmaßnahmen ÖBB		10	20	30	30	30
Kommunikationsbereich (Breitband)		10				
Erhöhung der Bausparprämien		20	20	20	20	20
<b>Konjunkturbelebungspaket II</b>		<b>250</b>	<b>448</b>	<b>423</b>	<b>173</b>	<b>73</b>
Vorzeitige Afa (brutto)			250	350	100	0
Regionale Offensive		75	75			
Verpfl. Kindergartenjahr ab Herbst 2009		25	73	73	73	73
Zusätzliche F&E-Mittel		50	50			
Thermische Sanierung		100				
<b>Steuerreform 2009</b>		<b>2.135</b>	<b>2.858</b>	<b>3.000</b>	<b>3.060</b>	<b>3.060</b>
Tarifsenkung		1.900	2.300	2.300	2.300	2.300
Entlastung von Familien mit Kindern		235	488	510	510	510
Gewinnfreibetrag		0	0	110	150	150
Spendenabzug		0	70	80	100	100
<b>Arbeitsmarktpaket I (Beschäftigungsförderungsgesetz)</b>		<b>220</b>	<b>220</b>			
<b>Arbeitsmarktpaket II</b>		<b>23</b>	<b>110</b>	<b>121</b>	<b>104</b>	<b>93</b>
Verschrottungsprämie (Bundesanteil)		23				
<b>Anti-Teuerungspaket (Frühjahr 2008)</b>	<b>179</b>	<b>338</b>	<b>308</b>	<b>308</b>	<b>308</b>	<b>308</b>
Senkung Lohnnebenkosten (ALV-Beiträge)	144	288	288	288	288	288
Anhebung Kilometergeld und PendlerInnenpauschale	35	50	20	20	20	20
<b>Summe</b>	<b>802</b>	<b>4.156</b>	<b>5.198</b>	<b>5.302</b>	<b>5.326</b>	<b>5.362</b>
<b>Finanzmarktstabilisierungspaket</b>						
Ausgaben (Partizipationskapital etc.)	900	10.300	500			
Einnahmen (Haftungsentgelt, Dividenden)		-170	-755	-720	-690	-660
<b>Summe</b>	<b>900</b>	<b>10.130</b>	<b>-255</b>	<b>-720</b>	<b>-690</b>	<b>-660</b>

Quelle: NRP für Wachstum und Beschäftigung, Implementierungsbericht 2009



## G VERWENDETE LITERATUR

AIGINGER K./FALK R./REINSTALLER (2009): Reaching out to the Future Needs Radical Change – Towards a New Policy for Innovation, Science and Technology in Austria – Synthesis Report, A., Evaluation of Government Funding in RTDI from a Systems Perspective in Austria, WIFO, KMU-Forschung Austria, Prognos and convelop, Wien 2009.

BARCA, F. (2009): An Agenda for the reformed Cohesion Policy, A place-based approach to meeting European Union challenges and expectations, 2009.

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2001): A Sustainable Europe for a Better World: A European Union Strategy for Sustainable Development. Commission's proposal to the Gothenburg European Council, COM (2001) 264 final, Brüssel.

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2002): Mehr Forschung für Europa – Hin zu 3 % des BIP. KOM (2002) 499 final, Brüssel.

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2004): Eine neue Partnerschaft für die Kohäsion – Konvergenz, Wettbewerbsfähigkeit, Kooperation. Dritter Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhang, Februar 2004, Brüssel.

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2005a): Working together for growth and jobs. A new start for the Lisbon Strategy. COM (2005) 24 fin., Brüssel.

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2005b): Integrierte Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung (2005–2008). KOM (2005) 141 fin. , Brüssel.

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2005c): Cohesion Policy in Support of Growth and Jobs: Community Strategic Guidelines, 2007–2013. COM (2005) 299 fin., Brüssel.

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2008a): Regionen 2020 – Bewertung der künftigen Herausforderungen, Arbeitspapier der Kommission, SEK(2008), Brüssel.

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2008b): A European Economic Recovery Plan, Communication from the Commission to the European Council, COM(2008) 800 final, Brussels, 26. 11. 2008.

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2009a): Anpassung an den Klimawandel: Ein europäischer Aktionsrahmen; KOM(2009) 147 endgültig, Brüssel.

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2009b), Sechster Zwischenbericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhang, Bericht der EU-Kommission an das Europäische Parlament und den Rat, {SEK(2009) 828 final}, Brüssel.

EUROPÄISCHE UNION (2006): Amtsblatt der Europäischen Union. 2006 L210/1, Verordnung (eg) Nr. 1080/2006 des europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung. Brüssel.

EUROPÄISCHE UNION (2006a): Amtsblatt der Europäischen Union. 2006 L210/25, Verordnung (eg) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds, Brüssel.

EUROPÄISCHE UNION (2005): Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20. September 2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER). Amtsblatt L 277 vom 21. 10. 2005, Brüssel.

EUROPÄISCHE UNION (2006): Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999. Amtsblatt L 210 vom 31. 7. 2006, Brüssel.

EUROPÄISCHE UNION (2006a): Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1783/1999. Amtsblatt L 210 vom 31. 7. 2006, Brüssel.

EUROPÄISCHE UNION (2006b): Verordnung (EG) Nr. 1081/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Sozialfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1784/1999. Amtsblatt L 210 vom 31. 7. 2006, Brüssel.

FASSMANN, H (2008): Wichtige Rahmenbedingungen und Trends der räumlichen Entwicklung in Österreich, in: Österreichische Raumordnungskonferenz (Hrsg.); Zwölfter Raumordnungsbericht – Analysen und Berichte zur räumlichen Entwicklung Österreichs 2005–2007.

GRUBER, M./ZUMBUSCH, K. (2005): Einzelstaatlicher Strategischer Rahmenplan Österreichs – Bericht zur begleitenden Ex-ante-Evaluierung. JOANNEUM RESEARCH im Auftrag der ÖROK, Wien.

GRUBER, M./ZUMBUSCH, K. (2008): Partnerschaftliche Umsetzung der EU-Regionalpolitik in Österreich: Die Programmperioden 2000–2006 und 2007–2013. In: ÖROK (Hrsg.): 12. Raumordnungsbericht Österreichs. Wien.

GRUBER, M. (2009): Strukturfondsförderung in Österreich – Eine Zwischen-Bilanz – Zusammenschau, in: ÖROK, EU-Kohäsionspolitik in Österreich 1995–2007 – Eine Bilanz, ÖROK-Schriftenreihe 180, Wien 2009.

HUBER, P./LUTZ, H./MAHRINGER, H. (2009): 12 Jahre Europäischer Sozialfonds in Österreich – qualitative und strukturelle Effekte, in: ÖROK, EU-Kohäsionspolitik in Österreich 1995–2007 – Eine Bilanz, ÖROK-Schriftenreihe 180, Wien 2009.

KOK, W. (2004): Facing the Challenge – The Lisbon Strategy for Growth and Employment. Report from the High-level Group chaired by Wim Kok, Brüssel.

LANDABASO, M. (2009), EUR&D Funding and Structural Funds Innovation promotion: two different policy delivery mechanisms with complementary objectives, Folienset, Brüssel, 2009.

MAYERHOFER, P./FRITZ O./HIERLÄNDER, R./STREICHER, G. (2009): Quantitative Effekte der EU-Regionalförderung in Österreich – Eine Pilotstudie in: ÖROK, EU-Kohäsionspolitik in Österreich 1995–2007 – Eine Bilanz, ÖROK-Schriftenreihe 180, Wien 2009.

ÖROK (2006): STRAT.AT 2007/2013 – Nationaler Strategischer Rahmenplan Österreich 2007–2013. Beschluss der Österreichischen Raumordnungskonferenz vom 27. 10. 2006, Entscheidung der Europäischen Kommission vom 4. 4. 2007 (CCI 2007AT16UNS001), Wien.

ÖROK (2009a): Szenarien der Raumentwicklung Österreichs 2030 – Regionale Herausforderungen und Handlungsstrategien, ÖROK-Schriftenreihe Nr. 176/II, Wien 2009.

ÖROK (2009b): EU-Kohäsionspolitik in Österreich 1995–1997 – Eine Bilanz, ÖROK-Schriftenreihe Nr. 180, Wien 2009.

ÖSTERREICHISCHE BUNDESREGIERUNG (2009): Österreichisches Reformprogramm für Wachstum und Beschäftigung. Umsetzungsbericht 2009, Wien.

PALME G., Struktur und Entwicklung der österreichischen Wirtschaftsregionen, Mitteilungen der österreichischen Geografischen Gesellschaft, 137, 1995.

SCHREMMER C./RESCH A. (2007), Modellprojekte aus dem Ziel 2-Programm Niederösterreich 2000–2006 – Wirkungsanalyse, Wien 2007.

TERRITORIALE BESCHÄFTIGUNGSPAkte IN ÖSTERREICH 2009,  
[http://www.pakte.at/at-tach/TEP\\_Infomappe\\_2009.pdf](http://www.pakte.at/at-tach/TEP_Infomappe_2009.pdf).

ZUMBUSCH, K./HUMMELBRUNNER R./PECH. S. (2009): Dreizehn Jahre EFRE-Förderungen in Österreich – Qualitative Effekte und Auswirkungen, in: ÖROK, EU-Kohäsionspolitik in Österreich 1995–2007 – Eine Bilanz, ÖROK-Schriftenreihe 180, Wien 2009.



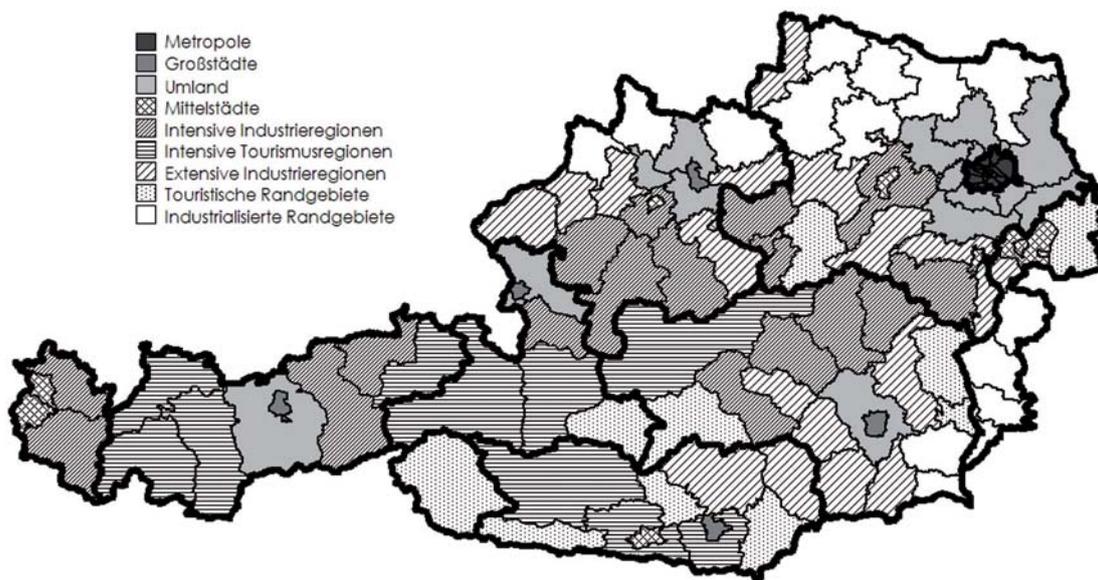
# H ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS UND BEGRIFFSERLÄUTERUNGEN

<b>AF-VO (EG)1083/2006</b>	Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für die regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999
<b>AMS</b>	Arbeitsmarktservice
<b>BRP</b>	Bruttoregionalprodukt
<b>cross-financing</b>	Unter gewissen Voraussetzungen besteht die Möglichkeit, aus dem EFRE bzw. ESF Aktionen zu finanzieren, die jeweils in den Interventionsbereich des anderen Fonds fallen („Querfinanzierung“) – dies allerdings nur bis zur jeweils maximalen Höhe von 10 % der Gemeinschaftsbeteiligung auf Prioritätsachsebene (Rechtsbasis: Art. 34 Abs. 2 der AF-VO(EG)1083/2006). <sup>57</sup>
<b>EFRE</b>	Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung
<b>EIS</b>	European Innovation Scoreboard. Jährlich aktualisiertes und von der EU betriebenes Monitoringsystem zu FTI-Indikatoren der einzelnen EU-Mitgliedstaaten sowie ausgewählten außereuropäischen Staaten ( z. B. USA, Japan)
<b>ELER</b>	Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums
<b>ESF</b>	Europäischer Sozialfonds
<b>ETZ</b>	Europäische Territoriale Zusammenarbeit
<b>EU-15</b>	Belgien, Deutschland, Griechenland, Spanien, Frankreich (einschließlich Monaco und Übersee-Departements), Irland, Italien (ohne San Marino, Vatikan), Luxemburg, Niederlande, Portugal, Finnland, Dänemark, Schweden, Vereinigtes Königreich (ohne Guernsey, Jersey, Isle of Man), Österreich
<b>EU-27</b>	EU-15 + MOEL-5 + Estland, Lettland, Litauen, Malta, Zypern, Bulgarien, Rumänien
<b>European Recovery Plan</b>	A European Economic Recovery Plan, Communication from the Commission to the European Council, COM(2008) 800 final, Brussels, 26. 11. 2008
<b>Euroraum-15</b>	Belgien, Deutschland, Griechenland, Spanien, Frankreich (einschließlich Monaco und Übersee-Departements), Irland, Italien (ohne San Marino, Vatikan), Luxemburg, Niederlande, Portugal, Finnland, Malta, Zypern, Slowenien, Österreich
<b>IPCC</b>	Intergovernmental Panel on Climate Change des Klimagremiums der Vereinten Nationen
<b>ISCED</b>	Der Standard ISCED (International Standard Classification of Education) wurde von der UNESCO zur Klassifizierung und Charakterisierung von Schultypen und Schulsystemen entwickelt. Dabei wird zwischen mehreren Ebenen (level) unterschieden
<b>MOEL-5</b>	Polen, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn.
<b>MOEL-19</b>	MOEL-5 + Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Republik Moldau, Mazedonien, Rumänien, Russland, Serbien-Montenegro, Ukraine, Weißrussland
<b>n+2-Regelung</b>	Allgemein besagt diese Regel, dass im Rahmen eines Programms bereitgestellte Mittel vor Ende des zweiten auf die Bereitstellung folgenden Jahres („n“ steht für das Jahr der Bereitstellung) ausgegeben sein müssen (Rechtsbasis: Art. 93 der AF-VO(EG)1083/2006)

<sup>57</sup> Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds

<b>STRAT.AT</b>	Nationaler Strategischer Rahmenplan Österreichs 2007–2013
<b>NRP</b>	Nationales Reformprogramm für Wachstum und Beschäftigung (gemäß Vereinbarung beim Europäischen Rat vom Juni 2005 in Brüssel)
<b>OeNB</b>	Österreichische Nationalbank
<b>ÖROK</b>	Österreichische Raumordnungskonferenz
<b>PhO</b>	Phasing-Out
<b>Proportionalitätsprinzip</b>	Prinzip eines angemessenen Verhältnisses zwischen dem Gesamtbetrag der Ausgaben für ein operationelles Programm und den für die Durchführung eingesetzten administrativen und finanziellen Ressourcen, insb. im Bereich der Indikatoren, Bewertung sowie Verwaltungs- und Kontrollsysteme bzw. -mechanismen (Rechtsbasis: Art. 13 der AF-VO(EG)1083/2006)
<b>RWB-EFRE</b>	Operationelle EFRE-Programme des Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ 2007–2013
<b>TEP</b>	Territoriale Beschäftigungspakte
<b>Thematische Codes</b>	Verpflichtende Einteilung der Fondsinterventionen in vorgegebene Themenbereiche, die wiederum in Gruppen zusammengefasst sind (wie beispielsweise „FTE, Innovation und Förderung des Unternehmensgeistes“, „Energie“, „Umweltschutz und Risikoverhütung“, „Humanressourcen“ etc.) Weiters erfolgt die Einteilung der Interventionen auch nach Finanzierungsform, Art des Gebietes und Wirtschaftszweig. (Rechtsbasis: Anhang II Teil A der DF-VO 1828/2006 <sup>58</sup> )
<b>VC-Fonds</b>	Venture Capital Fonds
<b>WIFO-Systematik</b>	Die vom WIFO entwickelte Klassifikation österreichischer Regionen unterscheidet zwischen drei Obergruppen: (i) Ländliche Regionen: Extensive Industrieregion; Industrielle Randgebiete; Touristische Randgebiete; (ii) Humankapitalintensive Regionen: Großstadt; Metropole; Mittelstadt; Umland; (iii) Sachkapitalintensive Regionen: Intensive Industrieregion; Intensive Tourismusregion

WIFO-Klassifikation österreichischer Regionen



58 Verordnung 1828/2006 der Kommission vom 8. Dezember 2006 zur Festlegung von Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und der Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 des Europäischen Parlamentes und des Rates über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung